

Holger Horsch

»Für menschliche Würde, Anstand und eine neue Moral«

Die Auflösung der Staatssicherheit
im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BF informiert 35 (2015)

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich
die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind
nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheber-
rechtsgesetzes gestattet.

Bildbeschreibung: Hintere Umschlagklappe
Quelle: Privatarchiv Klaus Jedlicka

Schutzgebühr: 2,50 €
Berlin 2015

ISBN 978-3-942130-78-3
Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abruf-
bar: urn:nbn:de:0292-97839421307835

Inhalt

Das MfS auf dem Rückzug	5
Versiegelung	15
Ein letzter Versuch	20
Die Auflösung	26
Das Ende der Staatssicherheit	34
Unvollendeter Abschluss der Auflösung	45
Resümee	53
Anhang	
Bericht über den Stand der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit vor dem Runden Tisch Karl-Marx-Stadt am 15.2.1990	57
Zeitliche Übersicht zur Besetzung und Auflösung der Staatssicherheit 1989/90 im Bezirk Karl-Marx-Stadt	71
Quellen- und Literaturverzeichnis zur Auflösung der Staatssicherheit 1989/90 im Bezirk Karl-Marx-Stadt	83
Abkürzungen	85

Das MfS auf dem Rückzug

Südwestsachsen war im Herbst 1989 eines der wesentlichen Zentren der friedlichen Revolution in der DDR. Seit Oktober gingen Woche für Woche in vielen Städten und Gemeinden Tausende Bürger auf die Straße. Sie forderten eine Demokratisierung der DDR, das Ende der Alleinherrschaft der SED und ihre bürgerlichen Grundrechte. Zunehmend konzentrierten sich die Proteste auf die gefühlte Allmacht des Ministeriums für Staatssicherheit und sein alle gesellschaftlichen Bereiche unterwanderndes Spitzelsystem. Durch diesen anhaltenden Druck der Straße sah sich nach dem Rücktritt Honeckers, des Politbüros und des Ministerrates die frisch installierte Regierung Modrow gezwungen, den Geheimdienst vollständig aufzulösen. Wie eine Ironie der Geschichte wirkt es, dass die Stasi-Mitarbeiter diese Aufgabe zum Teil selbst übernehmen mussten.

Zur friedlichen Revolution vom Herbst 1989 gibt es eine Vielzahl von Veröffentlichungen. Obwohl die Proteste in Südwestsachsen und dort vor allem auf dem flachen Lande diejenigen in anderen Regionen weit übertrafen, gibt es relativ wenige Einzeldarstellungen dazu. Michael Richters umfassende Abhandlung »Die friedliche Revolution« half trotz aller vorhandener Vorbehalte, diese Lücke zu schließen.¹ Noch schwieriger erscheint, die Auflösung der Staatssicherheit im ehemaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt zu dokumentieren. Es überwiegen die schriftlichen Quellen aus der staatlichen Tätigkeit. Bis Anfang Dezember 1989 geben die Unterlagen des MfS bei einer quellenkritischen Auswertung ein weitgehend umfassendes Bild der oppositionellen Bestrebungen. Die Geheimpolizei hat sie observiert und erfasst, sie hat vielfach in den Vorgängen Unterlagen der Bürgerbewegung überliefert. Die Akteure aus der Bürgerbewegung haben vom Dezember bis März 1990 nur wenige schriftliche Zeugnisse hinterlassen. Die vom Verfasser geführten Zeitzeugengespräche mit den damals Beteiligten konnten nur eine Ergänzung der schriftlichen Quellen sein. Die Blickwinkel sind unterschiedlich, die Erinnerungen an die Geschehnisse durch spätere Erfahrungen überlagert. Die Protokolle des Runden Tisches des Bezirkes, einzelne Aufzeichnungen über Beratungen des Arbeitsausschusses für die Kontrolle der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit und seine Veröffentlichungen in den Bezirkszeitungen lassen eine detaillierte Darstellung nicht zu. Die Berichte des Beauftragten der Regierung Modrow für die Umwandlung und spätere Auflösung der Staatssicherheit

¹ Richter, Michael: Die friedliche Revolution – Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90. Göttingen 2009.

werden dadurch zu einer wesentlichen Quelle, die aber die staatliche Sicht auf die Ereignisse widerspiegelt. Die 1991 erschienene Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/1990 »Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?«² gibt mit ihrem Blick auf das politische Geschehen eine gute Übersicht zu den Ereignissen in der Bezirksstadt. An ihr haben wichtige Vertreter der Opposition mitgearbeitet. Über die Situation der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt im Herbst 1989 ist in der BStU-Reihe »BF informiert« eine Veröffentlichung erschienen.³ Gunter Gerick behandelt in seiner Dissertation unter anderem die Spannungen zwischen SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und MfS-Bezirksverwaltung im gleichen Zeitraum.⁴

Wann der Machtverlust der Staatssicherheit im Bezirk begonnen hat, der letztendlich mit ihrer Auflösung endete, wird von den Beteiligten unterschiedlich eingeschätzt. Die Existenz des MfS war eng mit der Herrschaft der SED verbunden. Zu deren Sicherung war es 1950 gegründet worden. Es verstand sich als »Schild und Schwert« dieser Partei. Die Genossen der Bezirksverwaltung sahen zwar immer und überall Gefährdungen für die Macht der SED, glaubten aber bis Oktober 1989 fest daran, dass sie jeder Zeit die Lage in den Griff bekommen würden. Anzeichen für den Verfall sind aber schon früher zu erkennen, sie kulminierten in der zweiten Jahreshälfte 1989.

Die Legitimationsbasis der SED bildete die Anwesenheit des sowjetischen Militärs in der DDR, wie sich schon bei der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gezeigt hatte. 1985 wurde Michael Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt. Seine Abkehr vom stalinistischen Kurs, die Politik von Glasnost und Perestroika⁵ empfand die SED-Führung als eine Gefahr für ihr Machtmonopol. Sie setzte sich von dieser Politik ab und versuchte ihren alten Kurs beizubehalten. In einer Parteiversammlung 1988 zogen die Genossen der Bezirksverwaltung Parallelen zwischen der Entwicklung in der Sowjetunion und dem Prager Frühling 1968.⁶

² Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/1990. Chemnitz 1991.

³ Horsch, Holger: Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt? MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Hg. BStU. Berlin 1997.

⁴ Gerick, Gunter: Das Verhältnis von SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und MfS-Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Spannungsperioden 1961 bis 1989. Berlin 2013.

⁵ Michael Gorbatschow leitete unter den beiden Synonymen Glasnost – Offenheit und Perestroika – Umgestaltung die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft ein.

⁶ Vgl. Die Ereignisse 1968 in der ČSSR und ihre Lehren; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 3508.

Deutlich zeigten sich die unterschiedlichen Positionen selbst bei den Mitgliedern der SED beim Verbot der in deutscher Sprache erschienenen sowjetischen Monatszeitschrift »Sputnik«. In ihrer Ausgabe vom Oktober 1988 verurteilte sie die Politik Stalins so grundsätzlich, dass die SED-Führung ihr weiteres Erscheinen in der DDR verbot. Das führte an den Hochschulen von Freiberg, Karl-Marx-Stadt und Mittweida zu heftigen Protesten und zu Austritten aus der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft.⁷ Auch die Fälschung von Wahlen wollten Mitglieder der Bürgerbewegung nicht länger hinnehmen. Sie verfolgten die Stimmauszählungen zu den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. Vor allem in Plauen waren die Ergebnisse der einzelnen Wahllokale systematisch verglichen worden und hatten zu Einsprüchen geführt. Auch in Karl-Marx-Stadt forderten Vertreter der evangelischen Studentengemeinde und der Arbeitsgemeinschaft »Offene Kirche« eine Begründung dafür, warum ihre Zählungen in Wahllokalen vom offiziellen Ergebnis abwichen.⁸

Am 9./10. September 1989 war in Grünheide bei Berlin von Bürgern, die kritisch zur Entwicklung in der DDR eingestellt waren, mit dem Aufruf »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89« das Neue Forum als politische Plattform für einen gesellschaftlichen Dialog gegründet worden. Drei Zwickauer, Dr. Martin Böttger, Roland Frenzel und Dirk Schöwe, beantragten am 19. September 1989 beim Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt die Zulassung dieser Vereinigung und eröffneten damit ein neues Kapitel in der Auseinandersetzung zwischen der Staatsmacht und oppositionellen Bürgern in der Region.⁹ Die Proteste gegen die politischen Verhältnisse kulminierten im Bezirk in Demonstrationen zum 40. Jahrestag der DDR in Plauen und Karl-Marx-Stadt, aber auch in einigen kleineren Orten wie Freiberg und Hainichen.¹⁰ Die Staatsmacht ging gewalt-

⁷ Vgl. Information an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt gegen die Streichung der Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsliste gerichtete öffentlichkeitswirksame Aushänge in Gebäuden der Bergakademie Freiberg, Parteiinformation 547/88; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 315; Information an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt über Diskussionen unter Studenten der Ingenieurhochschule Mittweida im Zusammenhang mit der Streichung der sowjetischen Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsliste, Parteiinformation 619/88; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 321.

⁸ Vgl. OV »Lunte«; BStU, MfS, BV KMS, Abt. XIV, Nr. 102/89, auch in: Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 19.

⁹ Vgl. Zulassung des Neuen Forums; Sächs. StAC, Rat des Bezirkes, Nr. 121517.

¹⁰ Vgl. Informationen an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt über die Situation im Bezirk am 7.10.1989 in Zusammenhang mit den Provokationen in Karl-Marx-Stadt und Plauen, Parteiinformation 557e/89; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 5260; Informationen an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung

sam mit massivem Schlagstockeinsatz und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor.¹¹ Leserbriefschreiber protestierten in bisher nicht gekannter Form gegen die Berichterstattung in der SED-Bezirkszeitung »Freie Presse«.¹² Für die Überprüfung der Gewalteinsätze am 7. Oktober musste der Bezirkstag Anfang November einen Untersuchungsausschuss einsetzen, dem auch Vertreter des Neuen Forums und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche angehörten.¹³

Wie bisher konnte nicht mehr weiterregiert werden. Am 7. November 1989 gab die DDR-Regierung ihren Rücktritt bekannt, am 8. November 1989 trat auch das SED-Politbüro geschlossen zurück. Eine auf der Pressekonferenz des für Information zuständigen Politbüromitglieds Günter Schabowski missverständlich formulierte Erklärung zum neuen Reisegesetz für DDR-Bürger führte am 9. November zur Öffnung der Mauer und veränderte die politische Situation grundlegend. Der bisherige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Hans Modrow, wurde wenige Tage später von der Volkskammer als Ministerpräsident gewählt und musste eine Koalitionsregierung mit Vertretern der Blockparteien CDU, LDPD, DBD und NDPD bilden. Sie sollte bis zu einer freien Volkskammerwahl amtieren. Am 13. November blamierte sich der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke mit einem peinlichen Auftritt vor der Volkskammer und erschütterte damit das Selbstverständnis der Geheimpolizei. MfS-Bezirkschef Siegfried Gehlert bezeichnete den Auftritt als Fangschuss für die Tschekisten.¹⁴ Mielke musste zurücktreten und einer seiner bisherigen Stellvertreter Wolfgang Schwanz wurde von Modrow mit der Leitung der Staatssicherheit betraut. Der neue Name Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) sollte einen Neuanfang dokumentieren, das Selbstverständnis änderte sich allerdings nicht. Die Verunsicherung der Mitarbeiter der Staatssicherheit ist deutlich in den Dienstversammlungsprotokollen der MfS-Bezirksverwaltung ablesbar.¹⁵ Bei den wöchentlichen meist am Montag stattfindenden Demons-

Karl-Marx-Stadt über eine öffentlichkeitswirksame lautstarke Provokation von Jugendlichen in der Nacht vom 7. zum 8.10.1989 in Hainichen, Parteiinformation 557a/89; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 5256.

¹¹ Vgl. Lageeinschätzung über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 444, Bl. 310 f.

¹² Vgl. Protokoll 41/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 19.10.1989; Sächs. StAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/092.

¹³ Vgl. Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 441, auch in: Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 89.

¹⁴ Vgl. Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; ebenda. Als Tschekisten bezeichneten sich die MfS-Mitarbeiter nach ihren Vorbildern, den Mitarbeitern des ersten sowjetischen Geheimdienstes Tscheka.

¹⁵ Vgl. Dienstberatungsprotokolle; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 752–756.

trationen in vielen Städten, selbst in den Dörfern wurde der Druck auf das MfS noch stärker und radikaler, oft stärker als in der Bezirksstadt. Auch in den Bezirkszeitungen wurde Kritik geäußert.¹⁶ Die Forderungen nach Einschränkung des Überwachungsapparats und später nach dessen Auflösung verunsicherten die MfS-Mitarbeiter. Sie begannen sich im November wie in ein Schneckenhaus zurückzuziehen.¹⁷ In den Kreisstädten Plauen, Schwarzenberg, Freiberg und Klingenthal führten die Demonstrationen zu den dortigen Dienststellen. Während des Vorbeimarsches wurden Kerzen abgestellt. Die in den Gebäuden befindlichen Stasi-Mitarbeiter mussten sich Sprechchöre wie »Stasi in die Volkswirtschaft« oder wie in Schwarzenberg »Reißt sie nieder« und »Brennt sie ab« anhören.¹⁸ Die Leitung befürchtete, dass die Gebäude gestürmt werden könnten. Nachdem bei der Demonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig gegen den Einsatz von Waffen entschieden worden war, sah die Leitung der MfS-Bezirksverwaltung keine Möglichkeit mehr, in Dienstgebäude eindringende Bürger abzuwehren. Schon am 8. November hatte die Leitung der BV beschlossen, die in den Kreisdienststellen gefährdeten Unterlagen ins vermeintlich sichere Karl-Marx-Stadt zu schaffen.¹⁹ So versuchten am 30. November Bürger in Freiberg nach einer Demonstration auf dem Obermarkt, bei der »Raus ihr Schweine – Stasischweine« und »Stasi raus, wir brauchen dieses Haus« gerufen worden war, in das Kreisamt einzudringen. Es gelang dessen Mitarbeitern noch einmal dieses Vorhaben mit körperlicher Gewalt zu verhindern.

Emsige Betriebsamkeit kennzeichnete im November die Lage der MfS-Bezirksverwaltung. Innerhalb von 14 Tagen fanden fünf Dienstversammlungen mit allen Leitern der Diensteinheiten und Kreisdienststellen statt. In der Bezirksverwaltung gab es Befürchtungen, dass die Bevölkerung erfahren könnte, in welchem umfassendem Maße sie bespitzelt worden war. So wurde begonnen, die Beobachtungstechnik zu demontieren. In Karl-Marx-Stadt konnte über Videokameras das gesamte Stadtzentrum observiert werden.²⁰ Viele Bür-

¹⁶ Vgl. Meinungsaustausch in freier Rede und Gegenrede. In: Freie Presse v. 28.10.1989; Stark angeschlagen. In: Sächsisches Tageblatt v. 20.11.1989.

¹⁷ Vgl. Handlungsvariante bei »demonstrativ-provokatorischem Auftreten vor den Dienstobjekten der Bezirksverwaltung/Kreisdienststellen« v. 27.10.1989; BStU, MfS, BV KMS, Abt. II, Nr. 359.

¹⁸ Vgl. Information Nr. 743/89 an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt über politische Vorkommnisse vom 30.11. bis 1.12.1989 im Bezirk; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 5710.

¹⁹ Vgl. Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 752.

²⁰ Vgl. Stützpunkt »Studio« und Maßnahmeplan des BV-Leiters v. 7.11.1989; BStU, MfS, BV KMS, Abt. VIII, Nr. 2, und Abt. XVIII, Nr. 672.

ger ahnten, dass die Stasi die Post kontrollierte. Die Berliner Leitung der Postkontrolle befürchtete Schlimmstes, wenn das wahre Ausmaß bekannt würde. Hastig wurden alle MfS-Einrichtungen in den Postämtern Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Plauen beseitigt. Die Überwachung sollte nicht mehr nachweisbar sein. Aus Sicht der Staatssicherheit gefährdete konspirative Treffwohnungen wurden aufgelöst.²¹

Die MfS-Bezirksverwaltung hoffte bis Ende November, dass die SED sich den veränderten Verhältnissen anpassen kann. Das MfS wollte als Geheimdienst im Auftrage der Partei unter den sich wandelnden Umständen überleben. Bei Auftritten der neuen SED-Führung im Bezirk vor den MfS-Mitarbeitern machten sich beide gegenseitig Mut. Der in Amt für Nationale Sicherheit umbenannte Staatssicherheitsdienst und eine veränderte Aufgabenstellung sollten auch für sie eine Zukunft mit neuen Rahmenbedingungen bringen.²² Die Hoffnung der Stasi-Mitarbeiter erfüllte sich nicht. Am 1. Dezember 1989 strich die Volkskammer den festgeschriebenen Führungsanspruch der SED aus der Verfassung und das Politbüro der Partei trat geschlossen zurück.

Die verbalen Angriffe und Forderungen aus den Bürgerbewegungen und von Teilnehmern der Demonstrationen wurden direkter und konkreter. Trotz Schulterchluss mit der neuen SED-Bezirksleitung auf internen Veranstaltungen verteidigte keiner öffentlich das MfS/AfNS. Das viele Jahre demonstrativ gezeigte Selbstbewusstsein als wesentlichster Garant für die Herrschaft der SED schwand. Einzelne Forderungen, das Bespitzelungssystem und seine Akteure offenzulegen, stellten die Grundlagen für die Arbeit der Staatssicherheit infrage. Am 24. November berichteten inoffizielle Mitarbeiter, dass der Vertreter des Neuen Forums im Bezirk Karl-Marx-Stadt, Dr. Martin Böttger, auf der Beratung des Untersuchungsausschusses zu den Ereignissen am 7. Oktober 1989 Einsicht in die Akten der politisch Verfolgten beantragen will. Das Neue Forum wolle sich in den Besitz der »V-Männer-Kartei« bringen.²³ Durch ein Bekanntwerden der inoffiziellen Mitarbeiter wäre eine auf Konspiration angewiesene Geheimpolizei nicht mehr arbeitsfähig gewesen.

²¹ Vgl. Maßnahmeplan des BV-Leiters v. 7.11.1989; BStU, MfS, BV KMS, Abt. XVIII, Nr. 672.

²² Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit v. 15.11.1989; BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8409.

²³ Vgl. Information des Leiters der Abt. XX an den Leiter des BAfNS v. 24.11.1989; BStU, MfS, BV KMS, Abt. XX, Nr. 1353. In der Formulierung »V-Männer-Kartei« offenbart sich die damals noch herrschende Unkenntnis: Eine Kartei mit Klar- und Decknamen gab es nicht; die V-Männer beim MfS hießen inoffizielle Mitarbeiter (IM).

Die Leitung des Bezirksamtes versuchte wieder in die Offensive zu kommen. Am 29. November konnten fünf Mitglieder der Bürgerinitiative aus dem Karl-Marx-Städter Stadtteil Adelsberg das sogenannte Dienstobjekt II an der Kleinolbersdorfer Straße besichtigen. Natürlich wurden nur unverfängliche Räume gezeigt. Die bewusst auch eingeladenen Bezirkszeitungen berichteten über den Besuch, stellten die Staatssicherheit als einen Geheimdienst vor, wie es ihn in den meisten Ländern gibt.²⁴ Auch im Kreisamt Schwarzenberg wurden vier Jugendliche nach einer Demonstration durch die Diensträume geführt.²⁵ Der Druck sollte mit solchen Aktionen gemindert werden.

Anfang Dezember heizte sich die Stimmung noch mehr auf. Verdächtige Anzeichen ließen Aktenvernichtungen vermuten. Über dem an die Fernwärme angeschlossenen Kreisamt Marienberg wurde eine Rauchwolke beobachtet, informierte am 4.12.1989 um 12.30 Uhr der Kreissekretär der Nationalen Front Marienberg die Staatsanwaltschaft.²⁶ Ein Anwohner der Dienststelle in Auerbach zeigte bei der Bezirksstaatsanwaltschaft an, dass am 16.11.1989 ein Lkw und ein Kleintransporter Barkas mit Akten beladen das Kreisamt verlassen hätten. Schon tags zuvor hatte die Kreisstaatsanwältin »massive Beschwerden« über die Vernichtung von Unterlagen entgegennehmen müssen.²⁷ Als am 4. Dezember ein ehemaliger Mitarbeiter die Nachricht verbreitete, im Kreisamt Oelsnitz würden Akten vernichtet, sollte nach der vom Neuen Forum organisierten Demonstration das Gebäude gestürmt werden.²⁸ Aus Breitenbrunn wurde die Staatsanwaltschaft informiert, dass die Leitung des Bezirksamtes sieben bis acht Tonnen Schriftgut in der Papierfabrik Raschau vernichten lassen will. Am 6. Dezember gingen Vertreter der Bezirksstaatsanwaltschaft und Mitglieder der Bürgerbewegung diesem Hinweis nach. Es handelte sich um Schulungsmaterial und Arbeitsbücher von Mitarbeitern. Weil sie als vertraulich eingestuft wurden, durften die Vertreter der Bürgerbewegung keine Ein-

²⁴ Vgl. Notiz über eine Mitteilung von Oberst Johannes Seifert am 29.11.1989 im Arbeitsbuch von Oberstleutnant Dieter Ullmann; BStU, MfS, BV KMS, Abt. II, Nr. 282, sowie Bisher verschlossene Türen öffnen sich. In: Freie Presse v. 1.12.1989.

²⁵ Vgl. Information über bedeutsame Ereignisse vom 4. bis 5.12.1989, Parteiinformation 747/89; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 5715.

²⁶ Vgl. Mitschrift der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS Karl-Marx-Stadt v. 7.12.1989 im Arbeitsbuch von Major Bernd Clauß; BStU, MfS, BV KMS, Abt. M 89. Vgl. Meldung des Kreisstaatsanwalts Marienberg an den Bezirksstaatsanwalt v. 4.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

²⁷ Vgl. Telefonnotiz für den Bezirksstaatsanwalt v. 5.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

²⁸ Vgl. Fernschreiben des Leiters BAFNS an den Leiter AfNS v. 4.12.1989; BStU, MfS, BV KMS, L 182.

sicht nehmen, erreichten aber, dass sie in einem durch die Staatsanwälte versiegelten Raum untergebracht wurden.²⁹ Beim Stadtsender Karl-Marx-Stadt rief eine Adelsbergerin an und beklagte, dass wesentlich mehr Fahrzeuge aus der Stasi-Dienststelle herausfahren würden als zu früheren Zeiten.³⁰

Nachdem in Aue schon am 20. November 8 000 Personen nach einem Fürbittgottesdienst vor dem Kreisamt demonstriert und »in böswilliger Art und Weise« Losungen gegen das MfS skandiert und 600 brennende Kerzen vor dem Objekt abgestellt hatten, forderte am 4. Dezember der Volkskammerabgeordnete der NDPD Mögling an der Spitze des Neuen Forums Einsicht in die Unterlagen. Der amtierende Leiter erklärte, dass die Unterlagen im Bezirksamt in Karl-Marx-Stadt archiviert worden sind. Um 3.30 Uhr versiegelte der Staatsanwalt unter Aufsicht von zwei Vertretern des Neuen Forums alle Panzerschränke sowie ein Teil der Türen.³¹

Auch in Karl-Marx-Stadt spitzte sich die Lage zu. Am 1. Dezember riefen die zwei führenden Vertreter des Neuen Forums, Dr. Günter Bartsch und Eugen Reitenbach, in der Johanniskirche zum Generalstreik am 6. Dezember in der Zeit von 13.00 bis 15.00 Uhr auf. Unter anderem wurde eine drastische Reduzierung des Inlandanteils des Amtes für Nationale Sicherheit, also der Geheimdienstarbeit innerhalb der DDR bzw. gegen die eigene Bevölkerung gefordert. Diese erstmalige Forderung wurde in der DDR-Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera« im ganzen Land verbreitet. Allerdings war dieser Aufruf nicht mit der Leitung des Neuen Forums abgesprochen worden, weshalb sich diese davon distanzierte. In Klingenthal kam es dennoch zu einem Warnstreik.³² Streikdrohungen gab es auch in Plauen.³³

Die DDR-Medien informierten die Bürger zum ersten Mal zeitnah über das wirkliche Geschehen im Lande. So wurde auch in Karl-Marx-Stadt wahrgenommen, was in anderen Teilen der DDR geschah, wie nach dem Machtverlust des Auftraggebers SED die Staatssicherheit zunehmend ins Visier der Bürger geriet. Es durfte offen diskutiert werden. Das Neue Forum konnte einmal wöchentlich in der SED-Zeitung »Freie Presse« seine Vorstellungen von einer Veränderung der Gesellschaft darlegen. In der LDPD-Zeitung »Sächsisches

²⁹ Vgl. Protokoll über die Besichtigung von Materialien des Bezirksamtes, die zur Verkollerung vorgesehen sind v. 6.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

³⁰ Vgl. Verfügung der Bezirksstaatsanwaltschaft keine Akten zu vernichten v. 5.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

³¹ Aktennotiz und Rapportmeldung des Diensthabenden Offiziers v. 5.12.1989; BStU, MfS, BV KMS, L 296.

³² Ebenda.

³³ Vgl. Erklärung Neues Forum Plauen v. 5.12.1989. In: Küttler, Thomas; Röder, Curt (Hg.): Es war nur das Volk. Plauen 1992.

Tageblatt« wurden kritische Fragen zur Rolle des in AfNS umbenannten MfS gestellt.³⁴

Auch die Mitarbeiter der Staatssicherheit erfuhren, wie sich die Situation in der DDR veränderte. In der Dienstversammlung des Bezirksamtes mit allen Leitern der Diensteinheiten und Kreisämtern am 4. Dezember sollte das am Tag zuvor den Bezirksamtsleitern vorgestellte Konzept zur künftigen Arbeitsweise des AfNS bekannt gegeben werden. Die Ereignisse ließen eine Erörterung nicht zu. Ein verlesenes Fernschreiben des Leiters des AfNS Wolfgang Schwanitz mit der Information: »Am heutigen Tag drang eine große Menschenmenge in das Bezirksamt Erfurt ein. Weitere Objekte sind bedroht«, sorgte für Panik. Parteisekretär Peter Bombik erregte sich über den zuvor verkündeten Personalabbau:

»Wir müssen, ich sage das als Leiter, den Standpunkt haben, wir gehen nicht eher auseinander, bis die gesellschaftlichen Bedingungen da sind, bis man überhaupt bereit ist, Mitarbeiter in diese Gesellschaft zu integrieren. Im Moment schicken wir sie in den Tod – ich sag das mal so und wir geben uns kampflös an die Wand.«³⁵

Der Leiter des Bezirksamtes mahnte zu überlegter Reaktion, in dem er vorschlug: »... aber wir müssen versuchen, mit den oppositionellen Kräften einen Konsens zu finden, um eben nicht die Waffen aus der Hand zu geben, sondern ihnen zu sagen, also nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir noch Waffen besitzen«. In einem anschließend verlesenen weiteren Fernschreiben mahnten die oppositionellen Gruppen der DDR: »Nach wie vor gilt: Keine Gewalt.« Gehlert entließ seine Genossen mit den Worten:

»dann gehen wir auseinander und gehen an die Front. [...] Entscheidend ist, dass die Kollektive jetzt zusammenstehen, auch wenn sie nur Zeitungen lesen und noch einen Block und einen Bleistift in der Hand haben, dort wo es möglich ist, muss man noch Treffs machen, unter Wahrung der Konspiration, es geht um unsere Partei, es geht um unser Land, es geht um den Sozialismus.«³⁶

Zu Verhandlungen über eine Sicherheitspartnerschaft, zu denen sich der Sprecher des Neuen Forums Dr. Martin Böttger bereit erklärt hatte, kam es nicht mehr. Aufrufe einzelner Kreisämter wie das in Annaberg, die Macht nicht kampflös abzugeben, zeigten, dass immer noch mit gewaltsamen Reaktionen

³⁴ Vgl. Stark angeschlagen; Sächsisches Tageblatt v. 20.11.1989.

³⁵ Vgl. Mitschnitt der Dienstversammlung des Leiters des BafNS am 4.12.1989; BStU, MfS, BV KMS/Ka 1 (Z).

³⁶ Vgl. ebenda.

gerechnet werden musste.³⁷ Die Angst der Bürger war also nicht unbegründet. Der Leiter des Bezirksamtes Siegfried Gehlert fürchtete eine Eskalation und fragte bei seinem Berliner Vorgesetzten Wolfgang Schwanitz an, was mit den Waffen in den Kreisämtern werden soll.³⁸

³⁷ Vgl. Offener Brief des Kollektivs des Kreisamtes für Nationale Sicherheit Annaberg v. 4.12.1989; BStU, MfS, BV KMS, Abt. 26, Nr. 147.

³⁸ Vgl. Fernschreiben des Leiters des BAFNS an den Leiter des AfNS v. 4.12.1989; BStU MfS, BV KMS, L 188. Vgl. auch Mitschnitt der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS v. 4.12.1989, BStU, MfS, BV KMS/Ka 1 (Z).

Versiegelung

Trotz dieser Verunsicherungen begannen, wenn auch bei Weitem nicht so entschlossen wie in Erfurt und Leipzig, die Karl-Marx-Städter Mitglieder der Bürgerbewegung direkten Einfluss auf die Dienststellen der Staatssicherheit zu nehmen. Über die Medien hatten Bürgerrechtler wie Mitarbeiter der Staatssicherheit von den Besetzungen der Bezirksämter in anderen Teilen der DDR erfahren. Sicher wirkte diese Entwicklung auf die Karl-Marx-Städter Oppositionellen inspirierend. Es kam allerdings zu keinen Besetzungen von Dienststellen. Der Leiter des Bezirksamtes klagte aber am 5. Dezember in einem Fernschreiben an seinen Berliner Vorgesetzten Wolfgang Schwanitz über die zunehmende Überwachung der Dienstgebäude.³⁹

Bereits am 4. Dezember um 17.30 Uhr begannen die Bürger, die aus dem Dienstobjekt III im Stadtteil Siegmarsdorf ausfahrenden Fahrzeuge zu kontrollieren, sich die Kofferräume der Pkw zeigen zu lassen. Außer Bürgern von Karl-Marx-Stadt waren Vertreter des Neuen Forums aus Limbach-Oberfrohna und Röhrsdorf maßgeblich daran beteiligt.

Auf Nachfrage des für die Abteilung Wismut zuständigen stellvertretenden BV-Leiters Oberst Peter Clauß erklärten die Kontrolleure, dass Aktenvernichtungen verhindert werden sollten. Seine Antwort lautete: »Meine Genossen machen nichts Unrechtes und Falsches, sie haben nichts zu verbergen, gehen Sie ruhig nach Hause«. Die Bürgerrechtler glaubten ihm zu Recht nicht. Die Überwachung wurde bis zum nächsten Abend fortgesetzt. Nach Aussagen Beteiligter motivierte sie zusätzlich das Wissen, dass in den Gebäuden auch die vorherigen Kreisdienststellen, nunmehrigen Kreisämter Karl-Marx-Stadt/Stadt und Karl-Marx-Stadt/Land untergebracht waren und damit eventuell über sie angelegte Unterlagen. Beschäftigte aus den umliegenden Betrieben unterstützten die Aktion. Zeitweise standen bis zu 200 Personen vor dem Tor.

Am nächsten Mittag sah sich Oberst Clauß gezwungen, zwei der Belagerer, Joachim Heinik und Lothar Raschker, ins Objekt einzulassen. Sie wurden auf den hohen psychischen Druck, der auf den Mitarbeitern lasten würde, und deren Waffenbesitz hingewiesen. Das sollte sie einschüchtern. Die Kontrolleure erklärten erneut, dass ihre Absicht nur darin bestehe, die Vernichtung von Akten zu verhindern. Da der Leiter des AfNS angewiesen hatte, dass gegenüber Bürgern nur das zugegeben werden sollte, was so offensichtlich war, dass es nicht mehr geleugnet werden konnte, versuchte Oberst Clauß sich an diese

³⁹ Vgl. Maßnahmen des Amtes für Nationale Sicherheit im Herbst 1989; BStU, MfS, BV KMS, L 182.

Weisung zu halten. Er ließ Mitarbeiter aus dem Archiv Aktenkartons holen, um zu beweisen, dass die Akten nicht vernichtet worden sind. Auf die Frage, ob Unterlagen verfilmt worden seien, hatte er mit nein geantwortet. Beim Anblick der Verfilmungstechnik im nächsten Raum musste er zugeben, nicht die Wahrheit gesagt zu haben. Insgesamt empfanden die beiden Bürgerrechtler den ersten Besuch und die gegebenen Antworten als unbefriedigend und hinhaltend. Sie merkten, dass die Stasi-Offiziere ihre Unerfahrenheit auszunutzen versuchten. Die Belagerer setzten deshalb die Kontrollen fort und informierten Presse und Staatsanwaltschaft. Sie lehnten die Volkspolizei als Bewachung ab.⁴⁰

Am späten Nachmittag des 5. Dezember 1989 versiegelte Staatsanwalt Rümmler unter Beteiligung der Bürgerrechtler die Archivräume, allerdings nicht die Arbeitsräume, in denen sich die laufenden Vorgänge befanden. Die ebenfalls anwesenden Journalisten der SED-Bezirkszeitung »Freie Presse« berichteten am nächsten Tag darüber.⁴¹ Die beginnende Beobachtung der Geheimpolizei in Karl-Marx-Stadt dokumentiert ein Bericht des diensthabenden Offiziers. Am Gebäude Richard-Sorge-Straße 35, dem Sitz der Leitung des Bezirksamtes, fuhren seit der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember Fahrzeuge der Bürgerbewegung halbstündlich Streife. Es handelte sich um Ingo Antratschke und Reinhard Stolpe, wie die Stasi-Mitarbeiter gewohnt schnell ermittelten. Der Leiter des Medizinischen Dienstes meldete dem Offizier des Hauses, dass vor seinem Gebäude auf der Weststraße ein Pkw Dacia parkt, der regelmäßig von einem zweiten Fahrzeug angefahren wird.⁴²

Andreas Ehrlich und Steffen Geißler, zwei Vertreter des Neuen Forums, riefen am nächsten Tag bei der Bezirksstaatsanwaltschaft an und mahnten die Versiegelung des Archivs der Staatssicherheit, wie sie schon in anderen Bezirken erfolgt war, an. Mit Pfarrer Hans-Jochen Vogel, Stephan Thorandt und Reiner Hufenbach suchten sie die Bezirksstaatsanwaltschaft auf, wohin auch die stellvertretenden Leiter des Bezirksamtes Reinhard Herrmann und Bernd Walther bestellt worden waren. Sie begaben sich zusammen mit den Staatsanwälten zum Hauptgebäude der Staatssicherheit Richard-Sorge-Straße 35 und ließen die dort befindlichen Archivräume versiegeln.⁴³ Die Räume mit der Abhörtechnik im Nachbargebäude Richard-Sorge-Straße 31 wurden nach einer Begehung am 6. Dezember gesichert. Nach Auskunft des Leiters der zuständi-

⁴⁰ Vgl. Aktennotiz des Offiziers des Hauses v. 5.12.1989; BStU, MfS, BV KMS, L 296, sowie Aussage von Lothar Raschker gegenüber dem Verfasser am 3.5.2005.

⁴¹ Vgl. Verfügung Bezirksstaatsanwaltschaft v. 5.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297, sowie in: Freie Presse v. 6.12.1989.

⁴² Vgl. Rapport Nr. 337/89 des Offizier des Hauses, Berichtszeitraum 5./6.12.1989; BStU, MfS, BV KMS, L 296.

⁴³ Aussage von Steffen Geißler gegenüber dem Verfasser am 10.11.2005.

gen Abteilung 26 wären alle Bänder gelöscht und die Aufzeichnungstechnik schon nicht mehr genutzt worden.⁴⁴ Ein Staatsanwalt fuhr mit einem Streifenwagen der Volkspolizei in das Dienstobjekt II in Adelsberg, in dem unter anderem die Abteilungen Spionageabwehr, Aufklärung, Passkontrolle und Nachrichten untergebracht waren. Er versiegelte den dortigen Schießkeller, in dem in Gitterpaletten das vorsorglich von der Staatssicherheit aus den Kreisdienststellen abtransportierte Schriftgut lagerte. Die Arbeitsräume der Mitarbeiter blieben weiterhin ungesichert.⁴⁵

Die Versiegelungen durch die Staatsanwälte wurden protokolliert und durch Staatssicherheit und Vertreter der Bürgerbewegung gegengezeichnet. Die Geheimpolizei war dabei häufig offiziell und inoffiziell vertreten. Die von ihm im Oktober geplante Unterwanderung des Neuen Forums und der neu entstehenden Vereinigungen hatte das MfS noch in die Tat umsetzen können. In manchen Fällen stammten zwei von drei Unterschriften der Bürgerrechtsseite von inoffiziellen Mitarbeitern.⁴⁶ Auf die weitere Entwicklung hatte das allerdings keinen Einfluss. Als verhängnisvoller erwies sich, dass zum Teil nur die Archivräume und nicht die Arbeitsräume der Mitarbeiter gesichert wurden und damit weiterhin Aktenvernichtungen möglich waren.

Die Versiegelungen der Kreisämter durch die jeweils zuständigen Staatsanwaltschaften sind ebenfalls dokumentiert, die Unterlagen verraten aber nichts über die Dramatik der Ereignisse. In Flöha sicherte der Staatsanwalt das Kreisamt erst nach einer Streikandrohung, in Plauen, Klingenthal und Hainichen wurden die Waffen vorsorglich am 6. Dezember unter Aufsicht von Mitgliedern der Bürgerbewegung an die Volkspolizei übergeben.⁴⁷ Die Bürger ließen in Marienberg nicht nur die Räume des Kreisamtes, sondern auch die des Rates des Kreises versiegeln.⁴⁸ Im schon erwähnten offenen Brief zeigten sich die Mitarbeiter des Kreisamtes Annaberg-Buchholz am 4. Dezember entschlossen,

⁴⁴ Vgl. Protokoll der Bezirksstaatsanwaltschaft über die Besichtigung Dienstobjekt Dr. Richard-Sorge-Str. 31; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁴⁵ Vgl. Protokoll Bezirksstaatsanwaltschaft v. 5.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁴⁶ Vgl. Protokoll über die Besichtigung des Dienstobjektes Richard-Sorge-Str. 31, mit den Klarnamen-Unterschriften der IM »Richard Schenker« und »Jürgen Große«; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁴⁷ Vgl. Mitteilung Kreisstaatsanwalt Flöha an die Bezirksstaatsanwaltschaft v. 6.12.1989 und Protokolle der Staatsanwälte der angeführten Kreise; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁴⁸ Vgl. Mitschrift über Ausführungen des Leiters des BafNS Karl-Marx-Stadt v. 7.12.1989 im Arbeitsbuch von Major Bernd Clauß; BStU, MfS, BV KMS, Abt. M, Nr. 89.

sich der in der DDR abzeichnenden Entwicklung entgegenzustellen.⁴⁹ Trotzdem sah sich die Kreisstaatsanwältin auf Druck der Bürger gezwungen, die Panzerschränke im Kreisamt zu versiegeln. Der Amtsleiter protestierte heftig dagegen. Bis auf ein Siegel wurden am nächsten Tag alle anderen entfernt.⁵⁰ Die Stimmung war aggressiv, die Stasi-Mitarbeiter besaßen noch ihre Pistolen, aber letztlich erwarteten sie, beschäftigungslos geworden, die Auflösung ihrer regionalen Dienststellen.

Argwohn hatten auch andere eingehegte und bewachte Liegenschaften hervorgerufen. Am Zaun hing meist ein Schild mit einem Betriebsnamen, die Anwohner vermuteten darin zu recht die Staatssicherheit. Schon am 5. Dezember wurde die Ausweichführungsstelle der Wismut-Staatssicherheit für den Ernstfall im Wald bei Hartenstein von Bürgern besichtigt und versiegelt, eingelagerte Unterlagen aus Kreisdienststellen bzw. -ämtern am 14. Dezember ins Bezirksamt nach Karl-Marx-Stadt geschafft.⁵¹ Noch verdächtiger erschien ein umzäuntes Objekt in der Nähe der Dittersdorfer Höhe nicht weit von Karl-Marx-Stadt, das als Betriebsgelände des VEB Energieversorgung beschildert war. Dort vermuteten Anwohner sogar Abschussrampen für Raketen mit Atomsprenköpfen.⁵² Zwei Vertreter des Neuen Forums zeigten am 7. Dezember 1989 bei der Bezirksstaatsanwaltschaft an, dass sie durch Befragen der Objektwache herausgefunden hatten, dass es sich um eine Einrichtung der Staatssicherheit handelt und am 9. Dezember eine Ortsbegehung stattfindet. Daran nahmen ca. 100 Bürger aus den umliegenden Gemeinden teil. Der unter der Erde befindliche Bunker stellte sich als die Ausweichführungsstelle der MfS-Bezirksverwaltung für den Ernstfall heraus. Ein Teil der Anlagen war offensichtlich schon demontiert und in den Stahlschränken fehlten die Unterlagen. Wegen der notwendigen Wartung der technischen Anlagen konnte keine vollständige Versiegelung erfolgen. Sie wurden weiterhin von Stasi-Mitarbeitern betrieben, die dadurch den Zugang zur Bunkeranlage behielten. Die Anlage sollte durch die Volkspolizei übernommen werden.⁵³ Erst am 23. Dezember besichtigten elf Bürger aus Wildenthal das Funkobjekt der Abteilung III der

⁴⁹ Vgl. z. B. BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 3319, Abt. II, Nr. 350, sowie Abt. 26, Nr. 147.

⁵⁰ Vgl. Protest des Kreisamtsleiters Annaberg-Buchholz und Protokolle der Kreisstaatsanwältin v. 6./7.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁵¹ Vgl. Erklärung des Leiters des Objekts Hartenstein über die Besichtigung v. 5.12.1989 und Protokoll Bezirksstaatsanwaltschaft v. 14.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁵² Horch und Guck 2(2000)30, S. 42.

⁵³ Vgl. Aktenvermerk und Protokoll Bezirksstaatsanwaltschaft über die Begehung des Objekts »Schwarzes Holz« bei Dittersdorf am 9.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

Bezirksverwaltung auf dem Auersberg, von dem der Telefonverkehr in der Bundesrepublik abgehört worden war.⁵⁴ Spekulationen, dass von den Kellern am Kaßberg, die sich unterhalb der Bezirksverwaltung befinden, ein unterirdischer Gang für Gefangenentransporte zum Bahnhof existiert, erwiesen sich als nicht zutreffend.⁵⁵

Die Bürger vermuteten, dass nicht nur das MfS, sondern auch die SED Unterlagen vernichtet hatte. Nach der Montagsdemonstration am 11. Dezember 1989 besichtigten um 19.45 Uhr auf Initiative der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei in der DDR 50 Bürger Räume der SED-Bezirksleitung, forderten und erreichten die Versiegelung der Panzerschränke durch Staatsanwälte.⁵⁶ Solche Kontrollen fanden noch mehrfach statt. Am 28. Februar 1990 sichtigten Mitglieder der Arbeitsgruppe 4 des Ausschusses für die Auflösung des BfNS in Gegenwart eines Staatsanwalts die Akten der ehemaligen Abteilung Sicherheit der SED-Bezirksleitung. Sie wurden später von diesem Arbeitsausschuss übernommen.⁵⁷

Die Unterlagen der Bezirkseinsatzleitung⁵⁸ befanden sich im Wehrbezirkskommando Karl-Marx-Stadt der Nationalen Volksarmee in der Annaberger Straße 115. Im Zuge eines Ermittlungsverfahrens gegen Erich Honecker versiegelte der Bezirksstaatsanwalt am 19. Januar 1990 den dortigen Stahlschrank. Die Unterlagen wurden im Juni 1990 an das Wehrbezirkskommando zurückgegeben und befinden sich im Aktenbestand des BStU, Außenstelle Chemnitz. Der größte Teil der Unterlagen der Kreiseinsatzleitungen ist Anfang 1990 in den Wehrkreiskommandos vernichtet worden.⁵⁹

⁵⁴ Vgl. Aktennotiz der Bezirksstaatsanwaltschaft v. 23.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁵⁵ Werner Schulze übermittelte Bürgeranfragen an den Regierungsbeauftragten v. 18.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁵⁶ Vgl. Aktenvermerk der Staatsanwaltschaft der Stadt Karl-Marx-Stadt v. 12.12.1989; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁵⁷ Vgl. Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 189.

⁵⁸ Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen waren zivile Gremien, die für die Planung, Realisierung und Kontrolle von Maßnahmen der Landesverteidigung in ihrem Verantwortungsbereich zuständig waren.

⁵⁹ Vgl. Protokolle Kreisstaatsanwälte; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

Ein letzter Versuch

Die Regierung Modrow versuchte, die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Sie setzte in den Bezirken Regierungsbeauftragte ein, die die AfNS-Bezirksämter in die Lage versetzen sollten, die Aufgaben der Nationalen Sicherheit wahrzunehmen.⁶⁰ In Karl-Marx-Stadt wurde ein bisheriger stellvertretender Ministeriums-Abteilungsleiter, Rudhard Riedel, damit beauftragt. Ihm zur Seite standen der VP-Oberst Fischer aus dem Ministerium des Innern, der Ende Januar von einem Oberst Karsten abgelöst wurde, und der Mitarbeiter der Aufklärung im AfNS Hartmut Kretschel.⁶¹ Am 6. Dezember beriet er um 18.00 Uhr, kaum aus Berlin eingetroffen, mit dem Leiter des Bezirksamtes Siegfried Gehlert, dessen bisherigen 1. Stellvertreter Joachim Schaufuß, dem Leiter der Bezirksbehörde der Volkspolizei Peter Müller, dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Lothar Fichtner und dem Bezirksstaatsanwalt Dr. Rubitzsch die Situation. Die Runde schätzte ein, dass die Lage zwar kompliziert wäre, aber

»die Erfordernisse der inneren Sicherheit noch 10 bis 15 Tage aufrechterhalten werden können. Die Kreisämter des Amtes für Nationale Sicherheit haben ihre Tätigkeit selbst eingestellt. [...] Die Bezirksdienststelle des Amtes für Nationale Sicherheit ist nur noch begrenzt aktionsfähig. Bei Ein- und Ausgängen werden Personen, Pkw und Taschen durch die Deutsche Volkspolizei außerhalb der Objekte unter Blickkontrolle von Bürgervertretungen kontrolliert.«⁶²

Waffen und Schriftgut wären unter Kontrolle.

»Zurzeit bestehen noch keine Forderungen von Bürgerkomitees nach Einsichtnahmen in die Dokumente und Unterlagen des Amtes. Die Situation kann sich aber stündlich und täglich ändern. Der Ernst der Lage zwingt zu der Einschätzung, dass die ehemalige Staatssicherheit im Bezirk und in den Kreisen auf eine generelle Ablehnung stößt. [...] Die Forderungen nach Objektbesetzungen bestehen. Sie konnten bisher durch eine kluge Öffentlichkeitsarbeit der leitenden Genossen des Amtes verhindert werden.«⁶³

⁶⁰ Nach: Richter: Die friedliche Revolution; Leiter AfNS an Leiter der Dienstseinheiten: Persönliche Erklärung des Leiters auf der Pressekonferenz am 7.12.1989, 7.12.1989; BStU, MfS, HA VIII, Nr. 1829, Bl. 113.

⁶¹ Leiter AfNS an Leiter der Dienstseinheiten: Persönliche Erklärung des Leiters auf der Pressekonferenz am 7.12.1989, 7.12.1989; BStU, MfS, HA VIII, Nr. 1829 in: Richter: Die Friedliche Revolution, S. 1003.

⁶² Vgl. Information an den Beauftragten der Regierung Modrow für den Zentralen Runden Tisch v. 7.12.1989; BArch DC 2011 348.

⁶³ Vgl. ebenda.

Das Bezirksamt wäre in der Lage, die neuen Aufgaben der nationalen Sicherheit zu übernehmen, aber dazu müssen die nicht mehr benötigten Teile der früheren Staatssicherheit sofort liquidiert werden.⁶⁴ Als erste Maßnahme wurde am nächsten Tag der seit 32 Jahren an der Spitze der Staatssicherheit im Bezirk stehende 64-jährige Leiter Generalleutnant Siegfried Gehlert durch seinen 1. Stellvertreter Oberst Joachim Schaufuß ersetzt.⁶⁵

Durch eine geschickte Pressearbeit sollte der Druck auf das Amt vermindert werden. In einem Artikel in der »Freien Presse« erklärte der Regierungsbeauftragte Rudhard Riedel am 9. Dezember 1989, dass ihn die Regierung ernannt habe, das Bezirksamt für Nationale Sicherheit in seine neuen Aufgaben zu überführen. Eine Entscheidung über das Schriftgut wird vorbereitet. Erste Kontakte zu Vertretern der Kirche und der Demokratisch oppositionellen Plattform (DOP), einem Zusammenschluss der neu gegründeten Parteien und Vereinigungen, hätte er schon aufgenommen. Abgestimmt mit den Bürgerbewegungen wolle er ein Teil der Stasi-Unterlagen vernichten.⁶⁶ Die Mitglieder einer Arbeitsgruppe des Neuen Forums Werner Schulze, Alfred Hausmann und Horst Fleischer, die sich mit der historischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte befassen wollte, forderten daraufhin in einem offenen Brief die Sicherung der Akten für diese Aufgabe:

»Um weitere Verdunklung auszuschließen, darf keinerlei Vernichtung von Akten, auch nicht die geringste, geduldet oder in Aussicht gestellt werden. [...] Wir fordern für jeden Bürger das Recht, Einblick zu nehmen in diese Daten, die der Staatssicherheitsdienst über ihn gesammelt hat. Mehr noch: Wir verlangen die unverzügliche Auflösung des Netzes aller heimlichen Mitarbeiter, d. h. der getarnten Spitzel, die irgendwo in den Wohngebieten, Betrieben und Institutionen sitzen.«⁶⁷

Riedel sah, dass er die Bürgerbewegungen bei seiner weiteren Tätigkeit noch stärker berücksichtigen muss. Er lud deshalb Mitglieder der Opposition und Vertreter der Blockparteien für den 12. Dezember zu einer Beratung ins Bezirksamt für Nationale Sicherheit ein. Außer 20 Personen aus den Bürgerbewegungen waren Mitarbeiter der Volkspolizei, des Rates des Bezirkes und der SED anwesend. Werner Schulze hat Notizen über diese Beratung hinterlassen. Die Information, dass das Amt seine Tätigkeit eingestellt habe, wurde nicht geglaubt und entsprach auch nicht den Tatsachen. Wie die zentralen Unterlagen und handschriftlichen Aufzeichnungen über Dienstberatungen belegen,

⁶⁴ Vgl. ebenda.

⁶⁵ Vgl. Fernschreiben Leiter BAfNS an die Leiter aller Dienstseinheiten v. 8.12.1989; BStU, MfS, BV KMS, Abt. 26, Nr. 54.

⁶⁶ Vgl. Freie Presse v. 9.12.1989.

⁶⁷ In: Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 119 f.

wurde die Arbeit unter neuen Vorzeichen fortgesetzt. Selbst Treffs mit inoffiziellen Mitarbeitern fanden bis Januar 1990 weiterhin statt. Man wollte vermutlich mit einem Teil der inoffiziellen Mitarbeiter weiter zusammenarbeiten.⁶⁸ Vertreter der Bürgerbewegungen, insbesondere der in den Aufzeichnungen mit J. G. erwähnte Johannes Gerlach, fragten: »Wer profitierte von Ihrer Arbeit? Wer konnte Aufträge erteilen? Welche Rolle spielten die Kaderleitungen? Gibt es die zweite (geheime) Kaderakte? Wird diese von der Stasi verwaltet oder nicht? Welche Rolle hat die Bezirksleitung der SED gespielt?« Die gegebenen Antworten sollten den Anschein erwecken, dass die Tätigkeit von SED, MfS und den Behörden legal und nach den gesetzlichen Vorgaben erfolgt. Herr Schulze schätzt ein: »Die Antworten sind so viel wert wie keine Antworten.« Allerdings musste die Ausforschung der Bürger durch Spitzel zugegeben werden. Viele Fragen beschäftigten sich mit der elektronischen Speicherung der personenbezogenen Daten. Die Bürgerrechtler fürchteten deren weitere Nutzung durch das BfNS. Wie es mit den Akten weitergehen sollte, wurde seitens der Stasi ausweichend beantwortet, eine spätere Vernichtung nicht ausgeschlossen. Der Regierungsbeauftragte wollte einen Ausschuss von sieben bis neun Personen berufen, der sich mit der zukünftigen Nutzung der Unterlagen befassen sollte. Oberst Fischer schlug vor, die Akten könnten für eine eventuelle Rehabilitierung von Opfern der Staatssicherheit herangezogen werden. Vertreter des Amtes wollten dafür die Justizunterlagen an die Staatsanwaltschaft übergeben.⁶⁹ Dr. Böttger konnte erstmals in eine über ihn angelegte Akte Einblick nehmen. Am 20. Dezember erhielten sieben Vertreter verschiedener Kirchen im Bezirk und der Regierungsbeauftragte Gelegenheit, sich über den Inhalt von Akten im Archiv des Bezirksamtes zu informieren.⁷⁰

Am 14. Dezember beschloss die Regierung Modrow das AfNS aufzulösen.⁷¹ Der Druck der Straße war zu groß geworden. Die Staatssicherheit wurde von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt und so sollten deren Aufgaben unter wesentlicher Verkleinerung nach westdeutschem Modell von einem Verfassungsschutz und einem Nachrichtendienst wahrgenommen werden. Die Versorgung der zu entlassenden Mitarbeiter war allerdings sehr komfortabel vorgesehen. Die Leitung des Bezirksamtes und ein großer Teil der Mitarbeiter fanden, dass die Regierung unter den gegebenen Umständen für sie eine gute

⁶⁸ Vgl. Operativgeldabrechnungen Abteilung XX 1989–1990; BStU, MfS, BV KMS, Abt. Fin, Nr. 45.

⁶⁹ In: Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 121 ff.

⁷⁰ Vgl. Protokoll über die Öffnung der am 6.12.1989 versiegelten Archivräume; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁷¹ Vgl. BStU, MfS, ZKG, Nr. 129, auch in: Richter, Michael: Die Friedliche Revolution, S. 1060.

materielle Vorsorge getroffen hatte. Nach Dienstzeiten gestaffelte großzügig bemessene Übergangsgebühnisse und das für drei Jahre garantierte Nettogehalt ließen kaum Wünsche offen.⁷² Sie führten in den nächsten Monaten zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung. Auf jeder der künftigen Montagsdemonstrationen wurde dieses Thema angesprochen.

Einen Tag später informierte der Regierungsbeauftragte in einem Interview mit der »Freien Presse« darüber, dass das Schriftgut sicher untergebracht sei und das Bezirksamt seine Tätigkeit eingestellt hat. Die Kreisämter seien aufgelöst und die Gebäude würden an die Räte der Kreise für die weitere Nutzung übergeben.⁷³ In den meisten Fällen zogen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens in die Gebäude ein.⁷⁴ Von den ehemals 3 800 Mitarbeitern sollten ca. 200 übrig bleiben.⁷⁵

Die Mitarbeiter betrachteten sich nun auch als Opfer der falschen Sicherheitsdoktrin der SED-Führung. Mithilfe eines am 6. Dezember gegründeten Rates der Mitarbeiter, den ein Teil der Angehörigen des Bezirksamtes als ihre Interessenvertretung ansah, wollten sie sich gegenüber der Leitung Gehör verschaffen. Es gab Stimmen, die forderten, für ihre Rechte auf der Straße zu demonstrieren.⁷⁶ Es kam nicht dazu, es wäre wohl zu grotesk gewesen. Bei einem Besuch von Journalisten der Zeitung »Junge Welt« am 15. Dezember formulierten sie ihre Haltung zur Tätigkeit des MfS und zur derzeitigen Situation, die in einem Artikel am 27. Dezember veröffentlicht wurde. »Wir sind gewillt, vorbehaltlos über unsere frühere Tätigkeit zu informieren. Zum einen, um zu verhindern, dass jemals wieder solche Machtmechanismen aufgebaut werden, und zum zweiten, um damit zu zeigen, dass es uns ernst ist mit einem persönlichen Neubeginn«, wird ein pseudonymisierter Hauptmann des MfS zitiert.⁷⁷

Schon einige Tage vorher wandten sich Vertreter der Demokratisch Oppositionellen Plattform in einem Flugblatt am 9. Dezember 1989 an die offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit: »Wir rufen Sie auf im Inte-

⁷² Vgl. Beschluss des Ministerrats der DDR 6/18c/89 über 4 Festlegungen zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des AfNS v. 14.12.1989; BArch C1/3 – 2881.

⁷³ Vgl. Freie Presse v. 15.12.1989.

⁷⁴ Vgl. Freie Presse v. 5.1.1990.

⁷⁵ Vgl. Telefonische Mitteilung des Genossen Schaufuß, Bezirksstelle Karl-Marx-Stadt; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 13864.

⁷⁶ Vgl. Rat der Mitarbeiter; BStU, MfS, BV KMS, Abt. VII, Nr. 67.

⁷⁷ Vgl. Was geschah wirklich auf dem Kaßberg? In: Junge Welt v. 27.12.1989, S. 3. Die im Artikel enthaltene Aussage »In Karl-Marx-Stadt sind die Dokumente bis aufs letzte Blatt archiviert« und die Tatsache, dass von den Bürgerrechtlern große Mengen geschredderter Unterlagen vorgefunden wurden, zeigten, dass es ein weiter Weg bis zur Ehrlichkeit war.

resse eines Neuanfangs für uns alle: Offenbaren Sie sich ihren Mitbürgern! Berichten Sie über Ihre Aktivitäten! Entschuldigen Sie sich bei denen, denen Sie Schaden zugefügt haben!« Der Aufruf richtete sich aber auch an die Bespitzelten: »Die bisherigen Mitarbeiter des MfS sind nicht nur Täter des Unrechts, sondern auch seine Opfer. Geben wir Ihnen die Chance des Neuanfangs! Wir haben auch für Ihre Freiheit und Menschenwürde demonstriert.« Das Flugblatt schloss mit dem Wunsch: »Für menschliche Würde, Anstand und eine neue Moral!«⁷⁸ Resultat dieses Aufrufs war ein Treffen der Verfasser des Flugblattes mit Vertretern des Rates der Mitarbeiter des ehemaligen Bezirksamtes am 9. Januar 1990. Andreas Ehrlich stellte in einem Resümee im »Sächsischen Tageblatt« fest: »Die Diskussion verdeutlicht die unterschiedlichen Blickwinkel beider Seiten und verlief daher kontrovers, jedoch stets sachlich.« Auseinandersetzungen hatte es über die Übergangsergebnisse und die gebrochenen Siegel gegeben.⁷⁹ Der Vorsitzende des Sprecherrates des Neuen Forums Dr. Martin Böttger hatte ähnlich wie die DOP in der »Freien Presse« einen Appell zur Versöhnung veröffentlicht.⁸⁰ Nach der von Stasi-Mitarbeitern gewährten Einsicht in seine Akte stellte er am 13. Januar 1990 dort fest:

»Damit hatte ich die Hoffnung verbunden, dass sich diese Leute selbst offenbaren. Diese Hoffnung hat sich jedoch nicht erfüllt. In der ›Freien Presse‹ habe ich noch keinen Bericht eines ehemaligen Mitarbeiters gelesen und auch persönlich hat sich bei mir noch keiner offenbart. Enttäuscht bin ich auch über die schleppende Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit.«⁸¹

Nach dem Streichen des Führungsanspruchs der SED aus der Verfassung der DDR am 1. Dezember 1989 entstand ein Machtvakuum. Um einen gewaltlosen Übergang bis zu den ersten freien Wahlen zur Volkskammer zu sichern, entstand nach polnischem Vorbild am 7. Dezember in Berlin ein Runder Tisch mit den Vertretern der alten Ordnung und den neuen Bürgerbewegungen. Sie nahmen im Zusammenwirken mit den staatlichen Organen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung bis zum März 1990. Sie waren ein wesentlicher Faktor bei der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Nach dem Berliner Muster konstituierte sich für den Bezirk Karl-Marx-Stadt am 14. Dezember 1989 ein Runder Tisch, an dem alle politischen Parteien und Organisationen vertreten waren.⁸² Das Beispiel machte Schule. Im Bezirk bil-

⁷⁸ Vgl. Sammlung Dokumente vom Herbst 1989; BStU, Ast. Chemnitz.

⁷⁹ Vgl. Hilfreich für den Anfang. In: Sächsisches Tageblatt v. 17.1.1990.

⁸⁰ Vgl. Appell zur Versöhnung. In: Freie Presse v. 13.12.1989.

⁸¹ Vgl. Öffentlichkeit führt zu mehr Transparenz. In: Freie Presse v. 17.1.1990.

⁸² Vgl. Diplomarbeit von Carola Scherf »Der Runde Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt«, 1996.

deten sich insgesamt 21 Runde Tische in den Kreisen sowie weitere 172 in Städten und Gemeinden.⁸³ Vor dem Runden Tisch des Bezirkes legte der Regierungsbeauftragte zukünftig Rechenschaft über den Stand seiner Arbeit ab. Auf seiner zweiten Beratung am 21. Dezember regte er an, einen Untersuchungsausschuss zur Tätigkeit des MfS/AfNS zu bilden. Jede der am Runden Tisch vertretenen Gruppierungen sollte einen Vertreter benennen dürfen.⁸⁴ »Um die öffentliche Ordnung und Sicherheit in der Stadt Karl-Marx-Stadt weiterhin zuverlässig zu gewährleisten«, schlug das Volkspolizeikreisamt der Demokratisch Oppositionellen Plattform eine Sicherheitspartnerschaft vor. Nach deren Abschluss stimmten sie ihr Vorgehen bei den zukünftigen Demonstrationen miteinander ab.⁸⁵

Die verbliebene Leitung der Karl-Marx-Städter Staatssicherheit hoffte, eine für sie günstige Fortsetzung ihrer Tätigkeit als regionale Dienststellen des Verfassungsschutzes und des Nachrichtendienstes zu erreichen. Das bisherige MfS-Dienstobjekt III in der Jagdschänkenstraße und eine Polizeidienststelle in der Voigtstraße waren bereits als künftige Amtssitze ausgewählt worden.⁸⁶ Aber die Bürger fanden sich mit der vorgesehenen Lösung nicht ab. Die Entscheidung über einen zukünftigen Geheimdienst sollte erst nach freien Wahlen gefällt werden. Sie protestierten ebenfalls gegen die sehr lukrativ ausgefallenen Übergangsbühnrnisse für die zu entlassenden Stasi-Mitarbeiter.

Am 3. Januar 1990 informierte der Leiter des Bezirksamtes seine Berliner Vorgesetzten davon, dass bis zum Jahresende 1 449 Mitarbeiter entlassen und 200 für den geplanten Verfassungsschutz ausgewählt worden sind. Alle Waffen wären in drei verschiedenen Gebäuden untergebracht und vom Staatsanwalt unter Kontrolle von Vertretern der Bürgerbewegung versiegelt worden. Nur die Wacheinheit hätte zur Sicherung der Objekte noch Waffen. Die Zusammenarbeit des Regierungsbeauftragten mit den Bürgervertretungen funktionierte reibungslos.⁸⁷

⁸³ Vgl. Handlungsfähige Volksvertretungen und Räte; Sächs. StAC, Vorsitzender Rat des Bezirkes, Nr. 152186.

⁸⁴ Vgl. 2. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/1.

⁸⁵ In: Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 128.

⁸⁶ Vgl. Rat der Mitarbeiter; BStU, MfS, BV KMS, Abt. VII, Nr. 67.

⁸⁷ Vgl. Bericht Schaufuß v. 5.1.1990; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 13864.

Die Auflösung

Am 5. Januar fielen wichtige Vorentscheidungen für die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk. Im Bezirksamt auf dem Kaßberg kam es zu einem Zusammentreffen zwischen dem Regierungsbeauftragten, einem stellvertretenden Leiter der ehemaligen Bezirksverwaltung und 25 Vertretern der Opposition. Nach einem Bericht über den Stand der Auflösung des BAFNS wurde beschlossen, am 11. Januar einen durch den Bezirks- und Militärstaatsanwalt zu vereidigenden Ausschuss zur Kontrolle der Auflösung zu bilden. Alle gesellschaftlichen Gruppierungen sollten beteiligt werden.⁸⁸ In einer Vereinbarung zwischen dem Regierungsbeauftragten, dem Leiter des Arbeitsausschusses zur Untersuchung der nach innen gerichteten Tätigkeit des ehemaligen MfS im Bezirk Karl-Marx-Stadt und einem Vertreter des ehemaligen MfS sollten Ziele, Gegenstand und Arbeitsprinzipien der Geheimpolizei offengelegt werden. Der Regierungsbeauftragte schafft die materiellen und sachlichen Voraussetzungen dafür, dass die Mitglieder des Arbeitsausschusses ihren Auftrag erfüllen können.⁸⁹ Diese Vereinbarung war inhaltlich wenige Tage später überholt und wurde nicht ratifiziert.

Am gleichen Abend trat zum dritten Mal der Runde Tisch des Bezirkes zusammen. Der anwesende Leiter der Bezirksbehörde der Volkspolizei Peter Müller setzte sich wegen der angespannten Sicherheitslage und wegen neofaschistischer Vorkommnisse für die Nutzung entsprechender Stasi-Akten und die baldige Bildung eines Verfassungsschutzes ein. Die Polizei wäre in der jetzigen Situation überfordert. Anschließend referierte der Regierungsbeauftragte über die Erfüllung seines Auftrages. Die Kreisämter wären aufgelöst. Waffen, Akten und die technischen Mittel des MfS befänden sich unter Verschluss. Die Räume wären versiegelt. Die geschätzt 550 Tonnen Schriftgut sollten in die ehemaligen MfS-Führungsbunker in Dittersdorf und Hartenstein transportiert und dort gesichert eingelagert werden. Die Gerichtsakten könnten an die Staatsanwaltschaft zur schnelleren Rehabilitierung der aus politischen Gründen zu Unrecht Verurteilten übergeben werden. Die zur Bekämpfung des Terrorismus und des Rechtsextremismus angelegten Akten sollten der Polizei zur weiteren Nutzung überlassen werden. Die privaten Telefonanschlüsse der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter würden von der Post neu vergeben. Die Auflösung des BAFNS wollte er bis zum 6. Mai 1990, dem damals geplanten Termin

⁸⁸ Vgl. Bericht des Regierungsbeauftragten für den 3. Runden Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt am 5.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

⁸⁹ Vgl. BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

für die Wahlen zur Volkskammer, abschließen. Der Runde Tisch diskutierte die Ausführungen des Regierungsbeauftragten. Die am Runden Tisch vertretenen Parteien und Vereinigungen konnten je ein Mitglied in den Arbeitsausschuss entsenden.⁹⁰

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, dass dem Aufruf der DOP zur elften Montagsdemonstration in Karl-Marx-Stadt am 15. Januar 1990 nach Angaben der Presse 150 000 Bürger Folge leisteten, die Veranstaltung mit der größten Teilnehmerzahl überhaupt. In Plauen demonstrierten Woche für Woche weiterhin 30 000 bis 40 000 Bürger und in vielen Städten und Gemeinden im Bezirk war die Beteiligung ebenfalls hoch. Wenn auch die Wiedervereinigung Deutschlands die Hauptforderung der Demonstranten war, so spielte die Demokratisierung der Gesellschaft und die Auflösung des AfNS in den Redebeiträgen eine wesentliche Rolle.⁹¹

Am Mittag des 11. Januar 1990 konstituierte sich der Arbeitsausschuss im Speisesaal des ehemaligen MfS/AfNS. Nach kontroverser Diskussion darüber, wer in dem Ausschuss mitarbeiten darf, schlug der Regierungsbeauftragte Dr. Martin Böttger als Vorsitzenden und weitere 20 von Bürgerinitiativen benannte Mitglieder vor. Der Arbeitsausschuss bestätigte einstimmig, dass weitere Vertreter von Bürgerkomitees mit einem Beobachterstatus an der Ausschusssitzung teilnehmen und Fragen stellen können. Der Regierungsbeauftragte erläuterte die Brisanz der Aufgabe und mahnte die unbedingte Einhaltung des Datenschutzes an. Der Einfluss Riedels auf die Konstituierung des Arbeitsausschusses scheint noch immer sehr groß und prägend für die weitere Arbeit gewesen zu sein. Sein Handeln wurde allerdings vom unverminderten Druck der Straße, den häufigen Demonstrationen, Streikandrohungen und Streiks gegen den befürchteten Machterhalt der SED-PDS und den Fortbestand des MfS/AfNS in veränderter Form bestimmt.

Die anhaltenden Proteste gegen seine Politik und die Drohung der neuen politischen Kräfte am Zentralen Runden Tisch, die Zusammenarbeit mit der Regierung aufzukündigen, zwangen Ministerpräsident Modrow zu dem Zugeständnis, die Geheimdienste erst nach den freien Wahlen einzusetzen.⁹² Am selben Tag berieten der Regierungsbeauftragte, der ehemalige Leiter des Bezirksamtes und der designierte Vorsitzende des Ausschusses über den organi-

⁹⁰ Vgl. 3. Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/2.

⁹¹ Vgl. Freie Presse v. 16.1.1990

⁹² Vgl. An Leiter der Dienstseinheiten v. 12.1.1990 gez. Heydel; BStU, MfS, BV Berlin, A 1286, auch in: Richter: Die friedliche Revolution, S. 1162.

satorischen Ablauf der Auflösung.⁹³ Damit wurde die Kontrolle der endgültigen Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk zur Aufgabe des Ausschusses. Alle an dieser Aufgabe beteiligten Mitglieder der Bürgerbewegung bescheinigen dem Regierungsbeauftragten eine pragmatische, kooperative Herangehensweise, die zu einer reibungslosen Zusammenarbeit führte, obwohl die Standpunkte naturgemäß nicht immer übereinstimmten. Riedel verlor aber nie aus den Augen, dass er seine Aufgabe für die Regierung Modrow zu lösen hatte. Seinen Berliner Auftraggebern teilte er schon am 19. Januar mit, dass er seine Arbeit früher als vorgesehen abschließen will.⁹⁴

Der Arbeitsausschuss zur Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit traf sich am 19. Januar 1990 im Speisesaal des ehemaligen MfS zu seiner zweiten Beratung. Ein aus 60 Mitgliedern bestehendes Bürgerkomitee, das sich Anfang Januar gebildet hatte, wurde in diesen integriert.⁹⁵ Der Ausschuss wählte Dr. Martin Böttger⁹⁶ zu seinem Vorsitzenden und Andrea »Susi« Franke⁹⁷ zu seiner Stellvertreterin. Der Arbeitsausschuss umfasste zeitweise 85 Mitglieder, die aber nicht immer gleichzeitig tätig waren. Die Arbeit wurde neben der beruflichen Tätigkeit wahrgenommen. Staatsanwälte belehrten die Mitglieder des Ausschusses nochmals über den Umgang mit den im Rahmen der Tätigkeit erlangten Informationen und ließen sie eine Schweigeverpflichtung unterschreiben.⁹⁸ Für die Auflösung sollten thematische Arbeitsgruppen gebildet werden. Ein Koordinierungsausschuss aus je zwei Mitgliedern der Arbeitsgruppen, dem Leiter und seiner Stellvertreterin, zwei Pressesprechern, einem Vertreter der Polizei, einem Kirchenvertreter und einem Rechtsanwalt sollte die Aufgaben untereinander abstimmen.⁹⁹

⁹³ Vgl. Information des Regierungsbeauftragten an den Beauftragten der Regierung Modrow v. 11.1.1990; BArch DC 2011350.

⁹⁴ Protokoll über die 2. Beratung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des BAFNS v. 19.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

⁹⁵ In: Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 148.

⁹⁶ Dr. Martin Böttger war Mitbegründer des Neuen Forums und Vorsitzender des Sprecherrates des Neuen Forums Karl-Marx-Stadt und bot sich deshalb Riedel als Vorsitzender automatisch an.

⁹⁷ Andrea Franke hatte sich viele Jahre in der kirchlichen Frauenbewegung engagiert.

⁹⁸ Vgl. Verpflichtungserklärungen der Mitglieder des Arbeitsausschusses v. 19.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

⁹⁹ Vgl. Protokoll über die 2. Beratung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des BAFNS v. 19.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

Innerhalb des Arbeitsausschusses wurden folgende Arbeitsgruppen gebildet:

- AG 1 Sicherung und Überführung aller Akten des Amtes in das künftige Objekt des Staatsarchivs Karl-Marx-Stadt und Analyse jener Unterlagen, die zunächst der BDVP, Abt. K, zur weiteren Arbeit im Kampf gegen Terrorismus übergeben werden. Leitung: Lothar Strunz und Ilona Langer.
- AG 2 Überführung von Waffen, Munition und Ausrüstung an die BDVP des Bezirkes Karl-Marx-Stadt sowie zur Kontrolle der Übergabe von Objekten und Bauwerken des ehemaligen Bezirksamtes an zivile Rechtsträger. Leitung: Rudolf Richter und Peter Hasse.
- AG 3 Abbau, Inventarisierung und Wiederverwendung der Nachrichten-, Funk- und sonstiger hochsensibler Technik des ehemaligen Amtes. Leitung: Olaf Piotrowski und Frank Ehrlich.
- AG 4 Untersuchung der Befehlslage, der Strukturen und der sicherheitspolitischen Aufgabenstellungen im MfS entsprechend der Sicherheitskonzeption der ehemaligen Partei- und Staatsführung sowie zur Rehabilitation ehemals geschädigter Bürger. Leitung: Geplant waren Werner Schulze und Angelika Flach. Da Werner Schulze seine Tätigkeit nicht aufnahm, trat Hans Jürgen Richter an seine Stelle.
- AG 5 Personelle Probleme und Analyse der Finanzlage des Bezirksamtes. Leitung: Roland Seipt und Andreas Schönfeldt

Weil sich die Notwendigkeit ergab, kamen später noch zwei Arbeitsgruppen hinzu:

- AG 6 Informatik, für die Untersuchung der Rechentechnik des MfS. Leitung: Horst Hochhuth und Dr. Peter Blaudeck.
- AG 7 Wiedereingliederung der MfS-Mitarbeiter in den Arbeitsprozess. Leitung: Freimuth Näser.¹⁰⁰

Die Auflösung wurde zügig in Angriff genommen. Bereits drei Tage später konnte die Demontage der speziellen Technik abgeschlossen werden, sodass auch technisch keine Telefonüberwachung mehr möglich war. Sie wurde an die Post, die Polizei und die Nationale Volksarmee übergeben,¹⁰¹ die letzten Teile der Abhörtechnik der Abteilung 26 am 22. Februar vernichtet.¹⁰²

¹⁰⁰ Vgl. Protokoll über die 1. Beratung des vom Runden Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt am 5.1.1990 gebildeten Arbeitsausschuss zur Auflösung des BAFNS am 11.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹⁰¹ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des BAFNS v. 23.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹⁰² Vgl. 7. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/6.

Auf einer Beratung der Arbeitsgruppe 3 mit leitenden Mitarbeitern der Deutschen Post am 25. Januar löste deren Einbindung in die Überwachung der Fernsprechteilnehmer kontroverse Diskussionen aus. Sie schützten Unkenntnis vor und versuchten sich der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsausschuss zu verweigern. Der schnellstmögliche Entzug der privaten Telefonanschlüsse der MfS-Mitarbeiter und deren Neuvergabe an Bedürftige wurden trotz »moralischer Bedenken« des Regierungsbeauftragten vereinbart. Die Abschaltung der Telefonanschlüsse des Bezirksamtes musste allerdings rückgängig gemacht werden. Sie wurden für die Auflösung dringend benötigt.¹⁰³ Die interne Nachrichtenverbindung WTsch¹⁰⁴ zur Berliner Zentrale war schon am 10. Januar abgeschaltet worden, nun wurden noch die Verbindungen zur Volkspolizei, zum Rat des Bezirkes, zur Bezirksstaatsanwaltschaft und zum Regierungsbeauftragten getrennt.¹⁰⁵

Unter Kontrolle der Bürgerbewegung begann am 17. Januar die Übergabe von Waffen und Munition. 80 MfS-Mitarbeiter transportierten 5 463 Pistolen, 3 055 Maschinenpistolen, 163 Gewehre, 7 Maschinengewehre, 153 Panzerabwehrwaffen, 113 Kleinkaliberwaffen und 156 Leuchtpistolen mit 6 Lkw zur Volkspolizeidienststelle im Karl-Marx-Städter Stadtteil Ebersdorf. Die Übergabe konnte schon am nächsten Tag abgeschlossen werden. Anfangs fehlten 7 der 5 463 Pistolen.¹⁰⁶ Sie konnten bis Ende März bei Mitarbeitern sichergestellt werden. Die Waffen wurden später an die Raketentechnische Basis Brück im Bezirk Potsdam übergeben.¹⁰⁷

Äußerst kompliziert gestaltete sich die Umlagerung der Akten und Karteien. Es ging um die schnelle und sichere Unterbringung der brisanten Materialien. Es war vorgesehen, dass das Staatsarchiv Dresden, Außenstelle Karl-Marx-Stadt, die Verwaltung übernehmen sollte. Deshalb lag die fachliche Regie in den Händen von dessen Direktor Dr. Reiner Groß und der Leiterin der Außenstelle Barbara Schaller. Dr. Groß informierte den Ausschuss auf seiner Bera-

¹⁰³ Vgl. Information des Regierungsbeauftragten an den Beauftragten der Regierung Modrow für die Auflösung des AfNS v. 24.1.1990; BArch DC 2011350.

¹⁰⁴ Geheimes abhörsicheres Nachrichtenverbindungssystem zwischen Behörden der DDR auf der Grundlage sowjetischer Technik.

¹⁰⁵ Vgl. Lagebericht zur Auflösung der Kreis- und Bezirksamter für Nationale Sicherheit v. 11.1.1990; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 13864.

¹⁰⁶ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des BAfNS vom 23.1.1990 und Bericht über den Stand der Auflösung des BAfNS vor dem Runden Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt v. 13.2.1990; 4. Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/3.

¹⁰⁷ Vgl. Übersicht über durchgeführte Waffen- und Munitionstransporte der BDVP Karl-Marx-Stadt v. 23.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

tung am 30. Januar 1990 über die vom Staatsarchiv zu lösenden Aufgaben und das dafür ab 1. März zwölf neue Planstellen zur Verfügung stehen sollten.¹⁰⁸

Am 16. Januar hatten Stasi-Mitarbeiter unter Beteiligung und Kontrolle von Mitgliedern des Arbeitsausschusses begonnen, die Akten aus dem Bezirksamt in den Bunker bei Dittersdorf auszulagern. Das war die Voraussetzung dafür, dass die Gebäude geräumt an die künftigen Nutzer übergeben werden konnten. Aufgrund der Aktenmenge konnte die Aufgabe erst am 23. Februar abgeschlossen werden. Die Archivarin Frau Schaller veranlasste, dass die Unterlagen nach der Struktur geordnet in die unterirdischen Gänge des Führungsbunkers eingelagert wurden. Das erleichterte später den Zugriff auf die Akten. Nach Abschluss der Umlagerungen befanden sich die Karteien, das Archivmaterial und das aktuelle Schriftgut des Bezirksamtes sowie die Unterlagen der Kreisdienststellen Karl-Marx-Stadt/Stadt und Karl-Marx-Stadt/Land in der ehemaligen Ausweichführungsstelle bei Dittersdorf. In der Bunkeranlage bei Hartenstein lagerten Karteien und Akten aus den übrigen Kreisen, die sich bisher im Schießkeller im Dienstobjekt Adelsberg befunden hatten. Das Archiv der 1982 in die Bezirksverwaltung eingegliederten MfS-Objektverwaltung Wismut verblieb in den bisherigen Räumen in der Jagdschänkenstraße. Weil die Kaderakten und die Gesundheitsunterlagen für die Entlassungen und Überprüfungen noch benötigt wurden, mussten sie vorerst in den ehemaligen Gebäuden des Amtes verbleiben. Oberst Fischer forderte vom BafNS eine Übersicht zu allen Karteien und Suchdateien, um Recherchen zu ermöglichen.¹⁰⁹ Nach den Transporten wurde darauf Wert gelegt, die Karteien sortiert wieder aufzustellen, denn sie waren die Grundlage dafür, Dossiers zu einzelnen Personen wiederzufinden.¹¹⁰

Im Zuge der Umlagerung wurden mithilfe der für die Unterlagen ehemals zuständigen Mitarbeiter Akten der Abteilung XXII, die zur Überwachung von Terrorverdächtigen und Rechtsextremisten angelegt worden waren, ausgesondert und den zuständigen Polizeibereichen für die weitere Bearbeitung zur Verfügung gestellt. Wie vom Runden Tisch beschlossen, wurden die Unterlagen zu politischen Strafverfahren dem Archivbestand entnommen und an die Bezirksstaatsanwaltschaft übergeben, um die zu Unrecht Verurteilten kurzfris-

¹⁰⁸ Vgl. Protokoll der Beratung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des BafNS am 30.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹⁰⁹ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Ausschusses zur Auflösung des BafNS am 23.1.1990; ebenda.

¹¹⁰ Aussage der Archivarin Frau Barbara Schaller vom Staatsarchiv Chemnitz in Gesprächen vom Februar 2010.

tig rehabilitieren zu können.¹¹¹ Damit sollte ein Teil der Staatsanwälte Urteile überprüfen, an denen sie selbst beteiligt gewesen waren. Die Bürgerbewegung forderte mehrmals, an politischen Verfahren beteiligte Richter und Staatsanwälte der Abteilung 1a vom Dienst zu suspendieren.¹¹² Werner Jäger rief in der »Freien Presse« als Vertreter des Bundes der stalinistisch Verfolgten die Betroffenen dazu auf, eine Interessengemeinschaft zur Durchsetzung ihrer Ansprüche zu gründen. Die aus politischen Gründen Verurteilten müssten rehabilitiert werden, eine Entschädigung für entgangenen Verdienst erhalten und zur Linderung der durch die Haft erworbenen gesundheitlichen Schäden medizinisch betreut werden.¹¹³ Bis zum 15. März lagen immerhin schon 402 Anträge auf Rehabilitation vor.¹¹⁴

Schon im November 1989 hatte das Ministerium beschlossen, den unübersichtlich gewordenen Aktenbestand zu reduzieren. So sollten z. B. von den Berichtsbänden inoffizieller Mitarbeiter nur der letzte, aktuelle aufgehoben werden. Aber auch aus Sicht des MfS belastendes Material sollte beseitigt werden.¹¹⁵ Neben den schon häufig mit protokollarischen Nachweisen im November 1989 vernichteten IM-Unterlagen fehlen bei einigen Dienststeinheiten Akten von weiteren für das MfS wichtigen inoffiziellen Mitarbeitern.¹¹⁶ Die Unterlagen über die geplanten Isolierungslager fehlen fast vollständig. Stasi-Mitarbeitern war es auch nach der Versiegelung der Räume am 5. und 6. Dezember möglich gewesen, Unterlagen zu vernichten. Anfang Dezember hatten sich der Leiter des Bezirksamtes und seine Stellvertreter gegenüber der Staatsanwaltschaft verpflichtet, keine Akten mehr zu beseitigen. Sie und ihre Mitarbeiter hielten sich nicht daran. Mehrfach waren Siegel erbrochen worden.¹¹⁷ Mitglieder der Bürgerbewegung mussten feststellen, dass sich in den Garagen an der Henriettenstraße große Mengen zerrissene und geschredderte Unterlagen befanden. Sie entschieden, dass das aus ihrer Sicht nicht mehr nutzbare

¹¹¹ Vgl. 3. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/2.

¹¹² Vgl. Protokoll der 7. Beratung des Ausschusses zur Auflösung des BAfNS am 14.3.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹¹³ Vgl. Freie Presse v. 16.2.1990.

¹¹⁴ Vgl. 7. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/6.

¹¹⁵ Von der Leitung des Ministeriums bzw. des Amtes sind drei vertrauliche Anweisungen vom 6., 22. und 29.11. ergangen, die die Reduzierung von Unterlagen zum Ziel hatten; BStU, MfS, BV KMS, BdL, Nr. 217.

¹¹⁶ Vgl. Mitschriften von Referatsbesprechung XX/4 am 30.11.1989 im Arbeitsbuch von Hauptmann Lutz Naumann; BStU, MfS, BV KMS, Abt. XX, Nr. 534.

¹¹⁷ Vgl. Freie Presse v. 17.1.1990.

Material in der Papierfabrik Raschau verkollert werden kann.¹¹⁸ Beim Abtransport des Schriftgutes aus den Arbeitsräumen in der Jagdschänkenstraße fiel auf, wie wenig aktuelles Schriftgut von den Kreisdienststellen Karl-Marx-Stadt/Stadt und Karl-Marx-Stadt/Land und von der Abteilung Wismut bereit lag. Ein großer Teil der vermutlich historisch interessanten Unterlagen zur Überwachung des Uranerzbergbaus für die Sowjetunion sind verloren gegangen, weil die Arbeitsräume nicht versiegelt worden waren. Bei einer Begehung der MfS-Untersuchungshaftanstalt auf dem Kaßberg durch Vertreter des Arbeitsausschusses am 5. Februar erfuhren sie, dass die schon seit November 1989 in Haftzellen eingelagerten Unterlagen im Januar im Kesselhaus verbrannt worden waren.¹¹⁹ Von der Abhörstation auf dem Auersberg waren die Zielkontrollaufträge über in der Bundesrepublik abgelauschte Telefonate zwar unter Aufsicht von Mitgliedern des Arbeitsausschusses in einen Kleintransporter eingeladen worden. Sie sind aber im Aktenbestand nicht vorhanden.¹²⁰ Dasselbe trifft auf die Unterlagen der Abhörstation der Abteilung VI am Südhang des Fichtelbergs zu.

¹¹⁸ Aussage von Lothar Raschker gegenüber dem Verfasser am 3.5.2005.

¹¹⁹ Vgl. Aktenvermerk der Bezirksstaatsanwaltschaft v. 6.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

¹²⁰ Aussage von Lothar Raschker über seinen und Joachim Heiniks Einsatz bei diesem Transport gegenüber dem Verfasser am 3.5.2005.

Das Ende der Staatssicherheit

Ein Teil der Bürgerbewegung befürchtete, dass die MfS-Unterlagen von einer Nachfolgeeinrichtung oder westlichen Geheimdiensten weiterverwendet werden könnten. Auf einer Beratung der Koordinierungsgruppe des Arbeitsausschusses schlossen sich die Mitglieder dem Vorschlag des Bürgerkomitees Schwerin an, nur noch Führungsunterlagen und Gerichtsakten aufzubewahren und Personendatenpeicher und Akten zu vernichten.¹²¹ Eine Arbeitsgruppe sollte die rechtliche Seite einer solchen Vernichtung von Datenträgern prüfen.¹²² Obwohl der Zentrale Runde Tisch den Schweriner Vorschlag abgelehnt hatte, wurden die Kartei über die inoffiziellen Mitarbeiter F 77 und Teile des Schriftgutes der Abteilung II (Spionageabwehr) Anfang März vernichtet. Nach Angaben der MfS-Mitarbeiter sollte die Kartei noch einmal in der Zentrale in Berlin vorhanden sein.¹²³ Auf telefonische Nachfrage bestätigte der ehemals zuständige Leiter der Abteilung XII, dass er die Kartei F 77 mit Zustimmung des Leiters des Arbeitsausschusses hat verkollern lassen.¹²⁴ Nachdem die Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches die Vernichtung der elektronischen Datenträger beschlossen hatte,¹²⁵ wurde mit diesen Unterlagen der MfS-Bezirksverwaltung in Karl-Marx-Stadt analog verfahren. Die Unterlagen der Abteilung XV, Aufklärung, wurden, wie in der Zentrale, von den Mitarbeitern selbst vernichtet. Insgesamt ist Material im Alt-Papier-Wert von 20 000 Mark verkollert und der Erlös an die Innere Mission überwiesen worden.¹²⁶ Wie hoch der Anteil von Akten am abtransportierten Altpapier war, lässt sich nur schwer schätzen. Aus Vergleichen mit der Überlieferung der einzelnen

¹²¹ Behnke, Klaus; Schmidt, Thomas: Kontrollkommission zur Auflösung des MfS/ AfNS Bezirk Schwerin, Information »Zum weiteren Umgang mit den Unterlagen des ehemaligen MfS« v. 12.2.1990. In: Thaysen, Uwe: Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Bd. 3, Wiesbaden 2000, S. 752.

¹²² Vgl. Protokoll der Beratung des Koordinierungsausschusses des Arbeitsausschusses für die Auflösung des BAFNS am 19.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹²³ Vgl. Protokoll der 7. Beratung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des BAFNS am 14.3.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹²⁴ Vgl. Protokoll der Koordinierungsberatung der Bürgerkomitees am 6.4.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹²⁵ Vgl. Festlegungsprotokoll der AG Sicherheit des Zentralen Runden Tisches v. 23.2.1990, Pkt. 4; BArch DO 104/4, Bl. 17–19.

¹²⁶ Vgl. 7. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/6.

Abteilungen und der in anderen Bezirksverwaltungen dürfte etwa ein Drittel der aktuellen Unterlagen vernichtet worden sein.

Das Staatsarchiv richtete im oberirdischen Bunkergelände bei Dittersdorf Arbeitsräume ein, bezog sie aber nicht, weil über die Verwaltung und Nutzung der Unterlagen noch nicht entschieden worden war. Die Dr. Groß zugesagten und am 30. Januar angekündigten zwölf neuen Archivplanstellen wurden deshalb nicht besetzt. Es gab Diskussionen darüber, ob ehemalige Mitarbeiter des MfS im Staatsarchiv beschäftigt werden sollten. Zwei waren dafür sogar schon eingestellt worden, praktisch kam es aber nicht zu deren Einsatz an den Unterlagen. Außer einigen Ordnungsarbeiten an den Karteien fand keine Bearbeitung der MfS-Unterlagen statt.¹²⁷ Die Archivräume waren versiegelt, der Zugang durch die Staatsanwaltschaft akribisch geregelt. Neben der Archivarin des Staatsarchivs mussten immer ein Staatsanwalt und ein Vertreter des Arbeitsausschusses anwesend sein. Die Furcht vor missbräuchlicher Nutzung war allgegenwärtig.¹²⁸

Nach Räumung der ehemaligen MfS-Gebäude wurden sie an die zukünftigen Nutzer übergeben. Sie erhielten dazu gegen Unterschrift die vorhandene Baudokumentation.¹²⁹ Ein heftiger Streit entbrannte um die Vergabe der Stasi-Zentrale Richard-Sorge-Straße 35, die heute wieder Hohe Straße heißt. Im Auftrag der Bürgerinitiative für Kunst und Kultur schlug Superintendent Christoph Magirius dem 5. Runden Tisch am 2. Februar vor, das Gebäude für Kultureinrichtungen, zum Beispiel die Stadtbibliothek, zu nutzen. Dieser Vorschlag wurde angenommen.¹³⁰ Im gemeinsamen Abschlussbericht des Regierungsbeauftragten und des Arbeitsausschusses wurde empfohlen, die Rechtsträgerwechsel erst nach den Kommunalwahlen am 6. Mai vorzunehmen.¹³¹

Die Aufarbeitung der Strukturen und der Befehlslage des ehemaligen MfS gestaltete sich für die Mitglieder der Arbeitsgruppe 4 mehr als schwierig. Bei einem Geheimdienst war das nicht verwunderlich. Die Bürger waren Amateure, die MfS-Mitarbeiter in jahrelanger geheimdienstlicher Tätigkeit geschulte

¹²⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Ausschusses zur Auflösung des BAfNS am 23.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345, außerdem bestätigt durch Aussage von Frau Barbara Schaller vom Staatsarchiv Chemnitz in Gesprächen vom Februar 2010.

¹²⁸ Vgl. Festlegungen des Bezirksarbeitsstabes zur Auflösung des BAfNS mit Wirkung v. 22.3.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

¹²⁹ Vgl. Übergabeprotokolle für die Baudokumentation; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

¹³⁰ Vgl. 5. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/4.

¹³¹ Vgl. 7. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/6.

Profis. Die Voraussetzungen für das Vorhaben konnten nicht ungünstiger sein. Befragungen des Leiters der Bezirksverwaltung, seiner Stellvertreter und Abteilungsleiter sollten Licht in die Umsetzung der von der SED vorgegebenen Sicherheitsdoktrin und die Organisation der geheimpolizeilichen Überwachung bringen. Der Regierungsbeauftragte stellte der Arbeitsgruppe Befehle, Dienstanweisungen, Informationen und Berichte über Arbeitsergebnisse des MfS zur Verfügung. Obwohl die Schweigepflicht durch Regierung und Zentralen Runden Tisch aufgehoben worden war, sagten zwar alle vorgeladenen Leiter vor dem Ausschuss aus, gaben aber nur sehr eingeschränkt ihr Wissen preis. Es war allerdings noch mehr, als das später gegenüber dem Sonderausschuss des Sächsischen Landtags zur Untersuchung von Amts- und Machtmissbrauch infolge der SED-Herrschaft der Fall war.¹³² Positiv muss die konstruktive Zusammenarbeit mit Vertretern des Rates der Mitarbeiter hervorgehoben werden. Der seit 1957 amtierende Leiter der Bezirksverwaltung Siegfried Gehlert, 1950 in das MfS eingetreten, gab vor dem Ausschuss dreimal Auskunft zu seiner Tätigkeit. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Siegfried Lorenz, äußerte sich am 8. Februar in der dritten Plenarberatung des Arbeitsausschusses über Befehlslage und Machtverhältnisse zwischen ihm und der Bezirksverwaltung. Er wäre nur im Verteidigungszustand weisungsbefugt gewesen. Die Bezirksverwaltung hätte ihre Weisungen vom Minister Mielke erhalten.¹³³ Formal stimmt diese Aussage, aber aus den Unterlagen lässt sich ablesen, dass der Leiter der Bezirksverwaltung alle Wünsche und Aufträge der jeweiligen 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitung erfüllt hat.¹³⁴ Offensichtlich hat ein Vertreter des Bürgerkomitees aus der Anhörung von Gehlert im Juli 1990 Informationen an die »Bild«-Zeitung gegeben. Der ehemalige Leiter der MfS-Bezirksverwaltung, der schon im Herbst 1989 verärgert darüber war, dass sich die SED aus der politischen Verantwortung stehlen wollte, soll über die enge Abstimmung zwischen ihm und der Bezirksleitung berichtet haben. Siegfried Lorenz wäre unter anderem darüber informiert gewesen, dass im Ernstfall Tausende als oppositionell eingestufte Bürger in Isolierungslager eingesperrt werden sollten und dafür unter anderem die Augustusburg vorgesehen war.¹³⁵

¹³² Aussage vom Ausschussvorsitzenden Klaus Dreikopf und Mitgliedern des Ausschusses gegenüber dem Chemnitzer BStU-Außenstellenleiter Konrad Felber und dem Verfasser, 1992. Es ging um die Bereitstellung von Beweismitteln aus den Unterlagen der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt.

¹³³ Vgl. Protokoll über die 4. Beratung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des BAfNS am 8.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹³⁴ Vgl. Gerick: Das Verhältnis, S. 388 ff.

¹³⁵ Bild v. 11.7.1990.

Die meisten der 3 827 Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung wurden bis Ende Februar entlassen. 31 Mitarbeiter arbeiteten noch bis zum 31. März an der Auflösung des Amtes mit. Eine Kaderkommission des Arbeitsausschusses überprüfte die Übernahme ehemaliger Mitarbeiter in die BDVP und zu den Grenztruppen, die die Aufgaben der Passkontrollenheiten des MfS an den Grenzübergangsstellen übernommen hatten. Von der Polizei wurden 88 Mitarbeiter übernommen, von denen 25 mit Spezialkenntnissen für die Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt wurden. Die Kaderkommission hatte von 195 überprüften Mitarbeitern drei abgelehnt. Die Runden Tische in Oelsnitz und Plauen hatten unterschiedliche Auffassungen über die Beschäftigung ehemaliger MfS-Mitarbeiter bei den Passkontrollenheiten der Grenztruppen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe sollte später über den Einsatz der einzelnen Mitarbeiter entscheiden.¹³⁶

Im Herbst 1989 hatten die Demonstranten »Stasi in die Volkswirtschaft« skandiert. Das Fritz-Heckert-Kombinat Karl-Marx-Stadt erklärte sich bereit, 150 ehemalige Angehörige des MfS einzustellen. Sie sollten in der Produktion eingesetzt werden.¹³⁷ Hier wie auch in anderen Betrieben mussten sie mehrfach die Arbeitsstelle wechseln, weil sich die Betriebskollektive weigerten, mit den ehemaligen Stasi-Leuten zusammenzuarbeiten. Einige Mitarbeiter bekamen in Dienstleistungsbetrieben, die auf dem ehemaligen MfS-Gelände gegründet worden waren, Arbeit.¹³⁸ Die Planungen dazu stammten schon vom November 1989, als sich mit der Bildung des AfNS ein Personalabbau abgezeichnet hatte.¹³⁹ Ein anderer Teil fand sich durch das während seiner geheimdienstlichen Tätigkeit erworbene Wissen über das feindliche westliche Wirtschaftssystem schnell in die neue Situation hinein. Sie eröffneten Reisebüros, arbeiteten als Rechtsanwälte oder Finanzdienstleister, kurz: sie fanden sich relativ schnell in der Marktwirtschaft zurecht.

Der Chefarzt des Medizinischen Dienstes der ehemaligen Bezirksverwaltung Dr. Geuthner hatte 1989 recht großzügig 89 Mitarbeiter invalidisiert. Bisher waren es 30 bis 40 im Jahr gewesen. Schon in einer Leitungsberatung des Bezirksamtes am 23. November 1989 hatte er versprochen, den Begriff Körperschaden sehr weit im Sinne der Mitarbeiter auszulegen. Er vermutete allerdings, dass das Neue Forum eine Überprüfung durch andere Ärzte vornehmen

¹³⁶ Vgl. 7. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/6.

¹³⁷ Vgl. Information des Regierungsbeauftragten an den Beauftragten der Regierung Modrow für den Zentralen Runden Tisch v. 3.1.1990; BArch DC 2011349.

¹³⁸ Vgl. 7. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/6.

¹³⁹ Vgl. Vorlage für die SED-Bezirksleitung v. 29.11.1989; BStU, MfS, BV KMS, L 37.

lassen könnte.¹⁴⁰ Der Arbeitsausschuss legte nach Anhörung von Dr. Geuthner fest, dass der Bezirksarzt diese Gutachten überprüfen lässt. Der Regierungsbeauftragte hielt die Entscheidung, die Gutachten überprüfen zu lassen, für politisch falsch.¹⁴¹ 33 Gutachten wurden im April als nicht berechtigt aufgehoben. Die durchschnittliche Höhe der Invalidenrente hätte immerhin 1 748,57 Mark der DDR betragen.¹⁴²

Die Arbeitsgruppe Finanzen des Arbeitsausschusses stellte anhand von Abrechnungsunterlagen der Bezirksverwaltung fest, dass der Bezirksverwaltung 1989 108,7 Mio. Mark der DDR und 370 000 Valuta-Mark zur Verfügung standen und auch verbraucht wurden.¹⁴³ Finanziellen Hauptstreitpunkt bildeten die von der Regierung Modrow beschlossenen Übergangsgebührrnisse für die ausscheidenden MfS-Mitarbeiter. Bis zum 23. Januar waren über 18 Mio. Mark ausgezahlt worden. Das löste heftige Proteste bei den montäglichen Demonstrationen aus. Eine Bürgerinitiative im Auflösungsausschuss stoppte daraufhin die weitere Auszahlung.¹⁴⁴ Mit Verweis auf die bestehende Rechtslage hob der Regierungsbeauftragte diese Entscheidung wieder auf. Wie er erläuterte, fühlte er sich an den Ministerratsbeschluss vom 14. Dezember 1989 gebunden, obwohl dieser als moralisch bedenklich galt.¹⁴⁵ Am 3. Februar protestierte die Arbeitsgruppe Finanzen des Arbeitsausschusses in einem offenen Brief an Ministerpräsident Modrow sowohl gegen die Zahlung dieser Gelder als auch die zu hohen Übergangsrenten und die Bergmannsrenten für die Mitarbeiter der Wismut-Stasi. In dem Brief heißt es: »Nach Auskunft vom 26. Januar 1990 des sich auflösenden MfS im Bezirk Karl-Marx-Stadt wurden bis 23. Januar 1990 für etwa 3 000 MfS-Mitarbeiter ca. 18 Mio. Mark per 31. Januar 1990 als sogenannte Übergangsgebührrnisse durch die Bezirksdienststelle des MfS Karl-Marx-Stadt ausgezahlt.« Es wird gegen die ihrer Meinung nach zu großzügigen

¹⁴⁰ Vgl. Protokoll der Dienstversammlung des BAFNS am 23.11.1989; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 756.

¹⁴¹ Vgl. Protokoll über die 4. Beratung des Arbeitsausschusses für die Auflösung des BAFNS am 8.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹⁴² Vgl. Forbrig, Armin: Volksvermögen für die Stasirenten ausgeben. In: Freie Presse v. 25.4.1990.

¹⁴³ Vgl. 5. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/4.

¹⁴⁴ Vgl. Erklärung der Bürgerinitiative Karl-Marx-Stadt v. 1.2.1990 und Protokoll über die 4. Beratung des Ausschusses für die Auflösung des BAFNS am 8.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹⁴⁵ Vgl. Bericht des Regierungsbeauftragten über den Stand der Auflösung des BAFNS an den Runden Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt v. 13.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

Invalidisierungen protestiert. Die Mitarbeiter würden sich auf Versorgungs- und Besoldungsordnungen von 1987 berufen. Polemisch heißt es weiter: »Wo kommen plötzlich massiert die so schwer kranken bzw. invalidisierten MfS-Angehörigen her, die noch vor wenigen Tagen aktiv u. a. gegen unsere Bevölkerung arbeiteten?« Von der Regierung wird gefordert, die finanzielle Abwicklung des MfS sofort zu ändern.¹⁴⁶ Die Sonderregelungen für die ehemaligen MfS-Mitarbeiter wurden Ende Februar 1990 aufgehoben.¹⁴⁷

Die Auflösung der Staatssicherheit durch den Regierungsbeauftragten und den Arbeitsausschuss fand unter großem emotional aufgeladenem Interesse der Öffentlichkeit statt und überschritt manchmal die Grenzen zur Hysterie. Auf allen Montagsdemonstrationen in Karl-Marx-Stadt mit meist über 50 000 Teilnehmern, aber auch bei den Demonstrationen in vielen anderen Orten spielte das Thema Staatssicherheit weiterhin eine herausgehobene Rolle. Die Diskussionsredner sprachen sich gegen die Zahlung von Übergangsgebühren und für die Einsicht in die eigene Akte sowie für die Veröffentlichung der Namen der inoffiziellen Mitarbeiter aus. Das Ziel der Staatssicherheit, durch scheinbare Allgegenwärtigkeit und konspirativ erworbenes Wissen die Bürger einzuschüchtern, wirkte immer noch nach und verunsicherte weiterhin viele Bürger. Sie fürchteten, dass sich die Geheimpolizei neu formieren und ihr Wissen wieder gegen sie einsetzen könnte.¹⁴⁸

Die Auseinandersetzung über die Bespitzelung durch inoffizielle Mitarbeiter war noch dramatischer, als die über den MfS-Apparat. Die Bürger wollten wissen, wer sie im persönlichen Umfeld verraten hatte.¹⁴⁹ Manchmal taten sich besonders die hervor, die sich den politischen Verhältnissen widerspruchslos angepasst hatten. Dass die führenden Offiziere der Bezirksverwaltung mehrfach versuchten, die Vernichtung der Akten zu erreichen, verwundert nicht. Aber auch 13 Pfarrer, die im Rahmen der Auflösung Kenntnis über den Inhalt der Akten erlangt hatten, sprachen sich dafür aus.¹⁵⁰ Sie waren betroffen über

¹⁴⁶ Vgl. Freie Presse v. 3.2.1990 in Verbindung mit Ministerrat der DDR: »Beschluss über Festlegungen zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit, die im Zusammenhang mit der Auflösung desselben aus dem Dienst ausscheiden«; BStU, MfS, SdM, Nr. 1508, Bl. 89–93.

¹⁴⁷ Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1996, S. 93.

¹⁴⁸ Vgl. Hasse, Peter: Der Königsmörder und der Wendewahnsinn. In: Horch und Guck 2(2000)30, S. 42 ff.

¹⁴⁹ Vgl. Schreiben von Bürgern und Betriebskollektiven an den Auflösungsausschuss; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 342.

¹⁵⁰ Vgl. Mitteilung des Regierungsbeauftragten an den Beauftragten der Regierung Modrow für die Auflösung des AfNS v. 25.1.1990; BArch DC 2011351.

deren Inhalt und fürchteten gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Opfern und Tätern.

Die Betriebsbelegschaften des ZBO »Roter Oktober« Oelsnitz/Vogtland, des VEB Gelkida Gelenau oder die Bürger der Gemeinden Hallbach oder Frankenuau unterschrieben die Forderung, die Namen der inoffiziellen Mitarbeiter bekanntzugeben.¹⁵¹ Dr. Böttger sah diese Unterschriftenlisten sehr kritisch, denn wer nicht unterschreiben wollte, machte sich sofort verdächtig. Jeder sollte in die über ihn angelegte Akte einsehen können, andere verlangten sogar deren Aushändigung. In der Konsumverkaufsstelle Rübenau hing eine Liste mit den Namen von 40 Personen, die der Zusammenarbeit mit dem MfS verdächtig wurden. Drei Personen im VEB Narva Deutschneudorf sollten konspirativ tätig gewesen sein. Den Arbeitsausschuss erreichten verzweifelnde Briefe von Betroffenen, die verdächtig wurden, mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet zu haben. Sie forderten für sich einen »Persilschein«. Der Rat der Gemeinde Blumenau wollte erreichen, dass die Abgeordneten überprüft werden.¹⁵² Nach den Festlegungen der Regierung Modrow durften aber weiterhin nur Staatsanwaltschaften und Gerichte die Akten nutzen.

Es gab sogar Streikdrohungen, wenn die Namen der IM nicht veröffentlicht würden. Der Regierungsbeauftragte musste mit 100 Mitarbeitern des Elektromotorenwerkes in Grünhain diskutieren, um sie davon zu überzeugen, dass eine Offenlegung aller Namen aus Datenschutzgründen nicht möglich ist. Er schlug vor, dass zwei Mitarbeiter im Auflösungsausschuss mitarbeiten könnten.¹⁵³ Die Beschäftigten des Kraftverkehrs Hohenstein-Ernstthal wollten mit einem Streik die Bekanntgabe der Namen erzwingen. Sie ließen sich auch nicht in einer Aussprache mit dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses und dem Regierungsbeauftragten beschwichtigen und legten die Arbeit nieder. Erst nach einer weiteren Aussprache mit den Ausschussmitgliedern Peter Hänel und Peter Hasse nahmen sie die Arbeit wieder auf.¹⁵⁴

Am 27. Februar wandte sich der Arbeitsausschuss an die Regierung Modrow, um folgende Dinge klären zu lassen:

¹⁵¹ Die Angaben sind nur eine Auswahl der Unterschriftenlisten; vgl. BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 341 u. L 343.

¹⁵² Vgl. Anträge an den Auflösungsausschuss; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 342.

¹⁵³ Vgl. Niederschrift über eine Beratung des Regierungsbeauftragten mit dem Betriebsrat des VEB Elmo Grünhain v. 30.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 343.

¹⁵⁴ Vgl. Horch und Guck 2(2000)30, S. 43. Die Angaben über die Auseinandersetzungen mit den Mitarbeitern des Kraftverkehrs Hohenstein-Ernstthal über deren Streikabsicht wurden durch Dr. Böttger bestätigt.

- Regelung der Einsicht in die eigene Akte
- Offenlegung der Namen von inoffiziellen Mitarbeitern
- Umgang mit den Aushängen, in denen Namen Verdächtiger stehen
- Verhinderung des Zugangs westlicher Geheimdienste zu den Unterlagen
- Erhalt der Unterlagen als historische Quelle
- Klärung der Rehabilitierung von Opfern des SED-Regimes¹⁵⁵

Letztlich wurden diese prinzipiellen Fragen erst später mit den Regelungen in den Stasi-Unterlagen-Gesetzen der ersten frei gewählten Volkskammer bzw. vom gesamtdeutschen Bundestag beantwortet.

Böttger hatte schon am 26. Januar in einem Artikel in der »Freien Presse« aus Datenschutzgründen die Offenlegung der Namen der inoffiziellen Mitarbeiter abgelehnt. Für diese Haltung wurde er in Leserbriefen heftig angegriffen.¹⁵⁶ Ein Herr Richter schreibt: »Vollkommen unverständlich und absolut verwerflich ist jedoch die Tatsache, dass wir von den sogenannten inoffiziellen Mitarbeitern des MfS bespitzelt wurden. Das Unbehagen ist grenzenlos. Waren es unsere Nachbarn, Kollegen oder Freunde? Unser gutes Recht ist es, diese *Menschen!* kennen zu lernen!«¹⁵⁷ In einem weiteren Artikel bekräftigte der Vorsitzende des Arbeitsausschusses am 6. Februar seinen Standpunkt, dass die Menschenrechte auch für Stasi-Mitarbeiter gelten. Es gäbe Unterschiede in der Intensität der Zusammenarbeit mit dem MfS, manche inoffiziellen Mitarbeiter seien unter Druck geworben worden. Der Umgang mit diesen Unterlagen müsse zentral entschieden werden.¹⁵⁸ Diese Rechtsstaatlichkeit in den sehr emotional geführten Diskussionen durchzusetzen kostete viel Kraft und es ist anerkennenswert, wie entschieden diese Haltung vertreten wurde.

Der Regierungsbeauftragte hatte schon bei Antritt seiner Tätigkeit in Karl-Marx-Stadt beschlossen, die Öffentlichkeit regelmäßig über seine Arbeit zu informieren, weil er eine Eskalation der Auseinandersetzungen befürchtete.¹⁵⁹ Am 18. Januar wiederholte er gegenüber dem Beauftragten der Regierung Modrow für die Auflösung des AfNS diese Absicht, denn die Bürger begleiteten

¹⁵⁵ Schreiben des Arbeitsausschusses des BAfNS an die Regierung Modrow v. 27.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 342.

¹⁵⁶ Erklärung zur Auflösung des ehemaligen MfS. In: Freie Presse v. 26.1.1990.

¹⁵⁷ Vgl. Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S 159.

¹⁵⁸ Vgl. Menschenrechte auch für Stasimitarbeiter. In: Freie Presse v. 6.2.1990.

¹⁵⁹ Vgl. Information des Regierungsbeauftragten an den Beauftragten der Regierung Modrow für den Zentralen Runden Tisch v. 7.12.1989; BArch DC 2011348.

kritisch diesen Prozess.¹⁶⁰ In Interviews in der »Freien Presse« und im Rundfunk äußerte er sich ständig zum Stand der Auflösung.

Der Arbeitsausschuss für die Auflösung des BafNS fühlte sich von den Bürgern beauftragt, die Abwicklung der Geheimpolizei zu kontrollieren. Aus diesem Verständnis heraus leiteten sie das Recht der Bürger ab, über die Arbeit des Ausschusses informiert zu werden. Die erlangten Kenntnisse zur Tätigkeit der Geheimpolizei sollten allen Interessierten zugänglich gemacht werden. In seiner Beratung am 30. Januar bestätigte der Arbeitsausschuss eine Redaktionskommission für die Information der Öffentlichkeit. Unter Vorsitz des Bildhauers Armin Forbrig arbeiteten Dr. Helmut Giegengack, Hans Jürgen Richter und der Mitarbeiter des Regierungsbeauftragten Hartmut Kretschel darin mit.¹⁶¹ Schon am 29. Januar hatte Armin Forbrig vor 85 000 Demonstranten versichert: »Es gibt keine Postkontrolle mehr. [...] Es gibt keine Telefonüberwachung mehr. [...] Passt auf und helft mit, dass diese Organisation zerschlagen wird, dass keine Stasi-Leute in leitende Stellungen eingeschleust werden.«¹⁶²

Von ihm und Dr. Helmut Giegengack erschienen in der SED-Bezirkszeitung »Freie Presse« und in den Zeitungen der Blockparteien regelmäßig Artikel über die Tätigkeit des Arbeitsausschusses, den Stand der Auflösung und die erlangten Kenntnisse über die Geheimpolizei. Auf großes Interesse stießen die von Rüdiger Knechtel im Auftrag des Neuen Forums geführten Interviews mit hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern des MfS. Deren Haltung zu ihrer Funktion im Überwachungsapparat zeigte, dass noch immer fehlendes Unrechtsbewusstsein ihr Denken bestimmte.¹⁶³ Die Empörung der Bürger spiegelte sich in zahlreichen Leserbriefen wider. Als ein ehemaliger Major vom Rat der Stadt als Heimleiter in einem Pflegeheim für psychisch Kranke eingesetzt werden sollte, löste die Veröffentlichung eine so große Protestwelle aus,

¹⁶⁰ Vgl. Information des Regierungsbeauftragten an den Beauftragten der Regierung Modrow für die Auflösung des AfNS v. 18.1.1990; BArch DC 2011350.

¹⁶¹ Vgl. Protokoll der Beratung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des BafNS am 30.1.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹⁶² Vgl. Text für die Demo am 29.1.1990. In: Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 163.

¹⁶³ Vgl. Nicht mehr schweigen. Gespräch mit dem ehemaligen MfS-Major J. G. In: Freie Presse v. 27.1.1990; Deckname Conrad – Gespräch mit einem Informanten der ehemaligen Staatssicherheit. In: Sächsisches Tageblatt v. 1.2.1990; Mitter, Armin; Wollé, Stefan: Ich liebe euch doch alle ... Befehle und Lageberichte des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Januar bis November 1989. Berlin 1990; Die Stasi wie sie wirklich war – Neues Forum sprach mit einem MfS-Leutnant. In: Freie Presse v. 10.2.1990. Rüdiger Knechtel engagierte sich vor allem im Bund Stalinistisch Verfolgter.

dass die Entscheidung zurückgenommen werden musste.¹⁶⁴ Ein gegenteiliges Beispiel wurde im seit Januar 1990 erscheinenden ersten unabhängigen Wochenblatt geschildert. Im Dezember 1989 hatten sich MfS-Mitarbeiter für die Arbeit im Schuldienst beworben. Drei wurden als Erzieher in der Körperbehindertenschule Dr. Friedrich Wolf eingestellt, bei der es zu wenig Personal gab. 28 Lehrer und Erzieher protestierten dagegen, aber die ehemaligen MfS-Mitarbeiter überzeugten durch ihre Arbeit, sodass sich 38 für ihren Verbleib einsetzten.¹⁶⁵

Der Einfluss des Runden Tisches auf den Bezirk Karl-Marx-Stadt nahm in der Zeit von Januar bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 immer mehr zu. Der Runde Tisch erreichte fast den Status einer Volksvertretung. Hier berichteten der Regierungsbeauftragte und der Vorsitzende des Arbeitsausschusses oft sehr detailliert über den erreichten Stand bei der Auflösung der Staatsicherheit und kündigten deren vorzeitigen Abschluss an.¹⁶⁶ Weil alle politischen Gruppierungen am Runden Tisch vertreten waren, wurden die dabei auftauchenden Probleme kontrovers diskutiert. Am ausführlichsten äußerte sich der Regierungsbeauftragte über den Wandel und die Erfüllung seines Auftrages in seinem Bericht zur 6. Beratung des Runden Tisches am 15. Februar 1990. Ab dem 7. Dezember 1989 sollte er die Arbeitsfähigkeit des Amtes für Nationale Sicherheit herstellen, ab dem 15. Dezember es in einen Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst umwandeln. Ab 12. Januar 1990 sollte er es liquidieren. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden ausführlich dargestellt. Der Druck der Bürger hatte diesen Wandel erzwungen. Es ist beeindruckend, in welcher kurzen Zeit die Sicherung der Akten, die Entwaffnung, die Überführung der Gebäude in zivile Nutzung, die Demontage der speziellen Technik, die Entlassung der Mitarbeiter und die Offenlegung der finanziellen Mittel erreicht werden konnten. Anhand der Unterlagen konnte nachgewiesen werden, dass die Führung der SED mit ihrer Sicherheitsdoktrin die Hauptverantwortung für die »flächendeckende Überwachung größerer Personenkreise und die Schaffung eines überdimensionierten Sicherheitsapparates trug«. Das Amt sollte bis Ende Februar aufgelöst werden. Der Runde Tisch stimmte dem Bericht zu.¹⁶⁷

¹⁶⁴ Sächsisches Tageblatt v. 6.2.1990.

¹⁶⁵ »Rein! Raus!« [Karl-Marx-Städter] Wochenblatt Nr. 7 v. 16.2.1990, S. 1.

¹⁶⁶ Vgl. 4.–6. Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/5, 6, 7.

¹⁶⁷ Vgl. 6. Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/5. Der Bericht gibt einen ausführlichen und instruktiven Überblick zur geleisteten Arbeit des Arbeitsausschusses und wurde deshalb als Anhang beigefügt.

So konnte er zur 7. Beratung am 1. März verkünden, dass das MfS/AfNS in seinen Strukturen nicht mehr existiert und nicht mehr arbeitsfähig ist. Das am 5. Januar formulierte Ziel, die Staatssicherheit bis zum 6. Mai, dem damals vorgesehenen Termin für die Wahl zur Volkskammer, aufzulösen, wurde schon am 28. Februar erreicht. Offizielle und inoffizielle Mitarbeiter wären nicht mehr an ihre Verpflichtung gebunden. Strukturen und Arbeitsweise ließen sich in einem so kurzen Zeitraum nicht aufarbeiten, diese Aufgabe müsse fortgeführt werden. Einem auf zehn bis zwölf Vertreter aus den neuen politischen Parteien und Bürgerinitiativen verkleinerten Arbeitsausschuss würden weiterhin aussagekräftige Dokumente und Gesprächspartner zur Verfügung stehen.¹⁶⁸ In der »Freien Presse« wurde am nächsten Tag die Öffentlichkeit informiert.¹⁶⁹

¹⁶⁸ Vgl. 7. Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/6.

¹⁶⁹ Vgl. Freie Presse v. 2.3.1990.

Unvollendeter Abschluss der Auflösung

Am 14. März beriet das Plenum des Arbeitsausschusses, welche Aufgaben noch nicht erledigt worden waren. Die einzelnen Arbeitsgruppen erläuterten, wie sie sich deren Lösung vorstellten. Die meisten Probleme bestanden weiterhin bei der Aufarbeitung von Struktur und Arbeitsweise der Staatssicherheit in der Arbeitsgruppe 4.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe wirkten nicht immer kooperativ zusammen. Die allerdings nicht verwundernde eingeschränkte Aussagebereitschaft der angehörten Leiter des MfS, der Haftrichter und der mit politischen Verfahren befassten Staatsanwälte erschwerten die Aufgabe zusätzlich. Erst ein Drittel der Arbeit wäre bewältigt. Selbstkritisch wurde die Öffentlichkeitsarbeit beurteilt. Bei den Bürgern beständen immer noch Ängste, dass sich alte Seilschaften von SED und MfS neu formieren. Das Interesse der Bevölkerung konzentrierte sich zudem auf die Wahl zur Volkskammer, die Wiedervereinigung und die Einführung der DM. Die »Freie Presse« würde die erarbeiteten Beiträge stark kürzen, um offensichtlich die SED-Nachfolgepartei PDS zu schützen. Auf den Vorschlag, die Staatssicherheit als Organisation zu verurteilen, antwortete Riedel, dass nach deutschem Recht nur Personen verurteilt werden können. Viele Mitglieder haderten mit den Ergebnissen ihrer Arbeit, niedergeschlagen blickten sie auf das bisher Erreichte. Riedel meinte, dass kein Grund zum Pessimismus besteht. Die Auflösung des Geheimdienstes bis zum 28. Februar wäre doch eine beachtliche Leistung.¹⁷⁰

Am nächsten Tag zog er zur Beratung des 8. Runden Tisches in seinem Abschlussbericht eine Bilanz der gemeinsamen Anstrengungen von Auflösungsausschuss und Regierungsbeauftragten. Von der Geheimpolizei gehe keinerlei Gefahr mehr aus. Die letzten 31 Mitarbeiter würden bis zum Monatsende entlassen. Drei ehemalige MfS-Mitarbeiter hätten Selbstmord begangen, zwei haben die DDR in Richtung Bundesrepublik verlassen. Die »Bild«-Zeitung berichtete am 11. Juli 1990 dazu, dass ein Oberst Riedel aus der Leitung der MfS-Bezirksverwaltung (nicht zu verwechseln mit dem Regierungsbeauftragten Rudhard Riedel) vom Bundesnachrichtendienst für seine Informationen 70 000 DM bekommen hätte.¹⁷¹ Einige Aufgaben müssten natürlich noch gelöst

¹⁷⁰ Vgl. Protokoll der 7. Beratung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des BAfNS am 14.3.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹⁷¹ Bild v. 11.7.1990. Mit dem hier genannten Oberst Riedel ist Oberstleutnant Dietrich Riedel gemeint. Dieser Riedel ist bitte nicht zu verwechseln mit dem Regierungsbeauftragten für die Auflösung des MfS Rudhard Riedel. Auf der Personalstammkarte von Oberstleutnant Dietrich Riedel ist seine Übersiedlung in die BRD im Februar

werden. Die künftige Verwaltung der Akten sei noch nicht geklärt. Die Befehlsstruktur einschließlich der Verbindungen zwischen der Bezirksverwaltung und der SED wären nur unzureichend aufgeklärt. Außer kurzen Berichten in der Presse hätte es bisher keine Publikationen gegeben. Die Überprüfung der Invalidisierungen könne erst im April abgeschlossen werden.¹⁷²

Der Regierungsbeauftragte Riedel plante, seine Tätigkeit mit der Volkskammerwahl zu beenden. Die Regierung Modrow und der Zentrale Runde Tisch hatten schon am 8. Februar vorgeschlagen, für die Weiterführung dieser Aufgabe Arbeitsstäbe in den Bezirken zu bilden. Sie sollten die Auflösung des MfS/AfNS zu Ende führen.¹⁷³ In einer Beratung der Koordinierungsgruppe des Arbeitsausschusses am 19. Februar hatte Riedel den stellvertretenden Personalchef des Rates des Bezirkes, der darüber hinaus Mitglied der PDS war, als Leiter vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde abgelehnt.¹⁷⁴ Diese Aufgabe übernahm das Mitglied des Arbeitsausschusses Peter Hänel, sein Vertreter wurde Steffen Geißler. Sechs ehemalige Stasi-Mitarbeiter sollten die Bürgerrechtler mit ihren Kenntnissen über Personal-, Liegenschafts- und Finanzangelegenheiten unterstützen. Die Arbeitsräume des Arbeitsstabes befanden sich in der Henriettenstraße 2–4. Die materielle Sicherstellung der Tätigkeit erfolgte über den Rat des Bezirkes. Der Arbeitsstab amtierte bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.¹⁷⁵ Nach diesem Termin kümmerte sich ein ehemaliger Stasi-Major beim Bundesverwaltungsamt um die Abwicklung der konspirativen Objekte und die Rentenansprüche der ehemaligen Mitarbeiter.

Weil Dr. Böttger für die Volkskammer kandidierte, musste er die Leitung des Auflösungsausschusses niederlegen. Als sein Nachfolger wurde Peter Hasse gewählt, der schon in den Arbeitsgruppen 2 und 4 mitgearbeitet hatte.¹⁷⁶ Die Bezahlung der Mitglieder des Arbeitsausschusses nach dem 31. März war von der Regierung Modrow in der Verordnung über die Tätigkeit der Bürgerkomi-

1990 angegeben. Es handelt sich um den Stellvertreter für Kontrolle in der AKG, eine Kontrollfunktion, für die ein erweiterter Einblick in die Tätigkeit des MfS erforderlich war. Diese Mitarbeiter waren für eine höhere Leitungsfunktion vorgesehen.

¹⁷² Vgl. 8. Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/7.

¹⁷³ Vgl. Beschluss des Ministerrates der DDR 13/4/90 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des ehemaligen AfNS v. 8.2.1990; BArch C20/1/3-2908.

¹⁷⁴ Vgl. Protokoll der Beratung des Koordinierungsausschusses des Arbeitsausschusses für die Auflösung des BAfNS am 19.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

¹⁷⁵ Mitteilung von dessen stellvertretenden Leiter Steffen Geißler v. 9.7.2009.

¹⁷⁶ Vgl. Sächs. StAC, Nr. 32671/7: 8. Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt. Peter Hasse war nach eigenen Angaben Offizier der NVA gewesen und aufgrund kritischer politischer Äußerungen als Dissident und Staatsfeind inhaftiert worden. In: Horch und Guck 2(2000)30, S. 42.

tees und Bürgerinitiativen vom 1. März 1990 nicht geregelt worden. Nach Auffassung des Regierungsbeauftragten könne diese Kontrollfunktion nicht ehrenamtlich bewältigt werden. Er forderte in einem Schreiben an den Leiter des Komitees zur Auflösung des AfNS eine Klärung.¹⁷⁷ Der Auflösungsausschuss, dessen Mitglieder sich als Bürgerkomitee sahen, wurde deshalb vorerst an den Arbeitsstab angegliedert.

Am 23. und 29. März informierten die Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit des Arbeitsausschusses Armin Forbrig und Dr. Helmut Giegengack in der »Freien Presse« über den bisher in der Arbeitsgruppe 4 – Struktur und Befehlslage – erreichten Wissensstand. Unter der Überschrift »Die Stasi – Werkzeug der allmächtigen SED« schrieben sie:

»Dieses Ministerium arbeitete nicht für sich selbst. Die Konzeption für diese Arbeit bildete die von der SED entwickelte und im MfS durchgesetzte Sicherheitsdoktrin. Dieses wiederum resultierte aus dem Bedürfnis nach totaler Kontrolle des gesamten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens [...] Im Vertrauen auf die SED hatte man offenbar sein persönliches Gewissen dieser Partei überantwortet. Nur so ist die Arbeitsweise nach der alten Maxime ›der Zweck heiligt die Mittel‹ zu verstehen und auch die Tatsache, dass sich die MfS-Mitarbeiter ziemlich einhellig in keiner Weise schuldig fühlen [...] Insgesamt muss eingeschätzt werden, dass die eigentliche Verantwortung für die ›flächendeckende‹ und zum Teil exzessive Tätigkeit der Stasi bei der SED liegt.«¹⁷⁸

Die Ergebnisse der Befragungen und die Auswertung nur eines geringen Teils der Unterlagen spiegelten eindeutig die wahren Machtverhältnisse wider – die SED als Auftraggeber und das MfS als ausführende Institution. Es gab aber auch Kritik an den Veröffentlichungen. Am 12. Juli 1990 stellte die »Freie Presse« die Frage, warum die Vertreter des Bürgerkomitees nicht darüber berichtet hatten, dass die Stasi auf der Augustusburg im Ernstfall ein Isolierungslager einrichten wollte, in das als oppositionell eingestufte Bürger ohne Haftbefehl eingesperrt werden sollten.¹⁷⁹

Nach den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 versuchte die Generalstaatsanwaltschaft das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen. Der Auflösungsausschuss sollte nicht mehr das Recht haben, MfS- und Justizmitarbeiter zu ihrer Tätigkeit zu befragen und Betroffene anzuhören. Ähnliche Schwierigkeiten bereitete das von Peter-Michael Diestel geleitete Innenministerium. Kein Wunder, da er den Leiter der Bezirksbehörde der Volkspolizei Karl-Marx-Stadt Peter Müller zu seinem Staatssekretär berufen

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Die Stasi – Werkzeug der allmächtigen SED. In: Freie Presse v. 23.3.1990.

¹⁷⁹ Vgl. Freie Presse v. 12.7.1990

hatte. Auf der 9. Beratung des Runden Tisches am 29. März informierte Peter Hasse darüber, dass der Arbeitsausschuss gegen diese Behinderungen energisch protestiert hat.¹⁸⁰ Der Pressesprecher des Auflösungsausschusses versuchte am selben Tag in der »Freien Presse« die Öffentlichkeit zu mobilisieren. »Erinnert es nicht an die betriebene Entmündigung und Kriminalisierung der DDR-Bürger während der SED-Staatsallmacht, deren Justizorgane noch immer im Amt sind?«, fragte er.¹⁸¹ Das Neue Forum hatte für denselben Tag zu einer Kundgebung im Stadtzentrum von Karl-Marx-Stadt aufgerufen, an der mehrere Tausend Menschen teilnahmen. Es wurde gefordert, dass alle gewählten Abgeordneten auf eine Tätigkeit für die Stasi oder den Bundesnachrichtendienst überprüft werden sollten. Werner Jäger vom Bund Stalinistisch Verfolgter rief dazu auf, eine Interessengemeinschaft für die Rehabilitierung und Entschädigung von in der DDR Verfolgten zu bilden.¹⁸² Trotz zustimmender Zuschriften in der »Freien Presse« wurde die Arbeit für den Ausschuss schwerer.¹⁸³

Nachdem die Vertreter der Bürgerkomitees der Bezirke am 29. März in Berlin über ihre weitere Arbeit nach der Volkskammerwahl¹⁸⁴ beraten hatten, versuchten in Karl-Marx-Stadt die Vertretungen des Bezirkes und der Kreise am 6. April ihre Arbeit abzustimmen.¹⁸⁵ Auf der 1. Koordinierungssitzung der Bürgerkomitees am 21. April beklagte Hans Jürgen Richter, der das Treffen leitete, dass ihr Status nach der Volkskammerwahl rechtlich nicht ausreichend festgeschrieben worden sei, und auch nicht, zu welchen Überprüfungen sie weiterhin legitimiert seien. Es wurde diskutiert, wie in Zukunft mit den Akten der Staatssicherheit umgegangen werden solle und gefordert, dass die Zuständigkeit für die Akten vom Staatsarchiv Dresden auf die Bürgerkomitees übertragen werden solle. Die Meinungen darüber, ob die Namen der inoffiziellen Mitarbeiter bekannt gegeben werden sollten, gingen weit auseinander. Die Unterlagen müssten aber zur Überprüfung der neu gewählten Abgeordneten und bei der Besetzung von Leitungsfunktionen bei Polizei, Armee, Justiz und Wirtschaft genutzt werden können. Hans Jürgen Richter gab bekannt, »beim Leiter der Abteilung K wurde der Antrag gestellt, die Offiziere im besonderen Einsatz

¹⁸⁰ Vgl. 9. Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/8.

¹⁸¹ Behindert die Justiz die Demokratisierungsprozesse? In: Freie Presse v. 29.3.1990.

¹⁸² Vgl. Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 214 f.

¹⁸³ Zuschriften an die »Freie Presse«. In: Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter?, S. 217 f.

¹⁸⁴ Vgl. Vom Neuen Forum zum Leiter der Außenstelle der »Gauck-Behörde« Chemnitz, Protokoll des Koordinierungstreffen der Bürgerkomitees der Bezirke v. 29.3.1990, Broschüre beim Verfasser.

¹⁸⁵ Vgl. Protokoll der Koordinierungsberatung v. 6.4.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345.

(4 Mitarbeiter im Dezernat 1) zu entlassen.«¹⁸⁶ Die über 30 im Bezirk in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzten OibE aufzuspüren, wurde in den folgenden Monaten eine wesentliche Aufgabe des Vorsitzenden des Arbeitsausschusses Peter Hasse. Die Diskussionen über die OibE, den Verbleib der MfS-Rechentechnik, die Richtfunkverbindungen und die Rolle der Deutschen Post bei der Telefonüberwachung lassen erkennen, dass immer noch ein Weiterarbeiten der Geheimpolizei befürchtet wurde.¹⁸⁷ Über eine weitere Zusammenarbeit und die Tätigkeit des Arbeitsstabes und des Auflösungsausschusses liegen nur noch wenige Unterlagen vor.

Der Untersuchungsausschuss des Bezirkstages zu den Ereignissen am 7. Oktober 1989 in Plauen und Karl-Marx-Stadt, an dem auch fünf Vertreter der Opposition, davon allerdings drei IM, mitarbeiteten, legte am 11. April seinen Abschlussbericht vor. In 16 Fällen eröffnete die Staatsanwaltschaft gegen Polizisten wegen ihres brutalen Einsatzes Ermittlungsverfahren. Sie wurden zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt. Der Untersuchungsausschuss veranlasste, dass 76 Opfern dieser Willkür Entschädigungen gezahlt werden musste. Die Beteiligung des MfS konnte nicht völlig aufgeklärt werden.¹⁸⁸

Als Vertreter des Bürgerkomitees Chemnitz – die Stadt hatte nach einem Bürgerentscheid zum 1. Juni 1990 ihren alten Namen wieder erhalten – wurde der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Peter Hasse am 29. Juli 1990 in den »Sonderausschuss der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS« integriert.¹⁸⁹ Ab dem 3. Oktober 1990 gehörte er zum Sonderbeauftragten, dem späteren Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.¹⁹⁰ Peter Hasse veröffentlichte in der vom Bürgerkomitee »15. Januar« e.V. herausgege-

¹⁸⁶ Protokoll der 1. Koordinierungssitzung der Bürgerkomitees zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS aus den Kreisen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt am 21.4.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345. Das MfS setzte Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) an wichtigen Stellen in den Organen des Staates der Wirtschaft, in gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen der DDR zur inneren und äußeren Abwehr ein, sie blieben Mitarbeiter des MfS, hatten aber auch einen Arbeitsvertrag mit der Institution, in der sie eingesetzt waren.

¹⁸⁷ Ebenda.

¹⁸⁸ Vgl. Bericht Unabhängiger Untersuchungsausschuss des Bezirkstages v. 11.4.1990; Sächs. StAC, Vorsitzender Rat des Bezirkes, Nr. 126381.

¹⁸⁹ Zwischenbericht des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS entsprechend des Beschlusses der Volkskammer v. 7. Juni 1990, 26. Tagung der Volkskammer am 20. Juli 1990. In: Volkskammer, Protokolle der 10. Wahlperiode, Bd. 29, S. 1145.

¹⁹⁰ Ebenda.

benen Zeitschrift »Horch und Guck« 2000 seine sehr subjektiven Erinnerungen an diese Zeit. Schon der Titel »Königsmörder und Wendewahnsinn« zeigt, dass die Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen den damaligen Beteiligten ihn noch immer beschäftigten.¹⁹¹ Die Hoheit über den Zugang zu den Akten des ehemaligen MfS änderte sich mehrmals. Am 22. März 1990 hatte der Leiter des Arbeitsstabes festgelegt, dass lange Zeit nur ein Vertreter des Arbeitstabes oder Arbeitsausschusses, ein Vertreter der Staatsanwaltschaft und Frau Schaller vom Staatsarchiv gemeinsam die Bunker in Dittersdorf und Hartenstein betreten konnten. Darüber war ein schriftlicher Nachweis zu führen.¹⁹² Eine Arbeit mit den Akten war so nicht möglich. Mit der Integrierung von Peter Hasse in den Sonderausschuss ging die formale Zuständigkeit für die Unterlagen vom Staatsarchiv an ihn und den Arbeitsausschuss über.¹⁹³

Am 5. Juli 1990 äußerte sich der Pressesprecher des Arbeitsausschusses Armin Forbrig, vermutlich wegen der umlaufenden Gerüchte über die weitere Bespitzelung durch das MfS, in der »Freien Presse« unter der Überschrift: »Bürgerauftrag erfüllt – Stasi zerschlagen«. Die materielle und strukturelle Auflösung der Geheimpolizei wäre erreicht. Die Überwachungseinrichtungen existierten nicht mehr. Allerdings könne ein ehrenamtliches Bürgerkomitee die politische Auflösung des MfS nicht zu Ende bringen. In freien Wahlen hätten die Bürger die Weichen in Richtung parlamentarische Demokratie gestellt. Diese Entscheidung sei auch für das Bürgerkomitee bindend. Nicht die Offenlegung der Namen der inoffiziellen Mitarbeiter, sondern die demokratische Umgestaltung der Gesellschaft müsse nun im Mittelpunkt stehen. Mitglieder des Arbeitsausschusses würden im Personal- und im Rechtsausschuss des Stadtparlaments von Chemnitz beratend mitarbeiten und Einfluss auf die Besetzung öffentlicher Ämter nehmen. Es werde in dessen Auftrag ein zeitweiliger Beirat für die zukünftige Zusammenarbeit mit der BDVP gebildet. Es gelte ein neues Selbstverständnis und moralisches Engagement der Polizei, nämlich als »Bürger in Uniform« aufzubauen und zu stärken.¹⁹⁴ Es handelte sich hier

¹⁹¹ »Horch und Guck« 2(2000)30, S. 42 ff. Die Darstellung von Peter Hasse ist stark subjektiv gefärbt. Aus seiner Sicht entsteht der Eindruck, dass die Beteiligten im Wesentlichen eigene Interessen verfolgten und eine Zusammenarbeit nur bedingt möglich war. Sie geben zwar einen Eindruck von Schwierigkeiten und Konflikten wieder, die sich aus den wechselnden Zuständigkeiten für das Archiv und die Überprüfung der neu gewählten Abgeordneten der Volksvertretungen ergaben. Die oft zeitlich schwer einzuordnenden Angaben und seine sehr subjektiven Einschätzungen haben mich zum Verzicht einer ausführlichen Darstellung bewogen.

¹⁹² Vgl. Festlegungen, in: BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297.

¹⁹³ Vgl. Zugangsberechtigte Personen; BArch DA 1/16341.

¹⁹⁴ Vgl. Bürgerauftrag erfüllt – Stasi zerschlagen. In: Freie Presse v. 5.7.1990.

um ein klares Bekenntnis zu den Ergebnissen der Wahlen vom 18. März und 6. Mai. Der Stadtrat von Chemnitz beschloss auf seiner 3. Sitzung am 4. Juli einstimmig die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. Das Bürgerkomitee wurde in die Arbeit mit eingebunden. Als deren Vertreter arbeiteten Bernd Bergmann und Peter Hänel im Personalausschuss mit. Der Personalausschuss erklärte gegenüber dem Sonderausschuss der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS sein Einverständnis, dass Peter Hasse aus seiner Sicht eingebunden werden kann.¹⁹⁵

Aus zwei Dokumenten ist allerdings abzulesen, dass die schon im März festzustellende Unzufriedenheit mit den Ergebnissen bei der Auflösung der Staatssicherheit fortbestand. Am 16. August schreibt das nun als Kommission zur Auflösung des MfS firmierende Bürgerkomitee an Dr. Buttolo, den für den Übergang der Verwaltungen zu neuen Strukturen berufenen Beauftragten der Regierung De Maizière. Die Aufgabenstellung der Arbeitsgruppe 4 – Befehlslage, Strukturen im MfS und die Sicherheitspolitik der SED – wäre noch nicht erfüllt, aber für eine Demokratisierung der Gesellschaft notwendig. Dazu werden die Akteneinsicht in Unterlagen der DDR-Verwaltung, die Befugnis zur personellen Überprüfung der Leitung von Betrieben, Institutionen und Behörden und die Möglichkeit zu amtlichen Befragungen gefordert.¹⁹⁶ Dr. Buttolo sagte seine Unterstützung zu. Die Unzufriedenheit geht auch aus einem Beschwerdeschreiben der Kommission an Ministerpräsident Lothar de Maizière vom 5. September hervor, in dem die aus ihrer Sicht noch immer fehlende Rechtsgrundlage für eine wirkungsvolle Aufarbeitung beklagt wird.¹⁹⁷

Die nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 erzielten Ergebnisse enttäuschten die engagierten Bürgerrechtler noch mehr, als das schon in der Auswertung am 14. März zum Ausdruck gekommen war. Vielleicht waren die Erwartungen zu hoch. Durch die Unterlagen und Befragungen konnte zwar herausgearbeitet werden, wie eng MfS und Justiz zusammengearbeitet hatten. Viele Staatsanwälte und Richter waren »Schreibtischtäter«, aber außer zwei Versetzungen von Haftrichtern in andere Bereiche des Justizapparates erzielte die Bürgerbewegung keine Erfolge. Eine von der Arbeitsgruppe 4 vorgesehene Publikation zu Strukturen, Befehlslage und Verantwortlichkeiten von SED und MfS kam nicht zustande. In der Presse kam das Thema kaum noch vor. Erst 1992 veröffentlichte der Leiter der Arbeitsgruppe Hans Jürgen Richter, inzwi-

¹⁹⁵ Vgl. Bestätigung des Personalrates; BArch DA 1/16341.

¹⁹⁶ Vgl. Schreiben der Kommission zur Auflösung des MfS an den Regierungsbeauftragten v. 16.8.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 341.

¹⁹⁷ Vgl. Sächs. StAC, Vorsitzender Rat des Bezirkes, Nr. 137728.

schen sächsischer Landtagsabgeordneter der SPD, Erkenntnisse aus der Untersuchungstätigkeit. Auch hier wurde besonders das Verhältnis von Auftraggeber SED und Auftragnehmer MfS herausgestellt.¹⁹⁸ Interessante Zeitzeugnisse sind leider verloren gegangen. Die Tonbänder von den drei Befragungen des Leiters der Bezirksverwaltung Siegfried Gehlert im Februar 1990 sind in den Unterlagen nicht vorhanden. Die damaligen Aussagen zu seiner Tätigkeit werden von den Teilnehmern als sehr aufschlussreich eingeschätzt. Gleiches gilt für die Videoaufnahmen des MfS von den Demonstrationen und den Polizeieinsätzen in Karl-Marx-Stadt und Plauen am 7. Oktober 1989, die dem Untersuchungsausschuss des Bezirkstages im November vorgeführt worden waren.

¹⁹⁸ Vgl. Richter, Hans Jürgen; Kunkel, Karl-Heinz: Schild und Schwert der Partei – Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit – insbesondere im Bezirk Karl-Marx-Stadt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Chemnitz 1992.

Resümee

Der Begriff der friedlichen Revolution, der für die Ereignisse im Herbst 1989 steht, lässt sich auch auf die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt beziehen. In der »Provinz« wie in Plauen, Klingenthal, Freiberg, Marienberg oder Flöha haben die Bürger ihre Forderungen wesentlich entschiedener vertreten als in der Bezirkshauptstadt, aber zu einem gewaltsamen Vorgehen kam es nur vonseiten des Staates gegen die Demonstranten am 7. Oktober 1989. Ausnahmen blieben Diskriminierungen von Kindern von MfS-Angehörigen, gegen die sich Ehefrauen von Stasi-Mitarbeitern zusammenschlossen,¹⁹⁹ oder das Übergießen des Autos eines MfS-Angehörigen mit brauner Farbe in Klingenthal.²⁰⁰ Die »Revolutionäre« setzten ihre Forderungen mit friedlichen Mitteln durch. Kurios mutet es heute an, dass Forderungen, denen mit Streiks Nachdruck verliehen werden sollten, meist noch mit dem Zusatz versehen wurden, dass die verlorene Arbeitszeit nachgearbeitet wird – eine deutsche Revolution.

Die Akteure bei der Auflösung in Karl-Marx-Stadt, egal ob Regierungsbeauftragter, Vertreter der Bürgerbewegung oder auch die Mitglieder des Rates der MfS-Mitarbeiter, denen im Abschlussbericht ausdrücklich dafür gedankt wurde, waren bemüht, am Ende eine vertretbare Lösung zu erreichen. Der Regierungsbeauftragte passte sich flexibel der jeweiligen Situation an und scheint am Ende von der Folgerichtigkeit der Auflösung überzeugt gewesen zu sein. Bei den Vertretern der Bürgerbewegung spielte nach heutigen Aussagen die Angst eine Rolle, dass die Staatssicherheit aber auch die Vertreter des Staates ein falsches Spiel spielten. Sie hatten unterschiedliche politische Anschauungen, wie sich noch deutlicher nach dem 3. Oktober 1990 zeigte. Es einte sie nur der Wille, die Geheimpolizei aufzulösen. Mit fortschreitender Zeit rückte die Planung der Zukunft im wiedervereinigten Deutschland immer mehr ins Zentrum, es wurde nicht selten gegeneinander gearbeitet. Die am Anfang gegenüber späteren Befragungen relativ große Aussagebereitschaft der befragten Vertreter der Staatssicherheit, der Justiz und der SED stand vermutlich mit den ungewissen Konsequenzen für ihr Handeln gegenüber der Bevölkerung in Zusammenhang. Peter Hasse hat auf der 9. Beratung des Runden Tisches am

¹⁹⁹ Vgl. Bericht zum Stand der Auflösung des BAfNS v. 7.1.1990; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 14274.

²⁰⁰ Vgl. Information an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung über bisher bekannt gewordene Angriffe, Drohungen und Beleidigungen gegenüber Mitarbeitern des MfS seit dem 7.10.1989, Parteiinformation 683/89; BStU, MfS, BV KMS, AKG, Nr. 5576.

29. März 1990 gesehen, dass es nur die Möglichkeit gebe, den Geheimdienst zu zerschlagen, da die Denkweise seiner Mitarbeiter nicht zu verändern sei.²⁰¹ Ihre Interviews in der »Freien Presse« und spätere Veröffentlichungen von Stasi-Mitarbeitern zu ihrem Selbstverständnis gaben ihm Recht. Auffällig und hervorhebenswert erscheint das Bemühen um die rechtlich korrekte Umsetzung der Auflösung und die Einhaltung der Menschenrechte – auch für die Täter.

Letztendlich rührte die Enttäuschung der Vertreter der Bürgerbewegung im März und in der Zeit danach daher, dass die Revolution nicht in dem Maße zum Abschluss gebracht worden war, wie sie sich das nach ihrem Engagement vorgestellt hatten, die Bürger sich häufig im Frühjahr 1990 mehr für die Wiedervereinigung und die DM interessierten als für die Auflösung der Institution, die sie viele Jahre bespitzelt und in Angst gehalten hatte. Das langjährige und außerordentlich hohe Interesse an der Akteneinsicht, an den Tagen der offenen Tür in der Außenstelle der Stasi-Unterlagen-Behörde und bei den Veranstaltungen zu diesem Thema durch die Bürger in Chemnitz zeigen, dass sich der Einsatz der an der Auflösung beteiligten Mitgliedern der Bürgerbewegung doch gelohnt hat.

²⁰¹ Vgl. 9. Beratung des Runden Tisches Karl-Marx-Stadt; Sächs. StAC, Nr. 32671/8.

Anhang

Bericht über den Stand der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit vor dem Runden Tisch Karl-Marx-Stadt am 15.2.1990¹

Der Regierungsbeauftragte mit seinen zwei Mitarbeitern ist seit dem 7.12.1989 im Bezirk tätig. Zum Verständnis der bisherigen Arbeit ist es erforderlich, in wenigen Worten auf die sich veränderte Aufgabenstellung des Regierungsbeauftragten einzugehen.

Zunächst bestand die Aufgabe darin, das von der Volkskammer gebildete Amt für Nationale Sicherheit arbeitsfähig zu machen und jegliche nach innen auf die Überwachung der Bürger gerichtete Tätigkeit der ehemaligen Staatssicherheit einzustellen.

Etwa am 15.12.1989 wurde der Auftrag erteilt, das Amt für Nationale Sicherheit aufzulösen und dabei einen Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst zu schaffen.

Erst am 12. Januar 1990 wurde der Auftrag zur restlosen Liquidierung des Bezirksamtes erteilt, d. h. seit diesem Zeitpunkt wird intensiv an dieser Aufgabe gearbeitet.

Der Runde Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt hat am 5.1.1990 einen gesellschaftlichen Arbeitsausschuss zur Auflösung des Amtes bestätigt, der später durch Bürgerinitiativen auf 85 Mitglieder erweitert wurde. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Herr Dr. Böttger gewählt.

Ich kann hier in voller Verantwortung versichern, dass die Regierungskommission gemeinsam mit den Beteiligten des Arbeitsausschusses intensiv an der Lösung der gestellten Aufgaben zur Liquidierung des Amtes arbeitet und mitteilen, dass bereits heute das Amt in seinen Grundstrukturen aufgelöst ist und dieser Prozess bis zum 28.2.1990 abgeschlossen sein wird.

Von diesem Amt, seinen 3 827 hauptamtlichen und 9 500 inoffiziellen Mitarbeitern geht keinerlei Gefahr für die Bürger des Bezirkes und unseres Landes mehr aus.

Die Arbeit zur Liquidierung des Amtes wurde in 7 Arbeitsgruppen organisiert, um die Prozesse durchschaubar zu machen, zu jeder Zeit eine gesellschaftliche Kontrolle über die Auflösung zu gewährleisten und Bedingungen

¹ Bericht des Regierungsbeauftragten des Bezirkes Karl-Marx-Stadt v. 13.2.1990; BStU, Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 345. Der Bericht wurde den Regeln der neuen Rechtschreibung angepasst und sprachlich leicht geglättet, was durch die Verwendung eckiger Klammern erkennbar ist. Offenkundige Schreibfehler wurden stillschweigend bereinigt, Zahlenübersichten sind in Tabellenform, Hervorhebungen im Original sind kursiv dargestellt.

für die Offenlegung von Problemen der falschen Sicherheitspolitik zu schaffen.

Gleichzeitig ist die Arbeit darauf gerichtet, die Rehabilitation ehemals geschädigter Bürger auf eine entsprechende Antragstellung zu gewähren, den Personen-/Datenschutz zu jeder Zeit zu sichern und alle materiellen Fonds für eine gesellschaftlich anerkannte Nutzung zu überführen.

Die Arbeitsgruppen beschäftigten sich im Einzelnen mit folgenden Problemen:

AG 1: Sicherung und Überführung aller Akten des ehemaligen Amtes in das künftige Objekt des Staatsarchivs Dresden/Karl-Marx-Stadt [sowie] Analyse jener Unterlagen, die zunächst der BDVP, Abt. K zur weiteren Arbeit im Kampf gegen Terrorismus übergeben werden

AG 2: Überführung von Waffen, Munition und Ausrüstung an die BDVP des Bezirkes Karl-Marx-Stadt sowie zur Kontrolle der Übergabe von Objekten und Bauwerken des ehemaligen Bezirksamtes an zivile Rechtsträger

AG 3: Abbau, Inventarisierung und Wiederverwendung der Nachrichten-, Funk- und sonstigen hochsensiblen Technik des ehemaligen Amtes

AG 4: Untersuchung der Befehlslage, der Strukturen und der sicherheitspolitischen Aufgabenstellungen entsprechend der Sicherheitskonzeption der ehemaligen Partei- und Staatsführung sowie zur Rehabilitierung ehemals geschädigter Bürger

AG 5: Personelle Probleme und Analyse der Finanzlage des Bezirksamtes

AG 6: Informatik

AG 7: Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess.

Bevor ich zu den einzelnen Ergebnissen spreche, einige grundsätzliche Bemerkungen zur Arbeit des ehemaligen Amtes:

1. Das MfS wurde durch Gesetz am 8.2.1950 gebildet und in diesem Zeitraum auch die Bezirksverwaltung in Karl-Marx-Stadt und die Kreisdienststellen geschaffen.²

Die Angehörigen hatten den Fahneid zu leisten und waren zur bedingungslosen Erfüllung aller Befehle und Weisungen der jeweiligen Vorgesetzten und absoluten Verschwiegenheit verpflichtet.

Aufgrund von Beschlüssen des ehemaligen Nationalen Verteidigungsrates der DDR entsprach der Dienst beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der Absolvierung des Wehrdienstes.

² Den Namen Karl-Marx-Stadt erhielt Chemnitz erst nach der Umbenennung am 10.5.1953. Die Bezirksstruktur entstand in der DDR erst nach Auflösung der Länder mit Gesetz v. 25.7.1952. Der Aufbau der Bezirksverwaltung begann im August 1952.

Die ursprüngliche Aufgabenstellung bestand besonders in der

- Aufklärung – also Auslandsnachrichtendienst –
- Spionageabwehr
- Abwehr von Terroranschlägen gegen die Volkswirtschaft
- Bekämpfung von Angriffen gegen die Staatsorgane.

Das ehemalige MfS wurde nach dem Prinzip der militärischen Einzelleitung geführt. Der Minister hatte uneingeschränktes Weisungsrecht gegenüber allen Angehörigen, unabhängig von deren Dienststellung.

Gemäß dem Statut des Nationalen Verteidigungsrates war vorgesehen, bei einem Verteidigungszustand durch die Bezirkseinsatzleitung – die vom jeweiligen 1. Sekretär, also im Bezirk Karl-Marx-Stadt von Herrn Siegfried Lorenz geleitet wurde – den Einsatz aller territorialen Kräfte zu koordinieren.

Das hätte auch die Weisungsbefugnis gegenüber den ehemaligen Bezirksverwaltungen eingeschlossen. Da der Verteidigungszustand zu keiner Zeit ausgerufen wurde, ist eine solche Weisung auch nicht ausgeübt worden.

Der Arbeitsausschuss hat am 8.2.1990 eine intensive Anhörung des ehemaligen 1. Sekretärs, Herrn Siegfried Lorenz, durchgeführt, in der diese Arbeitsweise von ihm bestätigt [wurde] und er mehrfach unterstrichen hat, dass die Zusammenarbeit sich in erster Linie auf die politisch-ideologische Arbeit der Parteiorganisation erstreckte und Informationsbeziehungen vor allem zu Fragen der Wirtschaft [im] Bezirk Karl-Marx-Stadt bestanden. Die AG 4 wird die Gesamtaussagen von Herrn Lorenz in ihre Analyse einarbeiten.

Mit wachsender Instabilität der DDR wurde eine Perfektionierung der Überwachungsmechanismen angestrebt. Der ehemalige Minister forderte den wachsenden Einfluss »Andersdenkender« zurückzudrängen.

Deshalb wurde seit 1985 eine totale »flächendeckende« Überwachungsarbeit angestrebt. Grundlage dafür war seine Dienstanweisung Nr. 2/85 zur »vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit«. Alle Weisungen gegen »Andersdenkende« wurden durch die Regierung Modrow mit Wirkung vom 29.11.1989 außer Kraft gesetzt.

Mit dem Beschluss über die Auflösung des ehemaligen MfS entsprach die Regierung den Forderungen breiter Bevölkerungskreise, die Durchsetzung einer neuen Sicherheitspolitik zu beschleunigen. Die Regierung verurteilte zugleich Amtsmissbrauch, falsche Befehle und Methoden, für die der ehemalige Minister für Staatssicherheit die politische Verantwortung trägt.

Zu verurteilen ist

- die Funktion des ehemaligen MfS bei der Verwirklichung der falschen Sicherheitsdoktrin der ehemaligen Partei- und Staatsführung,
- die flächendeckende Überwachung größerer Personenkreise und damit im Zusammenhang die Schaffung eines überdimensionierten Sicherheitsapparates,
- das Ansinnen, politische Probleme mit strafrechtlichen Mitteln zu lösen,
- die Beteiligung von Teilen des ehemaligen MfS am Schutz der Privilegien, die sich die ehemalige Führungsspitze angemaßt hat.

2. Nun zu einigen entscheidenden Problemen des Standes der Auflösung des Amtes:

Die Übernahme sämtlicher Schusswaffen durch die Deutsche Volkspolizei ist per Protokoll abgeschlossen, sodass im ehemaligen Amt keinerlei Schusswaffen und andere militärische Ausrüstung ähnlichen Charakters mehr vorhanden sind.

Der amtierende Leiter des aufzulösenden Amtes hat eine entsprechende Erklärung dem Regierungsbeauftragten übergeben und mitgeteilt, dass ab sofort [unbefugter] Waffenbesitz strafrechtliche Konsequenzen hat.

Das ehemalige Amt verfügte im Einzelnen über folgende Bewaffnung:

[Waffen]	Soll	Ist	Differenz
Pistolen	5 470	5 463	7
Maschinenpistolen	3 055	3 055	–
Gewehre	163	163	–
Maschinengewehre	7	7	–
Panzerabwehrwaffen	153	153	–
Kleinkaliberwaffen	113	113	–
Leuchtpistolen	156	156	–

Gegenwärtig wird in der BDVP daran gearbeitet, die übergebenen Waffen im Soll/Ist-Vergleich an Hand der Karteiunterlagen auf den vollständigen Nachweis zu kontrollieren.

Die Differenz von 7 Pistolen wird der Kriminalpolizei zur weiteren Klärung übergeben.

Gebäude

Mit dem heutigen Tag sind von den 146 Objekten des ehemaligen Amtes 105 für eine anderweitige gesellschaftliche Nutzung an den Rat des Bezirkes bzw. die Räte der Kreise durch den Regierungsbeauftragten übergeben worden.

- 41 noch offen, davon 28 im Bezirk
- 17 Erholungsobjekte
- 7 Funkobjekte
- 4 Eigenheime Bad Brambach
- 13 in Karl-Marx-Stadt
- 12 bis 23.2. übergeben
- 1 Henriettenstr. 2–4 zur Abwicklung

Dabei möchte ich hervorheben, dass alle Kreisdienststellen bereits im Januar einer zivilen Nutzung zur Verfügung gestellt wurden und gegenwärtig nur noch auf dem Kaßberg Objekte noch nicht vollständig geräumt sind.

Das gleiche trifft auch auf die Wohngebäude des ehemaligen Amtes zu, die ausschließlich den jeweiligen Gebäudewirtschaftsbetrieben als künftigen Rechtsnachfolgern übergeben werden.

Für diese gesamte Arbeit wurde beim Rat des Bezirkes eine Arbeitsgruppe gebildet, die sehr eng mit der Arbeitsgruppe des Ausschusses zu diesen Fragen zusammenarbeitet.

In diesem Zusammenhang bestanden nach vorliegender Kenntnis im Bezirk Karl-Marx-Stadt 115 interne Dienstobjekte des ehemaligen Amtes. Auch diese sind unter Beachtung des Personen-/Datenschutzes für eine neue zivile Verwendung nutzbar und entsprechenden Organisationen übergeben worden. Soweit es sich um bereitgestellte bewohnte Zimmer von Wohnungsinhabern handelt, ist eine Offenlegung nicht möglich und auch keine andere Nutzung. Zu dieser Problematik schlage ich vor, dass Herr Helmich als Beauftragter des Rates des Bezirkes dazu weitere Erläuterungen gibt.

Fahrzeuge

[Fahrzeuge]	Kfz ges.	Pkw	Nkw	Anhäng.	Spez. Anhäng.	2-Rad Kfz	Spez. Kfz
Gesamtbestand nach Akten	783	453	159	68	24	60	19
Verteilung gesamt	572	345	137	58	3	12	17
nach Antrag	129	113	16	-	-	-	-
DLK	122	51	28	27	-	6	10
Taxi	73	71	2	-	-	-	-
BDVP	62	43	16	1	2	-	-
Grenztr.	54	33	19	1	1	-	-
SV Dynamo	106	19	49	26	-	6	6
Ferienheime	26	15	7	3	-	-	1
Noch zur Verfügung	211	198	22	10	21	48	2

Diese Fahrzeuge sind erfasst und werden auch über den Rat des Bezirkes neuen Nutzern übergeben. Auch dazu sollte Herr Helmich weitere Ausführungen sofern es erwünscht wird – machen.

Akten

Ein äußerst kompliziertes Problem besteht in der Bewältigung des umfangreichen Aktenmaterials sowohl der Kreisdienststellen als auch der ehemaligen Bezirksverwaltung.

Wir haben sehr gründlich geprüft, wo wir eine sichere, dauerhafte und auch volkswirtschaftlich vertretbare Lösung für die Aktensicherung gewährleisten können. Allein das reguläre Archivgut wird mit rund 3 100 lfd. M. berechnet. Mithilfe des Staatsarchivs und Vertretern des Ministeriums für Innere Angelegenheiten haben wir gemeinsam mit dem Ausschuss entschieden, die beiden *Bunkeranlagen Dittersdorf* und Hartenstein dafür zu nutzen.

Die Bewältigung der Akten war eine Grundvoraussetzung, um die vorher genannte Objektfreigabe überhaupt zu gewährleisten.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Übergabe der Akten in den nächsten Tagen abgeschlossen ist und damit auch die restlichen Gebäude des Kaßberg freigegeben werden können.

In *Dittersdorf* sind Karteien, Archivmaterial, aktuelle Akten des Bezirksamtes und der Kreisdienststellen Karl-Marx-Stadt/Stadt und Land eingelagert.

Akten der Terrorbekämpfung sind der BDVP übergeben. In der Bunkeranlage *Hartenstein* sind sämtliche Akten der übrigen Kreise des Bezirkes eingelagert.

Alle Prozessakten wurden aus den Archiven herausgelöst und dem Staatsanwalt für die Möglichkeit kurzfristiger Rehabilitationsverfahren übergeben.

Es wäre noch hinzuzufügen, dass der Chef der BDVP, Herr Generalmajor Peter Müller, der Leiter des Staatsarchivs Dresden, Herr Dr. Groß, und der Regierungsbeauftragte in *Dittersdorf*, aber auch dem Ausschuss – in dem Falle nur Herr Dr. Groß – umfangreiche Erläuterungen über die weitere Arbeit mit den Akten gegeben haben.

Ich möchte in aller Eindringlichkeit darauf verweisen, dass die Aktenlagerung natürlich ein Zündstoff für Emotionen und Unsicherheit unter den Bürgern bleibt. Ich halte es für notwendig, gegenwärtig die Arbeit mit diesem Papier auf die sichere Archivierung, die Schaffung von Bedingungen für Rehabilitationen und eine geschichtliche Aufarbeitung über die Jahre des unseligen Stalinismus in unserem Land [aus]zurichten.

Gleichzeitig muss aber auch der neuen Volkskammer und der neuen Regierung gesagt werden, dass der Zeitpunkt einer Vernichtung entschieden werden muss, um im Volk wieder Vertrauen und Sicherheit zu erreichen.

Aufarbeitung der Strukturen

Zur Aufarbeitung von Strukturen und der Befehlslage des ehemaligen MfS sind eine Vielzahl von Aktivitäten durch die gebildete Arbeitsgruppe eingeleitet worden. Diese Arbeit ist noch mitten im Fluss und wird auch erst nach der Liquidierung des Amtes vollständig abgeschlossen sein.

Der Regierungsbevollmächtigte hat dazu Dienstanweisungen, Informationen und andere Arbeitsergebnisse des ehemaligen Amtes zur Verfügung gestellt.

Es wurden Gesprächspartner aus dem ehemaligen Amt verpflichtet, um die Fragen des Ausschusses zu beantworten. Wir sind auch der Meinung, dass ehemalige Mitarbeiter, die heute bereits im zivilen Beruf stehen, für solche Aussprachen herangezogen werden sollten.

Wichtig ist, dass Ergebnisse aus diesen Untersuchungen künftig schneller der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, um noch stärker den Willen zur Transparenz zu demonstrieren und Sachlichkeit in der Information zu gewährleisten.

Die Schweigepflicht ehemaliger Mitarbeiter ist auf entscheidenden Gebieten mit Beschluss des Ministerrates und in Übereinstimmung mit dem Runden Tisch aufgehoben. Geblieben ist der Personaldatenschutz, die Wahrung der Persönlichkeitsrechte und der Staatsgeheimnisse, sofern sie mit der Verfassung übereinstimmen (Beschl. 8.2.1990, Anlage 4) Die Leiter der Kreisdienststellen und Leiter der Bezirksverwaltungen wurden bereits Ende Januar ver-

pflichtet, den Runden Tischen der Kreise auf Anforderungen Rede und Antwort zu stehen.

Technik

Die gesamte spezielle Technik, die im Amt vorhanden war, wurde demontiert, der Deutschen Post, der BDVP und der Nationalen Volksarmee zur weiteren Verwendung übergeben.

Das betrifft vor allem ca.

- 65 mechanische Fernschreiber
- 45 Fernschreibtruhen
- 100 Handfunksprechgeräte
- 80 Sende- und Empfangsgeräte für Kurzwellen
- 22 mobile Funkstationen
- 60 Fernsprechtischapparate
- 4 Vorzimmeranlagen
- 4 Direktionsvorzimmeranlagen
- gesamte Nachrichtentechnik der Jagdschänkenstr. (BDVP)
- stationäre Funktechnik (Deutsche Post).

Es handelt sich dabei ausschließlich um Technik, für die eine anderweitige Nutzung volkswirtschaftlich nicht effektiv wäre. Die Abhörtechnik wird im Interesse der Vermeidung neuen Misstrauens verschrottet.

Kader

Der Mitarbeiterbestand des Bezirksamtes einschließlich der Kreisdienststellen betrug mit Stichtag 1.11.1989 3 827.

Per 14.2.1990 sind noch 315 Mitarbeiter zur Auflösung des Amtes eingesetzt, deren Entlassung zum überwiegenden Teil per 28.2.1990 vorbereitet wird. Nur ein geringer Teil – 20–30 Personen – wird im Monat März noch vom ehemaligen Amt bezahlt, um letzte Arbeiten abzuschließen und sich selbst eine zivile Arbeit zu suchen.

In der Ausschusssitzung am 8.2.1990 wurden Berichte und Probleme zur *Übernahme von Kadern der Grenztruppen (195), der BDVP (109) und des Dienstleistungskombinates*³ beraten. Es wurde Übereinstimmung erzielt, dass

³ Hier liegt offenbar ein Protokollfehler vor. Korrekt muss es heißen: Übernahme von Kadern durch die Grenztruppen (195), die BDVP (109) und das Dienstleistungskombinat.

eine Übernahme von Spezialisten und Facharbeitern, die keine Aufgaben im Sinne einer nach innen gerichteten Sicherheitsarbeit hatten, durch die Kaderkommission unseres Ausschusses geprüft und einem Einsatz in vorstehend genannten Bereiche zugestimmt wird.

Dabei wurde eindeutig von Vertretern der BDVP und dem Chef der Grenztruppen festgestellt, dass eine Einstellung nur zu den bei diesen Organen bestehenden Bedingungen – Rückstufung im Dienstgrad und im Gehalt – möglich ist.

Dieser Prozess wird ebenfalls bis 28.2.1990 abgeschlossen.

Über die Eingliederung der Mitarbeiter in die zivile Arbeit ist es gegenwärtig nicht möglich, einen genauen Überblick zu erhalten, weil die Arbeitsstellen mehrfach gewechselt wurden bzw. aufgrund von Forderungen von Betriebskollektiven gewechselt werden mussten. Fest steht jedoch, dass kein Mitarbeiter eine Leitungsfunktion erhalten hat. Ich komme auf dieses Problem noch einmal im letzten Punkt zurück.

Im Verlauf der Arbeit unserer Kaderkommission wurde festgestellt – wie Ihnen sicher auch aus der Presse bekannt ist – dass 89 ehemalige Mitarbeiter im Januar vom Chefarzt des Medizinischen Dienstes der ehemaligen Bezirksverwaltung, Herrn OMR Dr. Geuthner, invalidisiert wurden. Diese Frage wurde im Untersuchungsausschuss am 8.2. beraten, und der Chefarzt, Dr. Geuthner, hat eindeutig erklärt, dass er in Übereinstimmung mit seinem medizinischen Eid keinerlei Pflichtverletzungen getätigt hat. Sein Bericht wurde dazu dem Regierungsbeauftragten übergeben.

In Übereinstimmung mit dem Ausschuss ist festgelegt worden, dass alle 89 Invalidisierungen unter Leitung des Bezirksarztes bzw. des Bezirksgutachters überprüft und neu bestätigt werden und danach bis spätestens Ende März eine Klarstellung in der Presse durch Experten [für die] medizinische Begutachtung erfolgt.

Der Regierungsbeauftragte hielt diese Handlung zu dieser Zeit für politisch falsch und hätte bei Kenntnis im Interesse der Patienten und des Arztes dieses auch verhindert.

Finanzen

Für das ehemalige Amt des Bezirkes Karl-Marx-Stadt wurden 108,7 Mio. Mark aus dem Staatshaushalt bereitgestellt. Davon wurden 92 Mio. Mark für Personalkosten und 11,1 Mio. Mark für Bauinvestitionen, Technik, Ausrüstung, Energie und Treibstoff verwendet.

Zur Erfüllung der operativen Aufgaben wurden 40 TM SW-Mittel und 330 TVM NSW geplant und verbraucht. Für 1990 sind keine Mittel für operative Aufgaben bereitgestellt. Auf der Grundlage [der] Ministerratsentscheidung stehen finanzielle Fonds ausschließlich im Zusammenhang mit der Abwicklung der Auflösung des Amtes zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppe Finanzen des Ausschusses informierte über hohe, für sie nicht erklärbare Finanzbewegungen. Daraufhin wurde die staatliche Finanzrevision zur Überprüfung eingesetzt und die Barabhebungen vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Die Überprüfung der Finanzrevision ergab in ihren ersten Ergebnissen, dass keine Unregelmäßigkeiten bestanden und die Kasseninventur am 6.2.1990 stimmt.

Dazu folgende Übersicht:

Die Kasseninventur am 6.2.1990 durch die Staatliche Finanzrevision ergab folgende Feststellungen:

Bestand am 6.11.1989	264 948,31 M
+ Barabhebungen	27 315 000,00 M
+ sonstige Bareinzahlungen	2 337 685,02 M
./. Ausgaben in bar	27 289 473,24 M
= Sollbestand am 6.2.1990	2 628 160,09 M
tatsächlicher Kassenbestand in Bargeld	2 628 160,09 M

Damit besteht Übereinstimmung zwischen Kassenkladde Finanzkonto 9490 (Kasse) und dem vorhandenen Bargeld.

Die Struktur der Ausgabepositionen gliedert sich im Wesentlichen wie folgt:

Übergangsgebührrnisse	18 851 TM
Finanzielle Anerkennung für über 20 Dienstjahre	2 004 TM
Barzahlungen für Gehälter	987 TM
Abgeltungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	139 TM
Reisekosten	139 TM
Überbrückungsdarlehen an die Sparkasse der Dienststelle (wurde per Überweisungen vom 15.12.1989, 17.1.1990 und 23.1.1990 zurückgeführt)	2 232 TM
[Gesamt]	24 352 TM

Damit werden 89,2 % der Barausgaben nach Strukturpositionen nachgewiesen. Eine sachliche Prüfung der Primärdokumentation durch eine Belegkontrolle konnte in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erfolgen.

Ein Wort noch zu den Übergangsgebührrnissen:

Übergangsgebührrnisse werden auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates vom 14.12.1989 gezahlt. Sie sind in der Besoldungsordnung geregelt. Die vorübergehende Einstellung der Zahlung wurde durch den Regierungsbeauftragten wieder aufgehoben, weil sie den noch gültigen Rechtsvorschriften entspricht, auch wenn diese Zahlung moralisch umstritten ist. Sie wird in allen Bezirken gezahlt.

In Übereinstimmung mit dem Runden Tisch in Berlin wird durch den Ministerrat noch in dieser Woche ein Beschluss erarbeitet, der vom wesentlichen her vorsieht, dass diese Übergangsgebührrnisse bei künftigen gesetzlich festgelegten Ausgleichszahlungen für Lohneinbußen und Arbeitslosenunterstützungen verrechnet werden und damit eine Gleichstellung der ehemaligen Mitarbeiter zu allen Bürgern im Nachhinein wiederhergestellt wird. Diese Rechtsgrundlage wird für alle Bürger geschaffen.

3. Abschließend möchte ich auf 4 Probleme aufmerksam machen, die allein vom Regierungsbeauftragten und dem Ausschuss nicht im Sinne der Fortführung der friedlichen Revolution, der Vorbereitung der Wahlen am 18. März und der Kommunalwahlen im Mai und auch im Hinblick auf die künftige Einheit Deutschlands, lösbar sind.

Diese 4 Probleme bereiten uns ernste Sorgen, und wir bitten auch diesbezüglich um Unterstützung der Vertreter des Runden Tisches.

Erstens

gehen täglich Forderungen beim Regierungsbeauftragten und dem Vorsitzenden des Ausschusses nach Offenlegung der internen Mitarbeiter des ehemaligen MfS ein. Teilweise enthalten die Forderungen Hunderte von Mitzeichnungen von Werktätigen.

Zweitens

wenden sich Bürger an uns, die verleumdet werden und öffentlich oder halb-offiziell als interne Mitarbeiter der Staatssicherheit bezeichnet werden.

Wir haben – wie Ihnen sicherlich aus der Presse bekannt ist – diesem Druck nicht nachgegeben, weil wir der Auffassung sind, dass [bei] eine[r] Offenlegung der Quellen Brudermord, Hass und Selbstjustiz als Folge nicht auszuschließen wären. Das sehen wir als eine Verantwortung vor den Bürgern von Karl-Marx-Stadt, unabhängig davon, dass der Beschluss des Ministerrates und des Runden Tisches vom 8.2.1990 den Personen-/Datenschutz fordert.

Ich glaube, dass wir diesen Schutz auch aus internationalen Verpflichtungen schuldig sind. Im Ausschuss bereiten wir gegenwärtig einen Brief an den Staatsrat, die Volkskammer, den Runden Tisch und den Ministerrat mit der Bitte um einen öffentlichen Rechtsstandpunkt zu dieser für den inneren Frieden unseres Volkes so wichtigen Frage vor.

Drittens

Mit Nachdruck muss ich darauf verweisen, dass die Wiedereingliederung der ehemaligen Mitarbeiter des Amtes in den Arbeitsprozess immer noch auf Schwierigkeiten stößt und mehrfach Arbeitsplätze gewechselt werden mussten, weil Kollektive oder einzelne eine Zusammenarbeit mit ehemaligen Mitarbeitern ablehnen.

Das ist eine Tragik, die tief in die Familien eingreift und meines Erachtens auch zu Handlungen führen kann – ich denke besonders an eine Flucht in ein anderes Land – was wir nicht wollen.

Auch der begonnene Widerruf von bisher 300 Telefonanschlüssen ehemaliger Mitarbeiter löst viel Verzweiflung und die Frage nach ihren persönlichen Rechten und Sicherheit aus.

Viertens

In den letzten Tagen gibt es mehrere Presseveröffentlichungen zu dem ehemaligen Bezirksamt, die zum Teil wenig sachlich [sind], die Tendenz einer pauschalen Beurteilung enthalten und geeignet sind, Emotionen aufzuheizen.

Der Regierungsbeauftragte ist ohne Einschränkung für Transparenz und Offenlegung und hat und wird in dieser Richtung jede mögliche Unterstützung geben. Er bittet aber darum, den bisher friedlichen Prozess auch durch eine ausgewogene Pressearbeit weiterhin zu unterstützen.

Die weitere Arbeit zur Auflösung des Amtes ist darauf gerichtet, wie eingangs erwähnt, bis Ende Februar das Amt zu liquidieren.

Entsprechend einem Beschluss des Ministerrates und des Runden Tisches in Berlin vom 8.2.1990 wird in Berlin ein Komitee für alle Nachfolgemaßnahmen als juristische Person eingesetzt. Das Komitee übernimmt die Abwicklung von Forderungen und Verbindlichkeiten des ehemaligen Amtes.

Für den Bezirk Karl-Marx-Stadt wird vorgeschlagen, analog einen Mitarbeiter für Kader, einen Mitarbeiter für Finanzen und einen Mitarbeiter für Grundmittel mit der vollständigen Abwicklung aller damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu beauftragen und dafür einen Leiter aus dem Rat des Bezirkes einzusetzen. Diese Arbeit wird sich nach Berliner Einschätzung zwei bis drei Jahre hinziehen und sollte auch unter gesellschaftlicher Kontrolle stehen.

Ich schlage weiter vor, die Arbeit des gesellschaftlichen Ausschusses in der jetzigen Größe von 85 Mitarbeitern in den ersten Märztagen zu beenden und ein kleines Gremium von etwa 10 bis 12 Personen aus diesem Ausschuss heraus vor allem mit der inhaltlichen Aufbereitung des ehemaligen Amtes und der weiteren Kontrolle zu beauftragen.

Ich selbst sehe meine Arbeit nicht am 28.2.1990 für beendet [an], sondern sie muss so weitergeführt werden, bis alle Fragen geklärt und die Wahlen erfolgreich abgeschlossen werden. In diesem Sinne besteht auch eine erweiterte Aufgabenstellung des Ministerpräsidenten, Herrn Modrow.

Ich darf abschließend sagen, die Auflösung des ehemaligen Amtes ist schnellstens abzuschließen, damit die gesellschaftlichen Kräfte ihren Blick nach vorn auf die Zukunft richten können. Das Amt ist etwas Vergangenes, was wir geschichtlich bewältigen müssen.

Ergebnis der Beratung des Runden Tisches

1. Dem Bericht wurde zugestimmt. Es gab keine widersprüchlichen Meinungen und Diskussion.
2. Eine Information über [den] Stand in der DDR ist für [die] nächste Beratung zu geben.

3. Anfragen/Meinungen zur Objektnutzung wurden vom Rat des Bezirkes beantwortet.
 4. Bei Maßnahmen zur Telefonüberprüfung/Kündigung [sind] keine neuen sozialen Fälle schaffen.
- Regierungsbeauftragter gibt zu jeder Beratung dem Runden Tisch kurze Sachstandsinformationen.

Zeitliche Übersicht zur Besetzung und Auflösung der Staatssicherheit 1989/90 im Bezirk Karl-Marx-Stadt

- 22.09.1989 Drei Zwickauer Bürger melden beim Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt das Neue Forum als Vereinigung an.
- 07.10.1989 In Plauen demonstrieren ca. 10 000 Bürger für mehr Demokratie in der DDR. Mit einem Schweigemarsch von ca. 800 meist jugendlichen Karl-Marx-Städtern vom Luxor-Palast ins Stadtzentrum beginnen in der Bezirksstadt die Proteste auf der Straße gegen die Situation im Land. Die Staatsmacht geht gewaltsam dagegen vor.
- 28.10.1989 In der SED-Bezirkszeitung »Freie Presse« erscheint erstmals ein kritischer Artikel zur Arbeit des MfS.
- 07.11.1989 Ein Ausschuss aus Vertretern des Bezirkstages und der Bürgerbewegung tritt erstmals zusammen, um die gewaltsamen Auseinandersetzungen vom 7. Oktober 1989 in Karl-Marx-Stadt und Plauen zu untersuchen.
- 08.11.1989 Das Neue Forum wird im Bezirk Karl-Marx-Stadt als Vereinigung zugelassen.
Die MfS-Bezirksverwaltung beschließt, die Postkontrolle einzustellen, die Überwachungstechnik zu demontieren und die Akten der Kreisdienststellen in der Bezirksverwaltung zu sichern.
- 16.11.1989 Die im Herbst entstandenen Bürgerinitiativen treten unter dem Namen »Demokratisch-oppositionelle Plattform« (DOP) auf. Sie wollen sich damit von den Blockparteien abgrenzen.
- 24.11.1989 Inoffizielle Mitarbeiter melden ihren Führungsoffizieren Äußerungen des Sprechers des Neuen Forum Dr. Martin Böttger, wonach versucht werden soll, die Akten des MfS und die »V-Leute-Kartei« offenzulegen.
- 29.11.1989 Um den Druck auf die MfS-Bezirksverwaltung zu mindern, dürfen fünf Vertreter der Adelsberger Bürgerinitiative das in ihrem Stadtteil liegende Dienstobjekt II der Staatssicherheit an der Kleinolbersdorfer Straße besichtigen. Vertreter der lokalen Presse berichten darüber.

- 01.12.1989 Aufruf von Vertretern des Neuen Forums in Karl-Marx-Stadt zu einem Generalstreik am 6. Dezember von 13.00 bis 15.00 Uhr. Unter anderem wird eine drastische Reduzierung des Inlandanteils des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) und die Rückgabe der entsprechenden Objekte gefordert. Der Aufruf ist aber nicht mit der örtlichen Leitung der Vereinigung abgestimmt.
- 04.12.1989 Auf ihrer Dienstversammlung erfahren die leitenden Mitarbeiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit, dass Mitglieder der Bürgerbewegung in das Bezirksamt Erfurt eingedrungen sind. Der Leiter Generalleutnant Gehlert fordert seine Genossen beim Auseinandergehen auf, alles für den Machterhalt der SED zu tun.
Am Nachmittag beginnen Mitglieder der Bürgerbewegung die Dienststellen der Staatssicherheit zu überwachen. MfS-Mitarbeiter, die mit ihren Pkw die Objekte verlassen, müssen die Kofferräume öffnen. Der Abtransport von Unterlagen soll verhindert werden.
- 05./06.12.1989 Nachdem es von Bürgern zahlreiche Hinweise auf Aktenvernichtungen gab, versiegeln Staatsanwälte in Anwesenheit von Vertretern der Bürgerbewegung Archiv- und andere Räume in der Bezirksverwaltung und in den Kreisdienststellen der Staatssicherheit.
- 06.12.1989 Rudhard Riedel soll als Beauftragter der Regierung Modrow die Arbeitsfähigkeit der Staatssicherheit im Bezirk gewährleisten.
Ein »Rat der Mitarbeiter« will zukünftig innerhalb des BAFNS die Interessen der dort Tätigen gegenüber der Leitung vertreten.
- 07.12.1989 Oberst Joachim Schaufuß löst Generalleutnant Siegfried Gehlert als Leiter des Bezirksamtes ab.
- 09.12.1989 In einem Flugblatt fordert die Demokratisch-oppositionelle Plattform die offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter auf sich zu offenbaren, und die Bespitzelten zum Vergeben des ihnen zugefügten Unrechts.
- 10.12.1989 In einem offenen Brief fordern Vertreter einer Bürgerinitiative vom Regierungsbeauftragten, dass keinerlei Unterlagen mehr vernichtet werden, die Bürger Einsicht in die über sie angelegten Akten bekommen und dass das konspirative

- Spitzelnetz aufgelöst werden muss. Die Aufarbeitung anhand der Akten soll eine zu konstituierende Arbeitsgruppe übernehmen.
- 12.12.1989 Auf einer Zusammenkunft des Regierungsbeauftragten mit Vertretern der Opposition und Mitarbeitern der Staatssicherheit entschuldigt er sich im Namen der Regierung für die bisherige Sicherheitspolitik. Er teilt mit, dass die Tätigkeit des Bezirksamtes faktisch eingestellt sei. Es soll ein vereidigter Ausschuss zu dessen Auflösung aus sieben bis neun Personen gebildet werden. Die leitenden Stasi-Mitarbeiter beantworten Fragen von Vertretern der Bürgerbewegung.
- 14.12.1989 Der Runde Tisch für den Bezirk Karl-Marx-Stadt konstituiert sich aus Vertretern aller politischen Parteien und Organisationen.
- 15.12.1989 In einem Interview mit der »Freien Presse« gibt der Regierungsbeauftragte bekannt, dass die Kreisämter des BAFNS aufgelöst sind und das Bezirksamt nicht mehr arbeitet. Das Archivgut ist hundertprozentig gesichert.
- 21.12.1989 Das Volkspolizeikreisamt schlägt aufgrund der angespannten Lage der DOP eine Sicherheitspartnerschaft vor. Die Bürgerbewegungen willigen ein. Vertreter von Kirchen erhalten die Gelegenheit, sich über den Inhalt von Stasi-Akten zu informieren.
- 05.01.1990 Im Bezirksamt für Nationale Sicherheit treffen sich Regierungskommission, Vertreter des Amtes und der Oppositionsgruppen. Der Leiter des Bezirksamtes berichtet, dass die Waffen in versiegelten Räumen lagern. Die noch bewaffnete Wacheinheit und die Volkspolizei sichern die Objekte der ehemaligen Staatssicherheit. Das BAFNS ist nicht mehr arbeitsfähig. Es wird beschlossen, einen Ausschuss zur demokratischen Kontrolle der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit im Bezirk zu bilden. Alle gesellschaftlichen Gruppen sollen daran beteiligt werden. Am Abend tritt der Runde Tisch zum dritten Mal zusammen. Der Regierungsbeauftragte berichtet, dass alle 22 Kreisämter für Nationale Sicherheit aufgelöst und die 20 Gebäude an die Räte der Kreise übergeben wurden. Er schlägt vor, die Akten in die MfS-Bunker bei Dittersdorf und Hartenstein einzulagern. Er beabsichtigt, das BAFNS bis zum damals fest-

- gelegten Termin für die Volkskammerwahl, dem 6. Mai 1990, aufzulösen.
- 09.01.1990 Vertreter der DOP treffen sich mit Mitgliedern des Rates der Mitarbeiter des Bezirksamtes. Eine kontroverse Diskussion zur Kontrolle des Auflösungsprozesses und zu den Übergangsgebühren führt zu keiner Annäherung der Standpunkte.
- 10.01.1990 Die Nachrichtenverbindung WTsch zwischen dem Bezirksamt und der Zentrale in Berlin wird abgeschaltet. Es gibt nur noch die Möglichkeit, den Kurierdienst zu nutzen.
- 11.01.1990 Im Speisesaal des BAFNS konstituiert sich der Ausschuss zur demokratischen Kontrolle zur Auflösung des Sicherheitsdienstes. Er wird vom Runden Tisch bestätigt. Es werden vorerst fünf Arbeitsgruppen gebildet: Akten; Waffen, Ausrüstung und Objekte; Nachrichtentechnik; Struktur und Arbeitsweise; Finanzen und personelle Auflösung. Später kommen noch die Arbeitsgruppen Informatik und Wiedereingliederung der MfS-Mitarbeiter hinzu.
- 12.01.1990 Die Regierung Modrow erteilt ihrem Beauftragten die Genehmigung zur ersatzlosen Auflösung des Bezirksamtes.
- 15.01.1990 Auf der Montagsdemonstration in Karl-Marx-Stadt mit ca. 150 000 Teilnehmern wird die Forderung erhoben: »Jedem seine Akte!« Auf den Demonstrationen im Bezirk wird außerdem massiv die Offenlegung der Beziehungen zwischen SED und MfS und die Enttarnung der inoffiziellen Mitarbeiter gefordert. Es werden Streiks angedroht. An diesem Tag ist die Übergabe von Waffen und Munition vom BAFNS an die BDVP im Wesentlichen abgeschlossen. Letzte Transporte erfolgen am 24. Januar. Unter Beteiligung des Arbeitsausschusses und des Staatsarchivs Dresden beginnt die Auslagerung der Akten aus dem Bezirksamt in die Stasi-Bunker an der Dittersdorfer Höhe und bei Hartenstein.
- 17.01.1990 Der Regierungsbeauftragte teilt der Modrow-Regierung seine Absicht mit, das Bezirksamt schneller als bisher vorgesehen aufzulösen. Dazu würde noch ein Teil der MfS-Mitarbeiter gebraucht. Die Auflösung soll öffentlichkeitswirksam erfolgen, um dem Druck der Straße zu begegnen.
- 19.01.1990 Der Arbeitsausschuss zur Auflösung des BAFNS trifft sich im ehemaligen Speisesaal des MfS und wählt Dr. Martin Böttger

zu seinem Vorsitzenden. Er wird um die Mitglieder eines Bürgerkomitees erweitert. Zeitweise gehören ihm 85 Personen an. Sie werden durch die Staatsanwaltschaft schriftlich zum Schweigen über die erlangten Informationen verpflichtet.

- 23.01.1990 Auf einer Beratung des Arbeitsausschusses berichten die Vertreter der Arbeitsgruppen über die bisher erreichten Ergebnisse. Durch engagierte Arbeit konnte erreicht werden, dass die Abhörtechnik und die internen Funkverbindungen demontiert worden sind. Es wird vorgeschlagen, einen Tag der offenen Tür zu veranstalten.
- 25.01.1990 13 Pfarrer sprechen sich für die schnelle Vernichtung der Akten aus.
An diesem Tag findet eine Beratung des Arbeitsausschusses mit der Leitung der Post über deren Einbindung in die Überwachung der Bürger statt. Es wird darüber beraten, wie die freigewordenen Telefonanschlüsse der ehemaligen MfS-Mitarbeiter verteilt werden sollen.
- 26.01.1990 Unter heftigen Protesten vieler Bürger lehnt der Vorsitzende des Arbeitsausschusses mit Hinweis auf den Datenschutz die Offenlegung der Namen der inoffiziellen Mitarbeiter ab. Es sollt eine zentrale Entscheidung abgewartet werden.
- 27.01.1990 Auf Befragen von Rüdiger Knechtel äußert sich erstmals ein ehemaliger Stasi-Mitarbeiter in der Presse zu seiner Tätigkeit für das MfS.
- 29.01.1990 Eine Bürgerinitiative im Arbeitsausschuss stoppt die Zahlungen der Übergangsgebühren an ehemalige MfS-Mitarbeiter und legt die Rückzahlung der aus ihrer Sicht ungesetzlichen Überweisungen fest. Mit Verweis auf die Rechtslage hebt der Regierungsbeauftragte diese Entscheidung wieder auf.
- 30.01.1990 Auf der Beratung des Arbeitsausschusses wird die Bildung einer Redaktionskommission für die Information der Öffentlichkeit beschlossen. Sie arbeitet unter Leitung des Bildhauers Armin Forbrig. Der Direktor des Staatsarchiv Dr. Reiner Groß berichtet über den Stand der Aktenverlagerung. Anfallende Altstofferlöse sollen auf das Konto der Inneren Mission eingezahlt werden.

- 01.02.1990 Der Einsatz der Bürgerinitiative Adelsberg für eine zivile Nutzung des in diesem Stadtteil befindlichen ehemaligen Dienstobjekts II trägt erste Früchte. Drei Nutzer ziehen auf das Gelände.
- 03.02.1990 In einem von der »Freien Presse« abgedruckten »Offenen Brief« fordern Mitglieder der Arbeitsgruppe 5 – Personelle Probleme und Finanzen – des Arbeitsausschusses von der Modrow-Regierung, die durch MfS-Ärzte in großer Zahl erfolgten Invalidisierungen von MfS-Mitarbeitern überprüfen zu lassen und die Zahlungen der gegenüber vorherigen MfS-Regelungen noch aufgestockten Übergangsgebühren einzustellen.
- 05.02.1990 Mitglieder des Auflösungsausschusses besichtigen die U-Haftanstalt des MfS. Dabei wird festgestellt, dass von den Mitarbeitern dort eingelagerte Unterlagen im Januar verbrannt wurden.
- 08.02.1990 In einer Anhörung auf der 4. Plenartagung des Ausschusses zur Auflösung des BAFNS bestätigt der ehemalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Siegfried Lorenz die enge Zusammenarbeit zwischen SED und MfS. Er erläutert die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Bezirkseinsatzleitung. 89 durch den Leiter des medizinischen Dienstes des MfS diagnostizierte Invalidisierungen von Mitarbeitern werden durch unabhängige Gutachter bis 30. März 1990 überprüft.
- 12.02.1990 Das MfS-Dienstobjekt III in der Jagdschänkenstraße wird an die Volkspolizei und die Feuerwehr zur Nutzung übergeben.
- 14.02.1990 Die Initiativgruppe Kunst und Kultur beantragt beim Runden Tisch, die zentralen Gebäude des MfS Hohe Straße 31–35 für kulturelle Zwecke zu nutzen.
- 15.02.1990 Vor dem 6. Runden Tisch des Bezirkes erstattet der Regierungsbeauftragte einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit seit dem 6. Dezember 1989 und den Stand der Auflösung der Staatssicherheit. Er gibt einen Überblick zum Wandel des Auftrages, das BAFNS arbeitsfähig zu machen, es in einen Nachrichtendienst und Verfassungsschutz umzubauen bis zu dessen Liquidierung. Bis zum Monatsende soll diese Aufgabe abgeschlossen sein. Von den ehemals 3 827 hauptamtlichen und 9 500 inoffiziellen Mitarbeitern ginge für die Bürger keine Gefahr mehr aus.

- Für die vollständige Abwicklung des BafNS schlägt der Regierungsbeauftragte analog der zentralen Entwicklung einen Arbeitsstab vor, der in den nächsten zwei bis drei Jahren alle noch offenen Fragen klären soll. Der Prozess wird weiterhin unter gesellschaftlicher Kontrolle stehen. Der Runde Tisch stimmt dem Bericht zu.
- 16.02.1990 In der »Freien Presse« berichtet der Vorsitzende der Arbeitsgruppe 4 – Aufarbeitung der Strukturen und Arbeitsweise des MfS – Hans Jürgen Richter über die bisherigen Untersuchungsergebnisse.
Das Schauspielensemble des Karl-Marx-Städter Theaters fordert, die Unterlagen der für die Kultur zuständigen Abteilung XX der MfS-Bezirksverwaltung offenzulegen.
- 19.02.1990 Auf der Beratung des Arbeitsausschusses schlägt der Regierungsbeauftragte wie schon in der Beratung des Runden Tisches vor, einen Arbeitsstab zur weiteren Abwicklung des BafNS zu bilden. Der Arbeitsausschuss stimmt dem Vorschlag zu und bestätigt ihn als Rechtsnachfolger. Der als Leiter vorgesehene Mitarbeiter der Kaderabteilung des Rates des Bezirkes wird abgelehnt.
An diesem Tag findet die letzte gemeinsam von der DOP organisierte Montagsdemonstration statt.
- 21.02.1990 Mit einem Streik wollen die Beschäftigten des Kraftverkehrs Hohenstein-Ernstthal die Bekanntgabe der Namen der inoffiziellen Mitarbeiter erzwingen. Sie lassen sich auch in einer Aussprache mit dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses und dem Regierungsbeauftragten nicht von ihrem Vorhaben abbringen. Ähnliche Auseinandersetzungen gibt es im Elektromotorenwerk Grünhain.
- 22.02.1990 Die letzten Teile der von der Abhörabteilung 26 genutzten Technik werden vernichtet.
- 23.02.1990 Die Umlagerung der Akten aus den Stasi-Gebäuden in die Bunker bei Dittersdorf und Hartenstein wird beendet.
- 27.02.1990 Der Arbeitsausschuss zur Auflösung des BafNS bittet die Regierung Modrow in einem Schreiben unter anderem, die Akteneinsicht, die Offenlegung der Namen inoffizieller Mitarbeiter und die Rehabilitierung von Opfern des SED-Regimes zentral zu klären.

- 28.02.1990 Die Arbeitsgruppe 4 des Arbeitsausschusses sichtet und übernimmt im Gebäude der SED-Bezirksleitung Unterlagen der Abteilung Sicherheitsfragen.
- 01.03.1990 Der Regierungsbeauftragte berichtet auf der 7. Beratung des Runden Tisches über den Stand der Auflösung des MfS/AfNS im Bezirk. Es besteht in seinen Strukturen seit dem 28. Februar 1990 nicht mehr. Über den Umgang mit den Akten müsse die am 18. März zu wählende Volkskammer entscheiden. Strukturen und Arbeitsweise der Geheimpolizei müssten weiterhin aufgearbeitet werden. Am nächsten Tag wird die Öffentlichkeit in der »Freien Presse« über den erreichten Stand informiert.
- 10.03.1990 Alle Gebäude des ehemaligen MfS werden an neue gesellschaftliche Nutzer übergeben. Die Weiterveräußerung soll erst nach den Kommunalwahlen am 6. Mai erfolgen.
- 14.03.1990 An diesem Tag findet die letzte Plenumsitzung des Arbeitsausschusses zur Auflösung des MfS/AfNS im Bezirk statt. Die einzelnen Arbeitsgruppen stellen den erreichten Arbeitsstand dar. Die Strukturen und die Arbeitsweise des MfS sind erst zu einem Drittel aufgearbeitet und offengelegt. Herr Riedel stellt eine große Niedergeschlagenheit bei den Mitgliedern des Arbeitsausschusses fest, die mit den erreichten Ergebnissen unzufrieden sind. Die Finanzierung der weiteren Mitarbeit ist nicht gesichert.
- 15.03.1990 In einem Abschlussbericht informiert der Regierungsbeauftragte auf der 8. Beratung des Runden Tisches, dass von der Geheimpolizei keine Gefahr mehr ausgeht und die letzten an der Auflösung beteiligten 31 MfS-Mitarbeiter am Monatsende entlassen werden.
Der Ausschuss für die Auflösung des Amtes arbeitet unter Leitung von Peter Hasse weiter. Als Rechtsnachfolger der Bezirksverwaltung hat ein Arbeitsstab zur Auflösung des BafNS unter Leitung von Peter Hänel seine Tätigkeit aufgenommen.
- 19.03.1990 Der Regierungsbeauftragte gibt bekannt, dass er seine Tätigkeit im Laufe der Woche einstellt.
- 22.03.1990 Es wird eine Ordnung zum Betreten der Bunker in Dittersdorf und Hartenstein in Kraft gesetzt. Es muss immer ein

- Vertreter des Staatsarchivs, der Staatsanwaltschaft und des Bezirksarbeitsstabes anwesend sein.
- 23.03.1990 In einem Beitrag für die »Freie Presse« stellen Mitarbeiter des Ausschusses zur Auflösung des MfS die enge Verflechtung von SED und Staatssicherheit dar. Die Verantwortung für die extensive Überwachung trägt die SED.
- 29.03.1990 Auf einer Kundgebung im Stadtzentrum von Karl-Marx-Stadt fordern tausende Bürger, dass sich alle Abgeordneten der am 18. März gewählten Volkskammer auf eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Bundesnachrichtendienst überprüfen lassen. Der Ausschuss zur Auflösung des MfS / AfNS im Bezirk protestiert gegen eine Anweisung der Generalstaatsanwaltschaft, die die Arbeit der Ausschüsse für ungesetzlich bezeichnet.
- 06.04.1990 Bei einer Zusammenkunft von Bürgerkomitees aus dem Bezirk wird beschlossen, regelmäßige Koordinierungsberatungen mit den Komitees der Kreise einzuberufen.
- 09.04.1990 Eine Ordnung der Bezirksstaatsanwaltschaft legt fest, wie mit den Akten über Ermittlungsverfahren, an denen das MfS beteiligt war, zu verfahren ist.
- 11.04.1990 Der unabhängige Untersuchungsausschuss des Bezirkstages für die Ereignisse am 7. Oktober 1989 und Korruption und Amtsmissbrauch legt seinen Abschlussbericht vor. Bei den Gewalttaten handelt es sich jeweils um Übergriffe der Volkspolizei. Der Umfang der MfS-Beteiligung kann nicht geklärt werden. Den Grund für die Übergriffe sieht der Untersuchungsausschuss im Selbstverständnis der SED, als der nach der Verfassung der DDR allein führenden Partei.
- 21.04.1990 Die erste Koordinierungsberatung der Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS aus den Kreisen stellt fest, dass in der Übergangsphase bis zur Konsolidierung der neuen Regierung ihre Tätigkeit notwendig ist. Die Bürgerkomitees fordern den Zugriff auf die Akten, die Akteneinsicht für die Bürger, die Überprüfung der Kandidaten für die Kommunalwahlen und die Offenlegung der offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit. In der Presse soll weiter über ihre Arbeit und deren Ergebnisse berichtet werden.

- 23.04.1990 Die öffentliche Auszählung der Stimmen der Bürgerbefragung zur Rückbenennung von Karl-Marx-Stadt in Chemnitz findet im Speisesaal der ehemaligen Bezirksverwaltung statt. 76,14 Prozent der Bürger stimmen für den alten Namen.
- 25.04.1990 In der »Freien Presse« berichtet das Bürgerkomitee, dass von 89 Invalidisierungen von Stasi-Mitarbeitern im Herbst 1989 30 nicht bestätigt werden konnten. Die Überprüfung ist noch nicht abgeschlossen. Die durchschnittliche Rentenhöhe der ehemaligen MfS-Mitarbeiter betrug 1 748 Mark.
- 26.04.1990 Auf der 11. Beratung des Runden Tisches wird eine enge Verflechtung zwischen MfS und Justiz festgestellt. Die Staatsanwälte werden als Schreibtischtäter eingestuft, die endlich aus den Ämtern entfernt werden müssen.
- 18.05.1990 In der »Freien Presse« wird berichtet, dass der Rat des Bezirkes entgegen anders lautenden Festlegungen MfS-Grundstücke vergeben hat.
- 25.05.1990 Auf der letzten Beratung des Runden Tisches protestieren die Teilnehmer dagegen, dass die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS als zu aufwendig abgelehnt wurde und die Opfer keine Einsicht in ihre Unterlagen erhalten sollen. Daraufhin wird der Rücktritt von Innenminister Peter-Michael Diestel gefordert. Die von einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches empfohlene Nutzung des Hauptgebäudes der Staatssicherheit für kulturelle Zwecke wird bestätigt und verwirklicht.
- 04.07.1990 Auf der 3. Sitzung des am 6. Mai gewählten Stadtrates von Chemnitz wird die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit beschlossen. Er wird beim Personalausschuss angesiedelt. Vertreter des Arbeitsausschusses werden darin mitarbeiten.
- 05.07.1990 In der »Freien Presse« tritt der Ausschuss zur Auflösung des MfS Gerüchten entgegen, nach denen die Stasi die Bürger noch immer bespitzelt. Die Bürger haben sich in freien Wahlen für die Demokratie entschieden und der Arbeitsausschuss ruft die Bürger auf, sich bei der demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft zu engagieren. Der Arbeitsausschuss wird im Untersuchungsausschuss der Volkskammer zur Auflösung des MfS mitarbeiten.

- 11.07.1990 In einem Artikel in der »Bild«-Zeitung wird über die Aussagen des langjährigen Leiters der MfS-Bezirksleitung vor dem Arbeitsausschuss berichtet. Aufsehen erregen vor allem Aussagen über die für den Ernstfall geplante Einrichtung eines Isolierungslagers für DDR-kritische Bürger auf der Augustusburg.
- 12.07.1990 In der »Freien Presse« wird aufgrund des Artikels in der »Bild«-Zeitung kritisiert, dass der Arbeitsausschuss nicht über so gravierende Maßnahmen informiert hat.
- 29.07.1990 Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Peter Hasse wird als Vertreter des Bezirkes Chemnitz in den Sonderausschuss der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS integriert.
- 16.08.1990 Das sich nun als Kommission zur Auflösung des MfS bezeichnende Bürgerkomitee bittet Dr. Buttolo, den Beauftragten der Regierung De Maiziere, sie bei der Aufklärung von Befehlslage und Strukturen im MfS sowie der Sicherheitspolitik der SED zu unterstützen.
- 05.09.1990 Die Kommission zur Auflösung des MfS mahnt in einem Beschwerdeschreiben an die Regierung De Maiziere nochmals an, die Rechtsgrundlage für eine wirkungsvolle Aufarbeitung der Vergangenheit zu schaffen.
- 03.10.1990 Der Bezirksarbeitsstab wird aufgelöst, die Aufgaben werden nun vom Bundesverwaltungsamt wahrgenommen. Der Vorsitzende des Sonderausschusses der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS fungiert ab diesem Zeitpunkt als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Verwahrung der Akten und Dateien des ehemaligen MfS/AfNS und Peter Hasse wird in diese Behörde übernommen.

Quellen- und Literaturverzeichnis zur Auflösung der Staatssicherheit 1989/90 im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Auferstanden aus Ruinen ... und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt. Chemnitz 1991

Horsch, Holger: Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt? MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Hg. BStU. Berlin 1997

Gerick, Gunter: MfS und SED Das Verhältnis von SED-Bezirksleitung und MfS-Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Spannungsperioden 1961 bis 1989. Berlin 2013

Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1996

Küttler, Thomas; Röder, Jean Curt: Die Wende in Plauen. Es war das Volk eine Dokumentation. Plauen 1991

Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle ... Befehle und Lageberichte des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Januar bis November 1989. Berlin 1990

Richter, Michael: Die friedliche Revolution – Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90. Göttingen 2009

Richter, Hans Jürgen; Kunkel, Karl-Heinz: Schild und Schwert der Partei – Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit – insbesondere im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Friedrich-Ebert-Stiftung. Chemnitz 1992

Thaysen, Uwe: Der Zentrale Runde Tisch der DDR, Wortprotokoll und Dokumente. Bd. 3, Wiesbaden 2000

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Zentralarchiv, Teilbestände ZAIG, ZKG, VIII (BStU, MfS)

BStU, MfS, Außenstelle Chemnitz, Teilbestände L¹, AKG, Fin, M, II, VII, VIII, XVIII, XX (BStU, Ast. Chemnitz)

¹ Im Bestand der BStU-Außenstelle Chemnitz befinden sich Unterlagen, die nicht vom MfS/AfNS angelegt wurden, sondern dessen Auflösung zum Inhalt haben. Diese zählen somit nicht zum Aktenbestand der BV KMS und haben eine eigene Signaturform erhalten, die die Zuordnung zur Ast. Chemnitz ausweist. Namentlich sind dies die Akten Ast. Chemnitz, GSL L, Nr. 297, 341–345. Die Akte GSL L, Nr. 297 wurde im Dezember 2014 zuständigkeitshalber an das Sächsische Staatsarchiv Chemnitz übergeben.

Bundesarchiv Berlin, Regierungsbevollmächtigter/Komitee zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (BArch), Volkskammer der DDR, Teil 2, 10. Wahlperiode

Staatsarchiv Chemnitz, Bestände Runder Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt und des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt (StAC)

Staatsarchiv Chemnitz, SED-Bezirksparteiarchiv (StAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt)

Diplomarbeit von Carola Scherf: Der Runde Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt (im Staatsarchiv Chemnitz vorhanden)

Felber, Konrad: Vom Neuen Forum zum Leiter der Außenstelle der »Gauck-Behörde« Chemnitz, nicht veröffentlichte Broschüre im Besitz des Autors; auch in Bibliothek des BStU Berlin

Zeitschrift Horch und Guck, Heft 30 (2/2000)

Bezirkszeitung Freie Presse 1989, 1990

Bezirkszeitung Sächsisches Tageblatt 1989, 1990

FDJ-Zeitung Junge Welt 27.12.1989

Wochenblatt [Karl Marx Stadt] 16.2.1990

Bild (Zeitung) 11.7.1990

Interviews mit Steffen Geißler, Lothar Raschker, Barbara Schaller

Abkürzungen

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG	Arbeitsgruppe
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
Ast	Außenstelle
BAfNS	Bezirksamt für Nationale Sicherheit
BArch	Bundesarchiv
Bd.	Band
BdL	Büro der Leitung
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BF	Abteilung Bildung und Forschung des BStU
BPA	Bezirksparteiarchiv
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Sowjetrepublik
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DLK	Dienstleistungskombinat
DM	Deutsche Mark
DOP	Demokratisch-oppositionelle Plattform
Dst	Dienststelle
Elmo	Elektromotorenwerk
F 77	Form 77 (Bezeichnung der Decknamenkartei)
FDJ	Freie Deutsche Jugend
HA	Hauptabteilung
IM	inoffizieller Mitarbeiter
K	Kriminalpolizei
Ka	Kassette
Kfz	Kraftfahrzeug
KMS	Karl-Marx-Stadt
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
L	Leiter
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
lfd. M.	laufender Meter
Lkw	Lastkraftwagen
M	Mark

MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Nkw	Nutzkraftwagen
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OMR	Obermedizinalrat
OV	Operativer Vorgang
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pkw	Personenkraftwagen
RT	Runder Tisch
Sächs. StAC	Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz
SDP	Sozialdemokratische Partei der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SV Dynamo	Sportvereinigung Dynamo (der Polizei und Staatssicherheit)
SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
TM	Tausend Mark
TVM	Tausend Valuta-Mark
VEB	Volkseigener Betrieb
Vgl.	Vergleiche
V-Männer- Kartei	Verbindungsmännerkartei (Inoffizielle Mitarbeiter des MfS)
VP	Volkspolizei
WTsch	russ. бч, высокочастотная – hohe Frequenz, Hochfre- quenz, hochfrequent; Abkürzung für das geheime Telefon- Sondernetz
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZBO	Zwischengenossenschaftliche Bauorganisation
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe